

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich auch außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereinst- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 25. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Stuttgarter Tagung.

Stuttgart, den 24. August.

Das internationale Stuttgarter Arbeiterparlament hat nach sieben arbeitsreichen Tagen seine Pforten geschlossen, ohne daß seine Verhandlungen — abgesehen von der ebenso kleinlichen wie lächerlichen Ausweisung des englischen Genossen Duelsch — durch die geringsten störenden Zwischenfälle getrübt worden wären. Keiner der bisherigen internationalen Kongresse kann sich eines gleichen glänzenden Erfolges rühmen; keiner bot von seiner Eröffnung bis zu seinem Schluß ein so imponierendes Bild parlamentarischer Tagung, keiner hat ein gleiches Arbeitsquantum geleistet und keiner hat so deutlich der bürgerlichen Welt die Einheitslichkeit, man kann fast sagen Einheit der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung demonstriert. Mehr noch als seine beiden letzten Vorgänger, der Pariser Kongreß des Jahres 1900 und der Amsterdamer Kongreß von 1904, hat er die alten Verurteilungen widerlegt, daß die Verschiedenheit der Sprache und der politischen Verhältnisse ein wirkliches praktisches Zusammenarbeiten der nationalen sozialistischen Parteien verhindere und daß deshalb alle internationalen Tagungen eine andere Bedeutung zu erlangen vermöchten, als die einer internationalen Demonstration, einer Manifestation des Unfähigkeitens der Klassenkampfbildung in den Arbeitermassen aller Länder.

Das wir kaum zu hoffen wagten, hat der Stuttgarter Kongreß geleistet. Er hat die schwierigen Fragen, die ihm der Amsterdamer Kongreß als Erbe hinterlassen hat, gelöst — und zwar in glänzendster Weise. Geht es auch in Stuttgart, wie es angesichts der bunten Verschiedenartigkeit der sozialen Verhältnisse innerhalb der auf dem Kongreß vertretenen 25 Nationalitäten nicht anders sein kann, bei den einzelnen behandelten Problemen nicht an Meinungsverschiedenheiten, so erhob sich doch immer wieder über dem Streit der Ansichten der siegreiche Gedanke der Einheit, das Bewußtsein, daß die wichtigste Grundbedingung des sozialistischen Sieges über den die heutige Welt beherrschenden Kapitalismus die internationale Solidarität des Proletariats ist und daß diese Solidarität nur aufrecht erhalten bleiben kann, wenn einerseits jede sozialistische Partei ohne Unterschied der Nationalität sich der großen sozialistischen Armee als ein zwar besonderes, aber doch zu den anderen Truppenkörpern in engster Waffenbrüderschaft stehendes Armeekorps eingliedert, und wenn andererseits jedem dieser Armeekorps jene Freiheit der Bewegung und der Befehlsbefugnis eingeräumt wird, die seine Formation und die Eigenart seines Kampfgebietes erfordern.

So ist es denn, geleitet vom Geist der internationalen Solidarität, den verschiedenen sozialistischen Delegationen des Kongresses gelungen, in gemeinsamer Arbeit für den Vormarsch des Proletariats neue Richtlinien zu finden und an gefährlichen Kreuzungspunkten der sozialdemokratischen und der kapitalistischen Politik, wo ein Abweichen von der Bahn sozialistischer Zweckverfolgung verhängnisvoll werden könnte, in der Gestalt von Resolutionen neue Wegweiser aufzustellen. Zwar erobert man mit Resolutionen, das kann den Gegnern der sogenannten „Resolutionsmacher“ zugegeben werden, keine feindlichen Stellungen, und wie falsche Beschüsse durch die in der sozialistischen Bewegung stehenden Notwendigkeiten immer wieder ihre Korrektur finden, so vermögen auch die scharfsinnigsten und folgerichtigsten Resolutionen eine Partei nicht auf dem richtigen Weg zu erhalten, wenn aus den sozialwirtschaftlichen Verhältnissen heraus sich starke Gegenströmungen ergeben, die ihrer Folgerichtigkeit, ihrer Konsequenz widerstreiten; aber nicht nur sind die Resolutionen zur Aufstellung von Richtpunkten und zur möglichsten Vermeidung unnützer Kraftvergeudung im Kampf unerlässlich, sondern sie können auch dadurch, daß sie die Vorbedingungen für die Eroberung neuer starker Positionen liefern, wichtiger, bedeutungsvoller für die internationale Bewegung werden, als die direkte Kampftat selbst. Wo Resolutionen Bestimmungen über das Verhalten des sozialistischen Proletariats zu drängenden politischen Lebensfragen treffen und sie entscheiden, da werden die Resolutionen gewissermaßen selbst zu hochwichtigen Aktionen, zur direkten politischen Tat!

Zu dieser Art der Resolutionen gehören aber mehrere der von dem Stuttgarter internationalen Arbeiterparlament gefaßten Beschlüsse, vor allem die, die sich auf die Kolonialpolitik und die Bekämpfung des Militarismus beziehen.

In den Debatten des Stuttgarter Arbeiterparlament spielte die Redeschlacht um die Kolonialresolution die wichtigste Rolle, und für Deutschland hat diese Resolution tatsächlich die größte, die dringlichste Bedeutung; denn es ist zweifellos, daß der Ausfall der Januar-Reichstagswahl die letzten Hindernisse hinweggeräumt hat, die bisher den imperialistischen, weltpolitischen Plänen der Reichsregierung entgegenstanden. Zunächst schien es, als hätte der Kongreß Neigung, auf diese neuen Gefahren der welt- und kolonialpolitischen Romantik mit einer Abschwächung der Resolutionen zu antworten, die auf den internationalen sozialistischen Kongressen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) an-

genommen worden sind. Formell bestätigte die vorgelegte Resolution der Kolonialkommissionmehrheit zwar die Pariser und Amsterdamer Beschlüsse, sie begann aber mit einem Absatz, der, indem er von einer Uebertreibung des Nutzens oder der Notwendigkeit der Kolonien — für die Arbeiterklasse sprach, den Nutzen und die Notwendigkeit solcher Kolonien für die sozialistische Arbeiterschaft als etwas Gegebenes und Erwiesenes voraussetzte. Zudem wurde die Kolonialpolitik nicht prinzipiell verworfen, sondern zwischen einer kapitalistischen und sozialistischen, das heißt zwischen der heutigen und einer gemilderten, humaneren Kolonialpolitik unterschieden und letztere für akzeptabel erklärt.

Der Kongreß hat jedoch diesen Vorschlag, dessen Annahme eine Desavouierung des Verhaltens des größten Teiles der sozialdemokratischen Parteipresse während des letzten Reichstagswahlkampfes bedeutet hätte, verworfen und der Resolution durch Ablehnung des ersten und des letzten Absatzes sowie durch Einfügung eines Minderheitsantrages eine Fassung gegeben, welche die früheren Kolonialresolutionen der internationalen Arbeiterkongresse nicht mildert, sondern verschärft. Für den Kampf, den die sozialdemokratische Arbeiterklasse Deutschlands in den nächsten Jahren gegen die Flotten- und Weltpolitik des neuesten imperialistischen Kurses zu führen haben wird, eine vorzügliche Waffe.

Auch die übrigen politischen Fragen, vor die sich der Kongreß gestellt fand, sind von ihm in einem radikaleren Sinne beantwortet worden als auf den früheren internationalen und den deutschen sozialdemokratischen Parteitagen. Der Stuttgarter Kongreß forderte nicht nur platonisch die Einführung des allgemeinen, gleichen Frauenwahlrechts, sondern stellte zugleich den sozialistischen Parteien die Aufgabe, bei ihren Wahlkämpfen eine energische Agitation für dieses Recht zu betreiben. Ferner findet sich in der zur Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften bestimmten Resolution, die sich als eine Erweiterung des vorjährigen Mannheimener Beschlusses darstellt, neben der Forderung, daß sich die Gewerkschaften bei ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen müssen, die Anerkennung, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit durch die Produktionsentwicklung zur Ohnmacht verdammt wird, „wenn sie ausschließlich auf der Sorge für die Interessen der Verursachenden, auf der Grundlage des zünftigen Egoismus und der Theorie der Interessensharmonie“ aufgebaut ist.

Ein neues Arbeitsfeld beschränkt der Kongreß mit der Diskussion und Beantwortung der Ein- und Auswanderungsfrage. Auch der hierauf bezügliche Beschluß bedeutet, wenngleich seine Fassung an einzelnen Stellen zu wünschen übrig läßt, einen glücklichen Lösungsversuch. Vom Standpunkte der internationalen proletarischen Solidarität verweist der Stuttgarter Kongreß alle Maßnahmen zur Ausschließung bestimmter Nationen oder Rassen von der Einwanderung, erklärt es aber für die Pflicht der Arbeiterorganisationen, die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu hindern, und verlangt das gesetzliche Verbot des Imports solcher Arbeiter, die einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft wie über ihre Löhne nimmt.

Auch die Resolution über den Militarismus und die internationalen Konflikte, die nach heißen Redeschlachten zustande kam und einstimmige Annahme fand, bildet die unzweideutigste Richtschnur für das Verhalten des internationalen Proletariats. Sie verweist in ihrem ersten Satze prinzipiell auf die unlöslichen Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Imperialismus und Militarismus. Sie betont, daß erst die Beseitigung des Kapitalismus die Kriegsgefahr ausschaltet und fordert als Gegenwartsprogramm die Demokratisierung des Heeres. Sie macht es endlich zur Pflicht aller nationalen Parteien des Sozialismus, bei eintretenden Kriegsgefahren alle möglich erscheinenden Mittel aufzubieten, um die Völkerverflechtung zu verhindern. Ueber die prinzipielle Stellung zum Militarismus und Krieg bestand ja von vornherein nicht die geringste Meinungsverschiedenheit. Der Wunsch namentlich französischer Genossen ging nur dahin, daß sich die deutsche Sozialdemokratie auf bestimmte Mittel zur Verhinderung des Krieges festlegen solle. Eine solche Festlegung mußte die deutsche Sozialdemokratie ablehnen, nicht aus Furcht — dagegen nahm sie Vanderbelde in seinem Kommissionsbericht, der heute die Debatte schloß, unter dem Veil des Kongresses mit Recht in Schutz —, sondern einfach aus der Auffassung heraus, daß die Mittel durchaus von der gegebenen Situation abhängen, also nicht schablonenhaft im voraus bestimmt werden können. Gerade der allem deklamatorischen Pathos abholde Charakter der deutschen Sozialdemokratie lehnte eine „Aktion“ durch Worte ab, die ja doch völlig belanglos wäre, wenn nicht die deutsche Sozialdemokratie durch die Tat bewiese, daß sie den Kampf gegen den Militarismus und den Krieg so bitter ernst nimmt wie nur irgend eine sozialistische Partei des Auslandes. Und an der bisher möglichen Tat: die Erziehung der proletarischen Massen zu zielbewußten, opferbereiten Klassenkämpfern,

auf die in der Stunde der Not Verlaß ist, hat es die deutsche Sozialdemokratie bisher wahrhaftig nicht fehlen lassen, noch wird sie künftig je diese ihre vornehmste Pflicht verabsäumen. Diese Ueberzeugung nahm denn auch die ungeheure Mehrheit des Kongresses — der gallige temperamentvolle Herd vielleicht nicht einmal ausgeschlossen — aus den Verhandlungen der Stuttgarter Woche mit sich nach Hause; und aus dieser Ueberzeugung heraus erklärte sich die debattelose einstimmige Annahme der von der Subkommission vorgeschlagenen Resolution. Und der Eindruck dieser Einmütigkeit wird auch auf die herrschenden Massen nicht ohne Wirkung bleiben! Meinte doch Vanderbelde mit Recht: „Die Leute im Haag wissen ganz gut, daß die eigentliche Friedenskonferenz nicht im Haag, sondern in Stuttgart tagt“.

Es ist demnach eine höchst bedeutende Arbeitsleistung, die das Stuttgarter Arbeiterparlament bewältigt hat. Es scheint tatsächlich, als wenn, wie jüngst unser Hamburger Parteiorgan schrieb, die neue Internationale die Periode der Konsolidierung, der inneren Befestigung und der gegenseitigen Anerkennung überstanden hat und mit der Stuttgarter Tagung in eine neue Lebensperiode eintritt: in die Epoche der unmittelbaren praktischen Wirksamkeit. Daß dieser Fortschritt erfolgen konnte, verdanken wir in erster Reihe dem zunehmenden Klassen- und Solidaritätsbewußtsein des internationalen Proletariats und den auf früheren internationalen Kongressen gesammelten Erfahrungen, die dazu geführt haben, das Schwergewicht der Arbeit immer mehr in die einzelnen Kommissionen zu verlegen. Einen keineswegs geringen Anteil an dem imponanten Verlauf des Kongresses haben jedoch auch das Brüsseler internationale Bureau und das Stuttgarter Lokalkomitee, die beide in der Organisation des Kongresses höchst Anerkennenswertes geleistet haben.

Der Stuttgarter Kongreß ist ein bedeutungsvoller Fortschritt, sowohl was die Regelung der über die Landesgrenzen hinausgreifenden allgemeinen Lebensfragen des Proletariats, als was die internationale Solidarität anbetrifft. Die Forderung des kommunistischen Manifestes: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ findet trotz aller Rassen- und Nationalitätsverheugungen in den Arbeitermassen immer tieferes Verständnis. Keiner der bisherigen internationalen Kongresse bot ein solches Bild proletarischer Völkerverbrüderung. Noch mehr als in den Verhandlungen selbst kam das in dem von den Stuttgarter Genossen arrangierten großen Abendfest zum Ausdruck. Wie langjährige, enge Freunde verkehrten die Vertreter der verschiedenen Nationen miteinander.

Wie sollte auch das internationale Proletariat nicht vom Gefühle wärmster Brüderlichkeit befeelt sein! Denn so sehr der Sozialist jedes Landes auch sein Vaterland liebt, so stolz er auf alle Werte wahrer nationaler Kultur, aller wahren Wissenschaft und Kunst ist — die ja ihrerseits ihre Kraft nicht nur aus dem Boden der Heimat saugen, sondern mit tausend Fasern im Erdreich internationaler Kultur wurzeln — er hat nicht den geringsten Anteil an dem kulturwidrigen Überwieg jener nationalistischen Deutepolitik, die die Nationen feivol gegeneinander heßt. Das Proletariat aller Länder fühlt sich eins in der Bekämpfung dieses Kapitalismus, eins in dem mit äußerster Energie betätigten Streben, an die Stelle der kapitalistischen Volkszerflechtung und Volksausbeutung die sozialistische Gesellschaftsordnung zu setzen, die nicht nur Freiheit und Wohlfahrt für alle, sondern auch den Völkerrfrieden schaffen wird!

Was die proletarische Internationale in Stuttgart gemeinsam beschlossen, gilt es nun im nationalen Rahmen in die Tat umzusetzen! An die Arbeit!

Das Gespenst der neuen Steuern.

Das Gespenst der neuen Steuern bekommt von Tag zu Tag greifbarere Gestalt.

Zuerst waren neue Steuern für 1907/8 in der Denkschrift angekündigt, die die Regierung mit dem Reichshaushaltsetat am 12. Dezember 1906, einen Tag vor der Reichstagsauflösung, im Reichstage verteilen ließ. In dieser Denkschrift hieß es wörtlich: „Die veränderten Regierungen haben daher mit der Feststellung des Etats nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß sie zur dauernden Uebernahme der gesamten ungedeckten, über 24 242 078 M. hinausgehenden Matrikularbeiträge imstande seien. Sie müssen sich sonach eine entsprechende Entlastung durch nachträgliche Ergänzung der jüngst verabschiedeten Steuergesetze vorbehalten.“

Die erschreckende Deutlichkeit mußte natürlich den regierungsfreundlichen Wählermengen erheblich schaden, und drei Tage vor der Hauptwahl, in letzter Stunde und mit desto verblüffender Frechheit erklärte die offiziöse Presse, daß die Regierung von neuen Steuern Abstand nehmen werde!

Dieser Schwindel wurde so lange aufrecht erhalten, als der Hurra-Wischmasch des Gottentotten-Blods notwendig war, den Gottentotten-Reichstag gegiemend zu inszenieren.

Als die ersten Freudenengelänge verhaucht waren, fiel ein Tropfen Vermut nach dem andern in den Freudenleib.

Zuerst kamen die diversen Nachtrags-Etats für die Kolonialen Sandwüsten.

Dann kam das Glas der neuen Verkehrssteuern: die Fahrkartensteuer hat den angelegten Ertrag nicht gebracht; im

Gegenteil, sie hat dem Eisenbahnstolus erhebliche Ausfälle verursacht; die Automobilsteuern hat nur die Hälfte des erhofften Ertrages gebracht; die Erhöhung des Ertrages hat sich als ein Fehlschlag nach jeder Richtung erwiesen, und ebenso steht es mit der Erhöhung der Postgebühren für besondere Zeitungsbeilagen.

Auch der Budgetetat hat bis jetzt die Ideale der Volkswirtschaft noch nicht in vollem Umfange erfüllt.

Auf der anderen Seite aber läßt sich das positive Defizit immer schwerer ausrechnen. Zunächst wollen die Einzelstaaten nur 24 Millionen ungedeckter Matrikularbeiträge auf sich nehmen. Da solche Amittierung glücklicherweise bisher noch vom Reichstage verhütet ist, hat man seit der ersten „Finanzreform“ bekanntlich zu dem Mittel der Stundung gegriffen. Heute liegen, wie schon vor Monaten festgestellt wurde, die Dinge so, daß sich die angebotenen Matrikularbeiträge auf 88 Millionen stellen. Bringt man die zu stundenden 24 Millionen hieron in Abzug, so verbleiben als neu zu deckendes Defizit

64 Millionen ungedeckter Matrikularbeiträge!

Dann gehören in den laufenden Etat

23 Millionen Leerverwaltungszulagen,

die man zuerst dem Jahre 1909 vorbehalten wollte. Sie müssen also zu den 88 Millionen Mark ungedeckter Matrikularbeiträge hinzugerechnet werden, so daß als endgültiges Defizit vorläufig die häßliche Summe von

111 Millionen Mark

bleibt!

Und fast genau mit dieser Summe stimmt die Höhe der neuen Steuerforderung überein, die jetzt unwidersprochen durch die Presse geht! 110 Millionen neue Steuern

sollen demnach notwendig werden! Und sie sollen ausgepreßt werden aus dem Volke durch eine

Zakal- und Zigarettenbanderolensteuer!

Aber es ist mit aller Bestimmtheit vorauszusetzen, daß diese 110 Millionen Mark neue Steuern längst nicht genügen werden, um die infame Politik des Hottentottenblocks anzuhalten. Es stehen weitere Nachtragskredite für die Kolonten bevor; es stehen noch gar nicht zu bemessende Ausgaben für neue Bewaffnungen und für neues Material in Meer und Flotte bevor; es soll der Train reorganisiert werden und die Offiziersgehälter sollen erhöht werden! Das geht alles nicht für einen Pappenspiel! Im Gegenteil, wenn man niedrig rechnet, wird die neue Steuerforderung mindestens auf einen Ertrag von

250 Millionen Mark

hinauslaufen müssen, eine Summe, die schon im Juni von der „Milit.-Polit. Korrespondenz“, deren gute offiziöse Beziehungen bekannt sind, genannt und genau spezifiziert wurde.

Das Ergebnis unserer glorreichen Regierung ist also, daß nach dem Budgetetat und den 180 Millionen Steuern des Vorjahres alles beim alten geblieben ist nach dem alten Restat:

Es wird weitergewürfelt

auf Kosten des arbeitenden Volkes!

Bis das Volk diesen ungeheuerlichen Treiben Halt gebietet!

Denn in allen Dingen steht ein Maß.

Der Schlußakkord!

Stuttgart, 24. August. (Privatdepesche.)

Nach einer eindringlichen, in ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie und die internationale proletarische Solidarität ausklingenden Schlufrede Singers ist heute unter Abfingung des Sozialistenmarsches, der Internationale, der roten Fahne und der Carmagnole das Stuttgarter Arbeiterparlament geschlossen worden. Nochmals gestaltete sich die Tagung zu einer mächtigen Demonstration. Schon lange vor Beginn der Sitzung sammelte sich auf den Zuschauertribünen eine dichtgedrängte Menschenmenge, und auch die langen Tische der Delegationen, die gestern manche Lücke aufwiesen, waren wieder vollbesetzt. Alle erwarteten packende Reden, und sie kamen auf ihre Rechnung. Denn das Referat für die Militärkommission hatte Wanderbelde übernommen, vielleicht der formvollendetste Redner des ganzen Kongresses. Wanderbelde's Rede ist die starke Leidenschaftlichkeit eines Webers oder Jägers. Sie hat, wenngleich der Führer der belgischen Arbeiterpartei sehr populär und eindringlich zu sprechen weiß, etwas Akademisches, aber seine wohlüberlegten, sich an antike Muster anlehende Reden bieten jedem, der Sinn für Sprachwohlklang, rhetorische Sicherheit und einen wohlgegliederten Gedankenaufbau besitzt, fast stets einen ästhetischen Genuß.

Heute hatte Wanderbelde seinen guten Tag. Seine außerordentlich modulationsfähige, klare Stimme drang bis in die letzten Winkel des Riesensaal. Geschickt schilderte er die Taktik der bürgerlichen Presse, in der antimilitaristischen Frage die sozialistischen Führer der verschiedenen Nationen gegeneinander auszuspielen, und erörterte dann die Meinungsverschiedenheiten in der Kommission, sowie ihre schließliche Vereinigung auf die vorgelegte Resolution. Aus Deutsche überfetzt wurde die Rede durch den Führer der österreichischen Bruderpartei, den Genossen Viktor Adler, so daß die Sitzungsbesucher auch diesen ausgezeichneten Redner zu hören bekamen.

Im Namen des Brüsseler Internationalen Büreaus beantragte Singer in Anbetracht der Tatsache, daß die antimilitaristische Resolution einstimmig in der Kommission angenommen worden sei, über sie per Akklamation abzustimmen. Das paßte jedoch dem Führer der französischen Antimilitaristen, Hervé, nicht. Er wollte sich die Gelegenheit zum Reden nicht entgehen lassen, und er erlangte tatsächlich das Wort, denn als ihm nicht gestattet wurde, zum Resolutionsantrag zu sprechen, forderte er das Wort zum Widerspruch gegen den vorgeschlagenen Abstimmungsmodus. Hervé vertrat in seinem Exterieur keineswegs den Draufgänger avoc phrase; er besitzt den Typus des Gymnasialprofessors. Auch seine Stimme hat nichts Aufreizendes, aber Hervé versteht trotzdem gewandt zu sprechen und er verfügt über scharfe, beschaffte Satire. Nachdem er sein Gewissen solchermaßen salbiert, fühlte er sich befriedigt und stimmte, ebenfalls für die Resolution, so daß diese unter stürmischen Beifall einstimmig angenommen wurde. Hierauf wurde nach der einhelligen Zustimmung des Kongresses zu einem Protest gegen die Marokko-Expedition, einer Wegführung der russischen Revolutionäre und einer Sympathieerklärung für Haywood der Kongreß geschlossen.

Der letzte Kampf Kanale
Kufen und in die Reich'n.
Die Internationale
Wird die Menschheit sein!

Freisinnige Arbeiter und freisinnige „Staatsmänner“.

Die „Düsseldorfer Post“, das Wochenblatt der rheinisch-westfälischen Gewerksvereiner, bringt zur preussischen Wahlrechtsfrage einen Artikel mit der Überschrift: „Am Scheideweg“. Darin heißt es, daß der Liberalismus vor einer schweren Stunde stehe, indem er sich entscheiden müsse, ob er den Weg betreten wolle, der ihn zur großen Volkspartei hinführe unter dem Jubel der Massen, oder ob er die alten ausgetretenen Bahnen weitergehen wolle, die rettungslos zu seiner allmählichen Auflösung führen würden.

Als die preussische Wahlrechtsfrage angeschnitten wurde und aus den linksliberalen Parteien eine fast einmütige Ansicht sich ergab, daß sie schlagen tausende von Herzen höher und nahmen an, daß die Stunde der Wiedergeburt des Liberalismus nun endlich gekommen sei. Und zweifellos kommt diese Stunde, wenn der Liberalismus es jetzt versteht, die so günstige Situation auszunutzen, unentwegt an die Forderung nach der Einführung des Reichstagswahlrechts auch für den preussischen Staat festhält und eine Massenbewegung für die Erwerbung dieses Zieles entwirft. Dann werden Tausende sich um seine Fahne sammeln, die bisher abseits vom Wege standen und großem unserer politischen Entwidlung zusehen, oder mit anderen Parteien gingen, trotzdem sie im Innern ihres Herzens gar nicht zu diesen gehörten.

Leider sieht das Gewerksvereinerblatt keine Hoffnung, daß der Liberalismus sich ermannen möge, bedenklich erschüttert. Es bemerkt, daß einige (nur einige?) liberale Blätter die Wahlrechtsaktion nicht mitmachen wollten, sie wiegelten ab und suchten nachzuweisen, daß das gesteckte Ziel doch nicht zu erreichen und seine Verfolgung dem Volk nachteilig sei. Darauf bemerkt das Hirsch-Dundersche Blatt:

„Leute, die wie die alten Weiber flennen, noch die der eigentümliche Kampf begonnen hat, die jammernd schreien, daß das Ziel doch nicht zu erreichen wäre und man schließlich noch diesem oder jenem sogar wehe tun könnte, solche Leute sind nicht berufen, jemals Volksmassen zu begeistern und für sich zu gewinnen. Diese fatten Gesellen mögen dorthin gehen, wo sie ihrer ganzen Natur nach hingehören, zur — Aktion. Für alle wahrhaft Liberalen gibt's jetzt kein Rückwärts; das würde ihr Tod sein. Nicht dem Bagasten, sondern dem Nutigen gebührt die Welt.“

Allen Anschein nach haben bei den Freisinnigen die Jaghaften mehr Einfluß als die Nutigen! Die Welt zu gewinnen, hat der Liberalismus längst aufgegeben, ihm genügt die Gung Süßkows! Deshalb übt er in der Wahlrechtsfrage staatsmännische Bescheidenheit. Die freisinnigen Arbeiter werden wohl vergeblich auf die Stunde der Wiedergeburt des Liberalismus hoffen, wenn sie sich nicht noch ganz anders rühren und die „fatten Gesellen“ und „alten Weiber“ förmlich zur Aktion peitschen!

Marokko.

Die Nachrichten werden spärlicher — neue Angriffe auf Casablanca haben nicht stattgefunden. Bemerkenswert ist, daß der Sultan, obgleich ihm die Proklamierung seines Bruders zum Gegensultan nach Meinung der Franzosen in ihre Arme treiben müßte — die Rückberufung der 30 Delegierten, die die Protestnote gegen Frankreichs Vorgehen in Tanger übergeben sollten, hatten sie bereits in diesem Sinne geäußert —, seinen Protest gegen Frankreichs Maßnahmen aufrecht erhält. Die Lage in Fez ist andauernd für die Europäer sehr bedrohlich — ihr Auszug sollte Sonnabend erfolgen.

Die Meldungen des Tages lauten:

Tanger, 24. August. Der marokkanische Staatsminister und Vertreter Marokkos auf der Konferenz von Algieras, Sid El Mokri, empfing gestern den Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ in Tanger in liebenswürdigster Weise. Mokri sprach mit rückhaltloser Offenheit. Er sagte, die wahre Ursache der jetzigen Wirren sei darin zu suchen, daß das ungewöhnliche Vorgehen der Franzosen in Marokko zu der Furcht vor Unterdrückung beigetragen habe. Der Woggen billige die Bewegung nicht, dieselbe sei nicht griffenfeindlich, sondern gegen die Franzosen gerichtet. Die jetzige Aktion Frankreichs halte sich nicht im Rahmen der Algieras-Akte und Mokri hofft, daß die übrigen Vertragsmächte Frankreich dahin zurückbringen werden.

Paris, 24. August. Der „Gclair“ meldet aus Casablanca: Hier herrscht zurzeit vollkommen Ruhe. Die Marokkaner sind plötzlich aus der Umgebung von Casablanca verschwunden, nachdem sie eine Anzahl Ortschaften, Dörfer sowie einzelne Gehöfte und die Ernte in Brand gesteckt hatten. Eine französische Patrouille fand den roten Mantel des Raib, dessen Unerlöschlichkeit bei dem letzten Angriff der Marokkaner die große Bewunderung der Franzosen erregt hatte. Man nimmt an, daß der Raib getötet worden ist. Das plötzliche Verschwinden der Marokkaner wird von französischer Seite als Kriegssieg betrachtet.

London, 24. August. Der Vertreter einer größeren Londoner Firma berichtet aus Mogador, daß die Stadt und Umgegend ruhig sei und erste Unruhen nicht mehr zu befürchten seien. Die Mehrzahl der Stämme weigern sich, Waley Hafid als Sultan anzuerkennen. Auch die jüdische Bevölkerung ist beruhigt. Die Geschäfte sind wieder geöffnet worden. In Marrakech ist alles ruhig. Mehrere einflussreiche Stämme bleiben loyal und weigern sich ebenfalls Waley Hafid als Sultan anzuerkennen.

Fez, 23. August. (Meldung der Agence Havas.) Infolge der bevorstehenden Lage ist die Abreise der Europäer auf den 24. d. M. festgesetzt.

Paris, 24. August. Im Kriegsministerium dementiert man die Zeitungsmeldung, wonach dem General Drude eine Luftschiffabteilung zur Verfügung gestellt werden soll.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. August 1907.

Denunzianten-Geschmeiß.

Die „Freif. Ztg.“, das führende Organ der freisinnigen Volkspartei, widmet dem Thema „Sozialdemokratie und Militarismus“ heute einen langen Leitartikel. Man sollte annehmen, daß das „freisinnige“ Blatt der internationalen Sozialdemokratie einseitige Anerkennung sollte wegen ihres Strebens, durch energische Geltendmachung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Nation zur Verhinderung dynastischer, haubinstischer oder imperialistischer Kriegsfährlichkeiten nach Kräften beizutragen. Der Freisinn behauptet ja, die Rechte des Volkes zu vertreten; folglich müßten seine Auffassungen in Sachen des Militarismus und des Krieges sich völlig mit denen der Sozialdemokratie decken.

Daß der bürgerliche Fortschritt wenigstens in seiner Willenszeit die Kriegsmehrheiten verurteilt, ergibt sich ja aus einem Abrüstungsantrag, den der vielgeleitete Abg. Wischow im Herbst 1909 stellte. Wischow beantragte nicht nur, die kgl. Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Ausgaben der Militärverwaltung des Norddeutschen Bundes entsprechend beschränkt werden, sondern er ver-

langte darüber hinaus, daß „durch diplomatische Verhandlungen eine allgemeine Abrüstung herbeigeführt werde.“

Weiterhin haben sich ja auch gerade freisinnige Politiker an der Friedensbewegung lebhaft beteiligt; steht doch noch Herr Eichhoff an der Spitze der interparlamentarischen Friedenskonferenz. Wir wiederholen also: der Freisinn müßte es der Sozialdemokratie ungenügend aller sonstigen wirtschaftlichen und politischen Differenzen Dank wissen, daß sie den Kampf um die Demokratisierung des Militarismus, der sich heute in den Händen der Junker und Großbourgeois befindet, und gegen die frivole Kriegszettelerei unserer reaktionären Chauvinisten mannhafte aufnimmt!

Aber die Wege und Mittel des Freisinn sind unerforschlich. Er begriff nicht die Friedensbestrebungen des internationalen Proletariats, sondern er demagogisiert sie durch sein führendes Organ, der „Freif. Ztg.“, geradezu den reaktionären Chauvinisten! Das Blatt liest Militärbehörden und Staatsanwälte folgendermaßen:

„Die Situation für die deutsche Sozialdemokratie ist auf dem Kongreß dadurch erschwert, daß sie gegenüber den positiven Vorschlägen von Hervé und anderen nur allgemeine Redewendungen anwendet und es den gegebenen Umständen überlassen will, welche Mittel man zur Verhinderung des Krieges in jedem Falle anzuwenden habe. Diese Zurückhaltung rührt zum Teil sicherlich daher, daß die Genossen zurzeit selbst noch nicht wissen, welche Maßnahmen in dem entscheidenden Moment ergriffen werden sollen. Andererseits aber suchen sie auch jede Verhinderung zu vermeiden, welche die Regierung auf ihren Agitationsplan ausbreitend aufmerk-sam zu machen geeignet ist. Trotzdem aber — oder vielmehr gerade deshalb — werden alle diejenigen, denen es zukommt, nötig haben, die Augen offen zu halten. Denn das ist nach der Haltung auch der gesamten deutschen Sozialdemokratie offenbar: ihr Bestreben geht dahin, das Heer mit dem Sozialismus zu durchziehen und so zur Auflösung zu bringen. Wie das geschehen soll, darüber lauten die Ansichten je nach Temperament, Intelligenz und Volkscharakter allerdings verschieden; das Ziel jedoch ist für alle das gleiche.“

Das freisinnige Denunziantenblatt erhebt dem auch die Gewagtung, daß das Organ Anuten-Dertels just zur gleichen Stunde einen Departikel gegen die deutsche Sozialdemokratie vom Stapel läßt. Das Blatt der ostelbischen Brot- und Fleischwucherer sekundiert dem freisinnigen Wod-Bruderorgan in volster Seelenharmone. Es erblickt in der Stuttgarter Resolution über den Militarismus „bewußte Vorbereitung des Landesverrats“ und verlangt „vorbeugende internationale (!!) Abwehrmaßnahmen“, richtet aber auch an die „verantwortlichen Leiter der Politik“ zugleich die Frage: „wie lange noch“ sie das Treiben der roten Rotte dulden wollen!

Vom Standpunkte der ostelbischen Junker aus ist das ja auch ganz logisch. Sie wollen ja, wie sie ganz offen eingestehen, das „strophulöse Gefindel“ knechten und knten! Aber der Freisinn vertritt doch — angeblich! — die Rechte des Volkes!

Daß sich gleichwohl das führende Organ ihrer stärksten Gruppe zu solch' scholler Denunziation mit einem Anuten-Dertel zusammenfindet, beweist, welche tiefe Interessensharmone und politische Seelengemeinschaft dem Bündnis zwischen den Besizenden und vermöglichen ihres Bestes dominierenden Elementen des „Freisinn“ und dem skrupellosten ostelbischen Krantjunkturum zugrunde liegt!

Das volksverräterische Denunziantengeschmeiß von rechts und „links“ hat sich wieder einmal gefunden!

Nochmals: der kastrierte Freisinn.

Als der freisinnige Abg. Gothein neulich in einem, wie wir gern anerkannt, sachlich und logisch guten Artikel den ober-schlesischen Bergarbeiterstreik aus der zunehmenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse ableitete, erlaubten wir uns die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen und Herrn Gothein aufzufordern, gegen die agrarische Wucherpolitik seiner konservativen Wodfreunde Sturm zu blasen. Wir fügten aber sofort hinzu, daß der Freisinn die Manneskraft dazu nicht mehr habe, und daß erst kürzlich die freisinnige „Weser-Ztg.“ sogar konstatiert habe, „in geistig hochstehendem (!) freisinnigen Kreisen“ mache man kein Hehl daraus, daß der Freisinn darauf verzichten müsse, die agrarische Wucherpolitik zu bekämpfen. Indem wir so Gothein'se Erkenntnis und freisinnige Wod-Knechtschaft zusammenstellten, sprachen wir von dem kastrierten Freisinn.

Diese Logik der politischen Tatsachen hat Herrn Gothein stark verärgert, aber anstatt seine freisinnigen Brüder, die nicht nur sich selbst sondern auch Herrn Gothein politisch kastriert haben, anzugehen und anderen Sinnes zu machen, wendet er sich gegen die einfachen Schlussfolgerungen des „Vorwärts“, und in einer Weise, die wir, ehrlich gestanden, gerade bei Herrn Gothein nicht einmal vorausgesetzt hätten. Man steht aber, daß man die freisinnigen Herren immer noch zu hoch einschätzt.

Denn was bringt Herr Gothein gegen die von uns nur wieder-gegebene Logik der Tatsachen vor?

Zuerst schüttelt er die „Weser-Zeitung“ von den freisinnigen Hochschöhen ab, daß schon Heine dem blamierenden schönen Kinde rät: es solle ihn nicht unter den Linden grüßen, aber um so zärtlicher zu ihm sein in den verschwiegenen vier häuslichen Wänden. Dies Mittel verfährt in der Politik wirklich nicht mehr!

Herr Gothein versichert: „wir werden uns nicht abhaken lassen, die reaktionäre deutsche Wirtschaftspolitik wie bisher weiter zu bekämpfen.“ Das klingt ganz tapfer und zweifellos, aber der Pferdebuck kommt im selben Augenblicke; wie stellen jetzt keine solchen Krutze, sagt Herr Gothein, weil wir nicht stark genug sind, sie durchzudrücken, und daran wieder ist die Sozialdemokratie schuld, die Zentrumsmänner den Freisinnigen bei der letzten Wahl vorgezogen hat! Da ist also die Sozialdemokratie glücklich wieder zum unschuldigen Sarnidell geworden!

Es verlangt sich kaum noch, auf diese alberne Argumentation mit einem Worte zu antworten, denn gerade das Gegenteil ist bei der Hottentottenwahl geschehen: den 2-3 Kreisen, wo sozialdemokratische Wähler einen oppositionellen Zentrumsmann dem freisinnigen Wodkandidaten vorgehen, stehen Duzende von Kreisen gegenüber, wo der Freisinn die ärgsten agrarischen Wucherer direkt und indirekt in den Reichstag gebracht hat. Hat Herr Gothein ein so kurzes Gedächtnis, so frischen wir es ihm gern auf!

In 11 (elf) Kreisen hat der Freisinn durch Verzicht auf eigene Kandidaturen von vornherein den Sieg der Parteien der Rechten gesichert; so in Ebersfeld-Warmen, Borna, Gammst, Ehligen, Neuh. J., Breslau-Dr., Löbau, Wanzleben, Mücheln I, Schwarzb.-Bad., Pirna.

Bei den Stichwahlen hat der Freisinn den Agrariern und ihren Freunden nicht weniger wie 32 (zweiunddreißig) Mandate ausgeliefert:

den Konservativen 7,
nämlich: Potsdam, Ostb.-Land, Randow, Greifenhagen, Striegau-Schweidniz, Grünberg-Prechtitz, Quersfurt, Walschin-Baren und Ostrow;

den Reichsparteikern 7, nämlich: Jauß, Belgig, Kottbus, Spremberg, Bitterfeld, Detsch, Harburg, Buztebude, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Lippe;

den Nationalliberalen 11, nämlich: Potsdam-Westphalenland, Wolmirfeld, Reuthaldenleben, Liebenwerda-Torgau, Apertade-Flensburg, Dithmarschen, Döbeln-Rohrweim, Annaberg, Eibenstock, Darmstadt, Rostock, Jena und Sachsen-Roburg;

den Antifreihändlern 6, nämlich: Schwiege-Schmalldalen, Weimar, Eisenach und Holz-minden, Weihen-Großenhain, Elberfeld-Barmen;

dem Bund der Landwirte 1, nämlich: Kaiserlautern.

Wie wird Ihnen, Herr Gothein? Wie bitten um Antwort!

Und schließlich noch ein — Gedächtnisfehler. Herr Gothein sucht sich auch damit zu bedecken, daß ja auch die Sozialdemokratie in der laufenden Session seinen Antrag auf Herabsetzung der Zölle gestellt hätten, vergißt aber wohlweislich zu sagen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereits in der Session 1905/06 einen spezialisierten Initiativantrag auf Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902, im besonderen auf Aufhebung der Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse gestellt hatte! Herr Gothein kann diesen Antrag in der Nr. 93 der amtlichen Drucksachen der genannten Session nachlesen!

Nach all diesem muß es also bei der Rastation des Freisinn bleiben! —

Die württembergische Regierung über den Schwabenstreik.

Das offiziöse Depeschembureau meldet: Stuttgart, 24. August. Der Staatsanzeiger veröffentlicht heute eine amtliche Mitteilung zu der Ausweisung des Engländers Quetch. Danach hat das Ministerium den Janern in den von dem Delegierten Quetch geäußerten Worten über den Haager Kongreß eine ungewollte und schwere Beschimpfung der Delegierten der in der Haager Konferenz vertretenen Regierungen und mittelbar dieser Regierungen selbst gesehen. Deshalb hat man dem Vorstehenden des Kongresses, Singer, noch am selben Abend ein Schreiben zugehen lassen, in welchem verlangt war, daß Quetch die fraglichen Worte bei Beginn der nächsten Plenarsitzung ausdrücklich und unbedingt zurückzunehmen und sich entschuldigen sollte, in welchem Verlangen war, daß Quetch die fraglichen Worte bei Beginn der nächsten Plenarsitzung ausdrücklich und unbedingt zurückzunehmen und sich entschuldigen sollte, in welchem Verlangen war, daß Quetch die fraglichen Worte bei Beginn der nächsten Plenarsitzung ausdrücklich und unbedingt zurückzunehmen und sich entschuldigen sollte.

Diese offizielle Kundmachung verbessert die Situation der württembergischen Regierung keineswegs. Quetch hat erklärt, daß seine Worte keine persönliche Beleidigung der an der Haager Antifriedenskonferenz beteiligten Delegierten sein sollten — was sich ohnehin von selbst versteht —, sondern nur eine drastische Charakterisierung des kapitalistischen Systems. Diese Charakteristik konnte aber Quetch als Sozialdemokrat gar nicht revozieren, ohne seine sozialistischen Anschauungen zu verleugnen. Wie konnte also die württembergische Regierung überhaupt eine solche Zurücknahme der Äußerungen erwarten!

Wenn die württembergische Regierung den politischen Anstand besaß, einem Internationalen Sozialistenkongreß in ihrem Lande Geduld zu gewähren, so mühte sie von vornherein mit der Verbindung von sozialistischen Ansichten rechnen, selbst wenn dafür die Form bürgerlich fortgeschrittener Länder gewählt wurde. Ein Unbegriff aber war es, an die gemohnte Redefreiheit ausländischer Sozialisten den Nachschub preussischer Polizeifürsichtigkeit zu legen!

Der Schwabenstreik der württembergischen Regierung wird auch dadurch nicht schöner, daß er auf Anweisung aus Berlin verübt wurde! —

Die „Christen“ als Erzieher zum — Klassenkampf.

Ein Führer der christlichen Holzarbeiter hat eine Agitationstour durch Mitteldeutschland gemacht. In der letzten Nummer seines Verbandsblattes gibt er seine gesammelten Erfahrungen zum besten. In Hessen will er bemerkt haben, daß die dortigen Sozialdemokraten recht schlappe Gesellen sind, ihr Klassenbewußtsein verflüchtigt sich in der Abschließung ihrer Vergnügungen von denen der Kleinbürger, und als Klassenkampf gelte ihnen der Streit um einige Pfennige Lohnverhöhung. Dann heißt es:

„Über die Zukunft unseres Verbandes in Mitteldeutschland ist schlecht zu sagen. Sabelt sieht jedoch fest, daß in nächster Zeit hier kein Wachsen zu gewinnen ist. Man kann dieses ruhig auf das Konto der sozialdemokratischen Erziehung zu Spielbürgern schreiben. Tieferes Denken hat man die Arbeiterschaft nicht gelehrt. Hier haben die christlichen Gewerkschaften die Erziehung klassenbewußter Arbeiter in die Hand zu nehmen.“

Das ist ja eine überraschende Wendung in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften. Dieser schalten sie die Sozialdemokraten wegen ihres Klassenkampfes und Radikalismus. Jetzt auf einmal sind wir die Schwachen und Reigen, und die Christlichen werden uns zeigen, was Klassenkampf ist; sie und nicht wir sind die Ziel- und Klassenbewußten! Nun, es soll uns freuen, wenn die Christlichen recht bald praktische Proben ihres „tieferen Denkens“ und entschiedenen Klassenbewußtseins ablegen! —

Zentrum und Wahlreform.

Die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht über das aktuelle Thema „Zentrum und Wahlreform“ einen Artikel, dem wir folgende beachtenswerte Stellen entnehmen:

„Und allem Anschein nach gedenkt das Zentrum auch jetzt, wo die Wahlrechtsfrage in Preußen aufgerollt ist, es bei der bisherigen Untätigkeit bewenden zu lassen. In dieser Zeit, wo alles auf Klarheit und Entschiedenheit in der einen Frage drängt, begnügt sich die ultramontane Presse damit, an der Gelegenheit des Blockes sich zu laben und über die „Annahmungs“ der Sozialdemokratie zu höhnen, die nicht glauben soll, daß das Zentrum ihr in die Bewegung um das Wahlrecht folgt. Und was Herr Spahn in seiner Rheinbacher Rede sagt, läßt erkennen, daß die Zentrumsführer mehr Wert darauf legen, der Regierung Schiffe und Steuern zu bewilligen, als sie zu politischen Fortschritten zu drängen. Die Sprengung des Blockes, die Gunst der Regierung und die Wiedererlangung der ausschlaggebenden Stellung im Reich steht dem Zentrum höher als die Frage, ob das preussische Volk weiter die Schmach der politischen Entrechtung tragen soll.“

Gibt es nun kein Mittel, das Zentrum zu zwingen, daß es Farbe bekennet und seinem Antrage gemäß mit Entschiedenheit für die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen einzutreten? Wir

bejahen diese Frage. Man muß das Zentrum an seinem empfindlichsten Teile packen; an seinem Arbeitergefölge. Wir erinnern an die Vorgänge bei der seligen Justizhausvorlage. Auch damals verhielt sich das Zentrum anfangs völlig unentschieden; in einem Teil der Zentrumspresse war sogar eine deutliche Zuneigung für die Vorlage zu erkennen. Herr Wiesberts, der damals noch den Arbeitstitel trug, aber schon den kommenden Mann des Zentrums ahnen ließ, lehnte es in öffentlicher Versammlung namens der christlichen Arbeiter ab, sich an einer Agitation gegen die Vorlage zu beteiligen, und dadurch, wie er sagte, das monarchische Gefühl noch mehr zu untergraben. Die Sozialdemokratie setzte ihre Bewegung ein und wußte sie so lebhaft zu gestalten, daß sich die christlichen Arbeiter ihr nicht entziehen konnten; Herr Wiesberts agitierte trotz seines monarchischen Gefühls mit und das Zentrum mußte wohl oder übel unter dem Drange der erregten Arbeitermassen der Justizhausvorlage das wohlverdiente Ende bereiten helfen.

So muß es, wenn die Führer des Zentrums nicht beizellen noch ein Einsehen haben, auch in der preussischen Wahlrechtsfrage gemacht werden. Je passiver sich das Zentrum verhält, desto entschiedener muß unsere Agitation unter den katholischen Arbeitereinflehen. Durch die Einwirkung auf das proletarische Gefölge muß die ultramontane Führerschaft vom Rundspitzen zum Pfeifen, vom Högen und Schwanzen zur Entschiedenheit gebracht werden.“

Ein temporärer „Antimilitarist“.

Wie schon mitgeteilt, ist der zur religiösen Sekte der Adventisten gehörende Musketier Wägge von der 2. Kompanie des 31. Infanterie-Regiments (Altena) schon wiederholt wegen fortgesetzten Ungehorsams zu schweren Strafen verurteilt worden, weil er aus religiösen Gründen ablehnt, in der Zeit von Freitagabend bis Sonnabendabend Dienst zu tun. „In der Bibel steht geschrieben: Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen“, antwortet stets der von seinem Hauptmann als sonst folgsam und gehorsam geschätzte „Gotteskrieger“. Seine Dienstzeit ist gar nicht abzulehnen, denn er lebt in konsequenter Befolgung seiner „religiösen Pflichten“ die Gehorsamsverweigerungen während der genannten Zeit auch im Gefängnisgefängnis fort. Vor einiger Zeit sind ihm deshalb 4 Monate und vor kurzem, wie dem Regiment mitgeteilt worden ist, 7 Monate Gefängnis zubüßiert worden. Außer zahlreichen Disziplinarstrafen sind gegen den erst zehn Monate dienenden Adventisten insgesamt sechzehn Monate Gefängnis erlassen worden.

Wo bleiben die von antwortwegen berufenen Ränder des „lauteren Gotteswortes“, um den Märtyrer seines Glaubens von seinem unerhörten Martyrium zu befreien?

Oder gilt für sie, die doch für ihre geistliche Amtswaltung bezahlt werden, nicht das Wort: Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen?

Wo bleiben die Herren im Talar?! —

England.

Robert Owen und der Militarismus.

London, 21. August. (Fig. Ver.) Die „Times“ vom 19. August enthält folgende Zuschrift: „Als Robert Owen, der Vater des Sozialismus in England, im Jahre 1847 in Marylebone (London Nordwest) als Parlamentskandidat aufgestellt wurde, veröffentlichte er sein Wahlprogramm, in dem er unter anderem verlangte: Allgemeine militärische Erziehung für alle männlichen Kinder in den Schulen, damit das Land gegen eine fremde Invasion geschützt werden könnte, ohne die gegenwärtigen schweren militärischen Lasten tragen zu müssen.“

Deutsche Löhne und Lebensmittelpreise.

London, 22. August. (Fig. Ver.) Im britischen Unterhause verlangte gestern der liberale Abgeordnete Mr. Price vom Handelsminister nähere Auskunft über folgenden Gegenstand: „Nach dem Konsularbericht aus Deutschland war das Geschäftleben im Jahre 1900 über Erwarten gut; aber eine Anzahl von Umständen scheint darauf hinzuweisen, daß die Preise der Lebensmittel rascher steigen als die Arbeitslöhne. Könnte der Handelsminister weitere Mitteilungen darüber machen?“

Der Handelsminister antwortete: „Die Informationen, die ich über diesen Gegenstand habe, deuten darauf hin, daß in Deutschland in den letzten Jahren die Lebensmittelpreise und die Löhne ungefähr gleich gestiegen sind. Ich habe aber weitere Informationen eingeholt lassen.“

Gegen die Opiumpest.

London, 24. August. Im Oberhause teilte Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Lord Ribblesdale, dem Hause mit, daß die Regierung die Municipalräte aller englischen Niederlassungen in China aufgefordert habe, die Opiumhöhlen zu schließen. Die Regierung habe den Vorschlag Chinas, die indische Opiumausfuhr nach China jährlich um $\frac{1}{10}$ zu verringern, angenommen, und sich mit einer Erhöhung der chinesischen Einfuhr- und Lizenzgebühren auf ausländisches Opium einverstanden erklärt. Ein chinesischer Zollbeamter solle in Kalkutta stationiert und die Ankaufslätze für Opiumkulturen in Indien beschränkt werden.

Rumänien.

Ein Schandurteil mehr.

Bukarest, 22. August. (Fig. Ver.) Die rumänische Justiz hat sich bereit, zu beweisen, daß sie nur ausnahmsweise gegen Sozialisten anständig handelt.

Heute kam vor dem Appellationsgerichtshof der Einspruch des Staatsanwalts Skinu gegen das Urteil des hiesigen Tribunals zur Verhandlung, das den einstimmigen Freispruch der neun Bukarester Arbeiterführer von der Anklage der Rebellion und Beamtenmähung enthielt, die wegen der Demonstration bei der Abreise des ausgewiesenen Genossen Krugnostrat erhoben wurde.

Die höhere Instanz, stärker von Erblichismus gegen die Regierung beeinflusst als die untere, ist den Entwürfen des Staatsanwalts wenigstens teilweise gefolgt. Die ungeheuerliche Anklage auf Rebellion, die mit zwei Jahren Gefängnisstrafe und dauernder Entziehung der Bürgerrechte bedroht ist, wagten die Appellrichter allerdings nicht zu bejahen. Aber sie wagten auch nicht ganz freizusprechen, um die Regierung nicht allgütig zu blamieren und so wählten sie den Ausweg, die Angeklagten wenigstens der Beamtenmähung für schuldig zu erklären und acht von ihnen mit je 10 Tagen und den Genossen Trimu, den Schriftführer der Bukarester sozialdemokratischen Organisation, zu 15 Tagen Gefängnis zu verurteilen.

Im Grunde genommen ist auch diese Verurteilung eine Ohrfeige für die Regierung, und ein Schandmal für die Justiz Rumaniens! —

Amerika.

Die Lage auf den Philippinen.

Manila, 24. August. General Wood erklärte in einem Interview, er werde von der amerikanischen Regierung die Erhöhung der Garnison auf 30 000 Mann beantragen. Dringend verlangt werden zehntausend Mann Artillerie, welche in den neuangelegten Festungen einquartiert werden sollen.

New York, 23. August. Unter den Amerikanern auf den Philippinen herrscht einige Erregung über wiederholte Beleidigungen der amerikanischen Flagge. Die Polizei wurde angewiesen, die revolutionären Fahnen zu entfernen.

Australien.

Der Zollwucher als Gefahr für den Bund.

Perth (Westaustralien), 23. August. Der Premierminister hat an den Bundesstaatsminister Sir W. Lyne eine Depesche gerichtet, in der er erklärt, daß die westaustralische Regierung mit ernster Besorgnis die Wirkung des neuen Zolltarifs auf die Entwicklung des Staates verfolge, da er eine erhebliche Verteuerung des Lebensunterhaltes verursache. — Die hiesigen Zeitungen befehlen den neuen Tarif und einige schlagen eine Abänderung der Verfassung zum Zwecke finanzieller Selbstverwaltung und den Austritt aus der Bundsgemeinschaft vor.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschien (soeben):

Berstein, Eduard: Janus Auer. Eine Gedächtnisrede. Mit Porträt und Abbildungen. 72 Seiten. Preis 50 Pf.

Kindermann, Dr. G.: Die päpstliche Regie. Heft 6 der „Sozialdemokratischen Gemeindepolitik“, kommunalpolitische Abhandlungen, herausgegeben unter Leitung von Paul Hirsch. 64 Seiten. Preis 40 Pf.

Bebel, A.: Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871—1874. Heft 1 der Sammlung: Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag.

In einem Geleitwort sagt Genosse Bebel: Auf Beschluß des Parteivorstandes hat die Buchhandlung Vorwärts die verschiedenen Vorkämpfer, die seit dem Jahre 1873 bis zum Jahre 1893 über die Tätigkeit des Reichstages als sozialdemokratischen Redner erschienen sind, aufs neue herausgegeben.

Der Parteivorstand ging bei seinem Beschluß von der Voraussetzung aus, es sei äußerst wünschenswert, daß den Parteigenossen Gelegenheit gegeben werde, sich über die Tätigkeit der Parteivertreter im Reichstage in früheren Jahrzehnten zu unterrichten, um die Stellung kennen zu lernen, die die Partei der Reichstagsgebung wie den bürgerlichen Parteien gegenüber eingenommen hat.

Das zweite Heft wird den Bericht über die Tätigkeit für die Zeit 1874/75 enthalten; das dritte Heft bringt die Wahlaufreue der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Jahre 1881, 1884 und 1887. Das vierte Heft berichtet über die Zeit von 1887 bis 1899 und endlich wird das fünfte Heft den Tätigkeitsbericht von 1890 bis 1903 enthalten. Die einzelnen Lieferungen werden so arrangiert, daß sie zu einem Bande vereinigt werden können.

Dem Genossen Wilhelm Schmidt widmet die „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. einen ehrenden Nachruf. Es heißt darin:

„Unser verstorbenen Genossen Bedeutung für die Frankfurter Arbeiterklasse lag in der engen Verbindung zwischen proletarischer Herkunft, proletarischem Fühlen und Denken und sozialistischer Geisteskultur, die er sich unter tausend Opfern aneignete. Er verdoppelte den hohemständigen Frankfurter Arbeiter der ersten Kampfzeiten unserer Bewegung, der die ganze Entwicklung mitgemacht hatte von den kleinen Firkeln der Gründungszeit unserer Partei über das Ausnahmsgesetz bis zu der gewaltigen Ausdehnung in die Breite, die unsere Bewegung seit den neunziger Jahren auch hier erlangte. Die alte, gute Treue und Liebe der Arbeiterklasse paarte sich bei ihm mit der lebhaftesten Empfindlichkeit für alle neuen Seiten der Entwicklung. Dabei sah ihn der Sachverständiger Schalk und Humor im Nacken. Während er schmeichelhaft ernsthaft und ergrimmte irgend eine Neuerung abzulehnen schien, hatte er sich schon innerlich mit ihr besondert und sie sich angeeignet, um dies später lachend zuzugestehen. Wenn er zögerte und langsam sprach, statt mitzukommen, war es seine peinliche Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt im Arbeiten und Überlegen, die ihn festhielten. Seine Bescheidenheit und seine Einsicht in die Vielteiligkeit der Dinge hatten ihn nicht stolz, sondern eher bescheiden gemacht, wie den echten Mann. Niemals drängte sich unter Wilhelm vor, wenn er aber gerufen wurde, dann stellte er mit einer Fähigkeit und Gründlichkeit sondergleichen seinen Mann. Eben deshalb mochten wir vielleicht erst jetzt, nach seinem Tode, erkennen können, wie tief es ihn gekümmert haben muß, daß ihn sein zunehmendes körperliches Leiden immer mehr behinderte, seinen Vorkurs ganz auszufüllen. Er kämpfte die letzten Jahre einen beinahe tragischen Kampf in seinem Inneren, und gab sich doch Mühe, der goldige heitere Mensch nach außen zu sein. In seiner Wahrheitsliebe ehren wir den Streiter und Dulder fürs Volk!“

In seinem engeren Wirkungskreise, in unserer Redaktion, hat Wilhelm Schmidt die ganze Wirtenschaft eines um sein Dasein kämpfenden Arbeiterblattes bis zum heutigen unbedrittenen Ausmaß mitgemacht. Er arbeitete so fleißig und unverdrossen in den Anfangsjahren unter den ärmlichsten redaktionellen Verhältnissen, wie er sich später gern und willig in die Arbeitsteilung des groß gewordenen Blattes fügte und dort an der von ihm selbst gewählten Stelle seine Schuldigkeit mit allen Kräften tat. Wenn er im Reichstage saß, war er kräftig für und verloren. Wenn er aber aus Berlin zurückkehrte, nahm er seinen alten Platz wieder ein wie vorher, und schaffte in Ernst und Scherz mit seinen Kollegen. Er war einer der ersten, die ihm das Bisherige bekundeten, daß man den Proletariats nicht immer bloß die ernste, sondern auch die heitere Seite des Lebens im Spiegel ihres Blattes zeigen mußte. Ihm, dem dichterisch Veranlagten, verbannt unter unzulängliche heitere und gemüthliche Beilagen aus dem Frankfurter Leben.

Ein außerordentliches Verlangen. In einer Parteiverammlung des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises (Chemnitz-Stadt) trat Genosse Wirth dafür ein, daß bei Einbringung von Anträgen unserer Fraktion im Reichstage dieselben nicht immer mit „Abrecht und Genossen“ unterzeichnet werden. Man solle hierbei vielmehr eine alphabetische Reihenfolge eintragen lassen. Es würde in manchen Kreisen als unheimlich empfunden, daß die Wähler von ihrem Abgeordneten fast gar nichts zu hören bekommen. Auf Vorschlag des Genossen Landgraf soll dieser Wunsch insofern berücksichtigt werden, als Genosse Rostke beauftragt wird, die Fraktion zu ersuchen, eine derartige Änderung herbeizuführen.

Die Leipziger Volkszeitung bemerkt dazu: „Die Komit dieser Anregung wollen wir durch keinen Kommentar beeinträchtigen.“ — Wir auch nicht.

Einen arg tendenziös angelegten Bericht über die Stuttgarter Kongressdelegationen der Kommission zur Beratung der Kolonialfrage bringt der „Volksbote“ zu Stettin. Die Reden jener Sprecher, die sich gegen die von van Rosl vertretene Resolution wandten, sind in unerbörter Weise verflüchtigt. — die des Genossen Quetch-London aus drei Zeilen, die Bedebours auf 15 Zeilen zusammengefaßt, während Dr. David 20 Zeilen gewidmet werden. Am schlußmüdigsten ergeht es Kautsky. Der Stettiner „Volksbote“ bittet ihm — drei Zeilen zu und läßt dann im Schlusswort van Rosl auf 17 Zeilen gegen Kautsky's Ausführungen polemisieren!

Wahrlich — eine sehr objektive Berichterstattung.

Unsere Taten. In Sera starb der Genosse Karl Herfurth. Er war schon in der Arbeiterbewegung tätig, als Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts im Rathhaus an die Gewerkschaftlerkongreß unter dem Vorhug von August Bebel tagte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Polizeilich“. Ob der Ausdruck „polizeilich“ Beleidigung ist, wenn er einem Polizeibeamten gegenüber

wird, darüber hatte am Donnerstag das Landgericht in Didenburg i. Br. zu entscheiden. Angeklagt war der Genosse Mege vom Norddeutschen Volksblatt in Vant-Wilhelmschaven. Ein Landmann war in Wilhelmshaven von der falschen Seite in eine schmale Straße gefahren. Er setzte, in dem Glauben, richtig in die Straße gefahren zu sein, seiner Verhaftung Widerstand entgegen und wurde gewaltsam zur Wache gebracht. In der Kritik dieser Festnahme ist das Wort „polizeiwidrig“ gebraucht und deshalb ist Strafantrag gestellt wegen Beamtenebeleidigung. Nach der umfangreichen Zeugenvernehmung beantragte der Staatsanwalt 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Eine weitere Verhandlung gegen den Genossen Mege führte zu seiner Verurteilung zu einem Monat Gefängnis. Im Dezember vor. J. übernahm er einen längeren Artikel aus der „Brauereiarbeiter-Zeitung“, der sich mit der Verurteilung zweier Genossen in Norden beschäftigte, die anlässlich des Hochfests der Firma Doornik at daselbst wegen Vergehens gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung vom Schöffengericht Norden zu sechs resp. vier Wochen Gefängnis verurteilt worden waren. Der Artikel trug die Ueberschrift: „Die blinde Göttin Justitia“. Obwohl auf ihre Verurteilung die beiden Genossen von der Strafkammer in Aurich freigesprochen wurden, stellte der Präsident des Landgerichts Aurich doch Strafantrag gegen das „Norddeutsche Volksblatt“ wegen des dem Schöffengericht Norden gemachten Vorwurfs der parteiischen Rechtsprechung. Nach Verlesung beider Gerichtsurteile beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. Das Gericht kam zu obiger Strafe, weil der Vorwurf der Parteilichkeit der schwerste sei, der einem Gericht gemacht werden kann.

Das Gefängnis verlassen hat Genosse Dikreiter von der „Altenburger Volkszeitung“ nach längerer Haft.

Gewerkschaftliches.

Die gewerkschaftliche Bewegung in Rußland.

Zum bevorstehenden allrussischen Gewerkschaftskongress hat die mit seiner Einberufung betraute Agitationskommission sich der mühevollen Arbeit unterzogen, statistische Materialien über den gegenwärtigen Stand der gewerkschaftlichen Bewegung Rußlands zu sammeln. Obwohl die gewonnenen Zahlen nach dem Geständnis der Kommission selbst nicht als einwandfrei gelten können — in hohem Maße infolge der geheimen Existenz vieler Gewerkschaften — so verdienen sie, als erster Versuch dieser Art, trotzdem große Beachtung und wir geben sie daher im Auszug wieder.

Im Frühjahr 1907 bestanden in ganz Rußland 652 Gewerkschaften mit 246 272 Mitgliedern. Ihre Verteilung auf die einzelnen Industrien ist folgende:

Industrie	Zahl der gewerkschaftl. Vereine	Zahl der organisierten Arbeiter	Proz. zur Gesamtzahl d. organisierten Arbeiter
Metallindustrie	81	54 178	22
Textilindustrie	25	87 214	15,5
Handel	101	32 475	13
Buchdruckgewerbe	72	28 654	11,5
Nahrungsmittelbranche	78	24 848	10
Bekleidungsindustrie	59	15 090	6
Warenindustrie	43	12 306	5
Lederindustrie	85	12 066	5
Holzindustrie	39	9 927	4
Bergbau	5	2 475	1
Uebrigere Industrien	65	17 005	7

Die geographische Verteilung der Gewerkschaften bietet folgendes Bild:

Organisierte Arbeiter:	
Moskauer Industriegebiet	60 942
Schwarzmeergebiet	15 498
Nordisches Gebiet	53 514
Nordwestgebiet	14 553
Polen	47 712
Wolgagebiet	12 845
Kaukasus	16 172
Kleinrußland	11 309

Anderere Gebiete erreichen nicht die Zahl von 10 000 Organisierten.

Betrachten wir die Verteilung der Organisierten nach Städten, so finden wir ein ausgesprochenes Vorwiegen von Großstädten, deren 8 ca. 180 000 Organisierte, das heißt über 70 Prozent der Gesamtzahl umfassen; Petersburg und Moskau allein weisen fast 100 000 gleich über 40 Proz. auf. Es entfallen auf

Stadt	Organis.	Wohn.	Organis.
Petersburg	51 728	Wohn	11 818
Moskau	48 051	Odeffa	9 730
Lodz	26 193	Jetaterinoslaw	7 392
Warschau	17 117	Wlino	7 376

Ihrer Größe nach sind die Gewerkschaften äußerst verschieden, es dominieren jedoch kleinere mit geringen Mitgliederzahlen:

Ueber 5000 Mitglieder haben:	6 Gewerksch. mit insges. 54 293
Von 3000—5000	9
1000—3000	80
500—1000	45
100—500	213
Wenig. als 1000	349

Interessant ist auch das Verhältnis der Zahl der Organisierten mit derjenigen aller Arbeiter einzelner Industrien: es erweist sich, daß nur im Buchdruckgewerbe ein bedeutender Teil der Arbeiterhaft organisiert ist — nämlich 28 000 gleich 43 Proz. der Gesamtzahl; von diesen 28 000 entfallen allein auf Petersburg 11 000. Dem Buchdruckgewerbe folgen die Metallindustrie mit 8,6 Proz., die Nahrungsmittelbranche mit 7,2 Proz., die Lederindustrie mit 7,1 Proz. der in diesen beschäftigten Arbeiter. Andere wichtige Industrien erreichen nicht einmal diese bescheidenen Zahlen, so weist z. B. der Bergbau 1,1 Proz. auf. Auf die Gesamtzahl der industriellen Arbeiter berechnet (nach der neuesten Arbeit von Pogoschew — 7 Millionen) beträgt der Prozentsatz der Organisierten nur 3,5 Proz.

Es sind somit für den gegenwärtigen Stand der gewerkschaftlichen Bewegung in Rußland drei Tatsachen charakteristisch: die geringe Zahl der Organisierten im Vergleich zur gesamten Arbeiterhaft, ferner ihre Zersplitterung in kleine Vereine mit geringen Mitgliederzahlen, endlich auch das Dominieren der Großstädte in der Bewegung. Diese Tatsachen finden einerseits in der kurzen Dauer der Gewerkschaftsbewegung — sie zählt kaum zwei Jahre —, andererseits in den ungünstigen äußeren (politischen) Verhältnissen, die ihre Entwicklung hemmen, voll auf Erklärung. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß bei einigermaßen gefunden Existenzbedingungen die gewerkschaftliche Bewegung in Rußland einen ungeahnten Aufschwung nehmen wird. Dafür bürgt uns das mächtige Streben des Proletariats nach Organisation und Zusammenschluß, welches in bewogen hat, in den dem Oktobermanifest gefolgten kurzen Freiheits-tagen zur Organisation von Kampfverbänden gegen das Unternehmertum zu schreiten und jetzt alles in den zwei Jahren der politischen Reaktion und der industriellen Scharf-zug zu vertiefen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Sattler, Tischler, Portefeuliker!

Der Streit bei der Firma Ludwigs u. Casparius, Ritterstr. 27, dauert ununterbrochen fort. Nach wie vor weigert sich die Firma den zwischen den Arbeitnehmern der Branche und der „Lederverwarenfabrikanten-Vereinigung“ vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts abgeschlossenen Tarifvertrag anzuerkennen, der unter anderem für die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 5 Proz. vorsieht. Da die Firma der Fabrikantenvereinigung nicht angehört, haben wir verschiedentlich versucht, Verhandlungen wegen Einführung des Vertrages anzuknüpfen, wurden aber jedesmal mit dem Hinweis auf die schlechte Konjunktur hinauskomplimentiert. Die Erbitterung darüber stieg mit jedem Tage. Als dazu nun noch die willkürliche, durchaus unbillige Entlassung eines Kollegen kam, war es mit jeder Zurückhaltung vorbei, die Anerkennung des Vertrages wurde gefordert, und da auch jetzt noch sich die Firma weigerte, die Arbeit kurzerhand eingestellt. Allerdings mit wenig Erfolg wendete nun die Firma alle Mittel auf, um Arbeitswillige für ihren Betrieb zu bekommen. Um jedes Inverbinduntreten der streifenden Kollegen mit den Arbeitswilligen zu verhindern, unterzogen sich die Herren Ludwigs sen. und Ludwigs jun. sowie auch unser ehemaliger Kollege Georg Standke in höchst eigener Person der Mühe, die „Leuren Arbeitskräfte“ nach Hause zu begleiten. Daß dieser Kampf der Firma sichtlich unangenehm ist, beweist die Tatsache, daß die Firma sich müht, die Sache so darzustellen, als hätte sie die Kollegen entlassen und sonst wäre alles in bester Ordnung. Ueber den Schaden, den die Firma bisher schon hatte, lassen wir am besten die Firma selbst reden, ging uns doch durch den Rechtsbeistand der Firma, dem Herrn Rechtsanwalt Dr. Ludwig Platau folgendes Schreiben per Röhropost zu:

Berlin, den 22. August 1907.

An den Verband der Sattler, Berlin.

Die Herren Ludwigs u. Casparius hier, Ritterstr. 27, haben mich mit Wahrnehmung ihrer Rechte beauftragt. Namens und in Vollmacht derselben ersuche ich hiermit den Verband, sofort nach Empfang dieses Schreibens die vor dem Hause Ritterstraße 27 seit 26. Juli 1907 aufgestellten Streikposten zu entfernen, da dieselben die Arbeitswilligen der Firma Ludwigs u. Casparius überfallen, bedröht und mißhandelt haben. Wegen dieser Straftaten ist bereits bei den Polizeirevierern 41 und 48 zu Berlin das Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sollte diese Aufforderung fruchtlos verlaufen, so wird die Firma Ludwigs u. Casparius den Verband für den entstehenden Schaden, welcher sich auf höchstens 500 bis 1000 M. beläuft, verantwortlich machen. Es dürfte dem Verband denkbar genau bekannt sein, daß es sich vorliegend nicht um einen Streik, sondern lediglich um Leute handelt, welche am 26. Juli er. entlassen sind, so daß eine Entscheidung des Gewerbegerichts nicht herbeigeführt werden kann.

Hochachtungsvoll

Der Rechtsanwalt Dr. Platau.

Zu diesem Schreiben wäre noch kurz zu bemerken, daß wir wirklich denkbar genau wissen, daß es sich um einen Streik handelt, daß wir aber allerdings nicht dafür können, wenn die Firma samt ihrem Rechtsbeistand etwas anderes daraus machen möchte. Was die Drohung bezüglich des Schadenersatzes betrifft, so wundert es uns wirklich, daß ein Jurist derartiges mit seinem Namen zeichnet, denn wir haben immer geglaubt, daß das juristische Studium auch an dem § 152 der Gewerbeordnung vorüberführt. Im übrigen sehen wir dem weiteren Verlauf der Sache in aller Ruhe entgegen. Wir werden unsere Streikposten so lange aufstellen, bis die Firma Ludwigs u. Casparius den Vertrag auch für sich als rechtsverbindlich anerkennt. Nur darum führen wir den Kampf und erwarten, daß alle unsere Berufskollegen uns durch Fernhaltung jeglichen Zuguges in diesem Kampfe unterstützen werden.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler.

Achtung, Weber! Gesperrt und streng zu meiden sind: Firma Fey, Vauten Kaiser Friedrich- und Reuterstraße-Ecke in Rigdorf, und die Bauten der Firma Kamm, Rigdorf, Hermannstr. 66, Steinmetzstraße Ecke Schillerpromenade, Oderstr. 3, Hermannstr. 171 und in Berlin, Greifswalderstraße Ecke Pasteurstraße.

Verbandsleitung des Tapezierers.

Achtung, Weber! Bei der Firma J. Eisbach u. Co. (Doppelplüschweberei) bestehen Mißhelligkeiten zwischen den Geschäftsinhabern und den Webern, die ihre eigentliche Ursache in dem starken Arbeiterangebot haben dürften. Die dort vorhandenen 22 Stühle sind sämtlich besetzt; gleichwohl haben sich 40 Weber aus Berlin und Umgegend — keineswegs Arbeitslose — dortselbst vormerken lassen. Vor etwa vierzehn Tagen erkrankten zwei Weber, denen man sofort erklärte, die Stühle würden sofort besetzt werden. Dies geschah auch, obgleich der Ausschuss um eine nur ausbühlerweise Besetzung bat und obgleich zu der nämlichen Zeit einige der dort beschäftigten Weber wegen Materialmangels (Wolle) feiern mußten. Die Antwort, welche die Arbeiter bekamen, charakterisiert das „Harmonieverhältnis“ zur Genüge: „Das machen wir, wie wir wollen!“ Darüber lassen wir uns keine Vorschriften machen!“ usw. Auch geniert sich einer der Herren Chef vor Titulaturen wie „Gewissenloser Arbeiter“ und ähnliche durchaus nicht. Die Firma war, ehe sie mechanische Stühle hatte, bei den Hauswebern wegen der von ihr gezahlten überaus niedrigen Löhne geradezu be-rühmt. Alle Umstände deuten darauf hin, daß diese Verhöhnung auch bei den Fabrikwebern erreicht werden soll. — Wir möchten die Kollegen drängen deshalb warnen, sich zu Lohnbrüchern brauchen zu lassen. Die Beschäftigten, sämtlich organisiert, geben jederzeit gern Auskunft, wie die Dinge liegen. Also Vorsicht!

Zentralverband der Textilarbeiter.

Deutsches Reich.

Achtung, Klempner! Seit 16 Wochen stehen die Klempner in Bremerhaven und Umgegend im Streik. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß etwaige Arbeitsangebote zurückgewiesen werden. Bremerhaven ist auf weiteres für Klempner gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband.

Zur Aussperrung der Getreideträger in Königsberg i. Pr.

Als der Friede im Königsberger Hafen durch Vertrag vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts wieder hergestellt war, blieben, wie bekannt, die Getreideträger ausgesperrt, die am 3. Mai d. J. mit den gemahregelten und ausgesperrten Schiffsarbeiten gemeinliche Sache machten, da sie nicht Streikbrecherarbeiten verrichten wollten. Damals hieß es beim Vertragsabschluss, daß die Kaufmannschaft in naher Zeit auch mit den Getreideträgern wegen tariflicher Vereinbarungen in Verhandlung treten werde. Der erste Herbstmonat, der September, rückt heran, bis zur Stunde haben sich aber die Königsberger Handelsherren nicht veranlaßt gesehen, ihre Versprechen einzulösen, obgleich die ausgesperrten Getreide-träger wiederholt ehrlich und mannbar eine Annäherung versuchten. Vier Monate bald hat also die Königsberger Kaufmannschaft die Hungerperre über die Getreideträger aufrecht erhalten, das ist doch wahrhaftig von diesen Herren, die zumeist der sogenannten „Freiwirtschaft“ angehören, echt „liberal“. Die Getreideträger haben bisher, im Vertrauen auf ihre gerechte Sache, treu zusammengeschlossen. Die Arbeit im Hafen beginnt jetzt umfangreicher zu werden und die Handelsherren lassen es sich Mühe und Geld kosten, „Arbeitswillige“ heranzuziehen, und muten gleichzeitig den Aussperrten zu, sich bedingungslos zu unterwerfen. Auf eine Eingabe an das Gewerbegericht zum Zwecke der Vermittlung erhielten die Aussperrten folgende Nachricht: „Die Getreideträger, die sich im Arbeitsnachweis der Kaufmannschaft melden und die Bedingungen, die ihnen dort vorgelagt werden,

unterschreiben, werden nach Bedarf eingestellt.“ Koch „Bedarf“, das heißt mit anderen Worten: alle unliebhaften Elemente sollen weiter ausgesperrt bleiben, sollen weiter mit Weib und Kind dem Elend preisgegeben werden, da sie es wagten, ihren Arbeitsbrüdern Solidaritätsgefühl entgegenzubringen. Die Getreideträger haben jetzt einen Aufruf an die Königsberger Arbeiter erlassen, in welchem sie alle Klassengenossen um moralische Unterstützung im schweren Kampfe bitten, da sie nicht gesonnen sind, sich zu unterwerfen.

Die Königsberger Hafenarbeiter-Aussperrung zeitigte in hohem Maße am letzten Donnerstag vor der Strafkammer auch noch ein Trauerspiel. Auf der Anklagebank nahmen fünf Personen Platz; sie sollten einige Arbeitswillige von der „Gualyba“ verprügelt haben und befanden sich seit dem 13. Mai d. J., das ist der Tag der Schlägerei, im Untersuchungsgefängnis. Anfänglich waren über zwanzig Personen verhaftet worden, die dann im Laufe der Zeit bis auf die angeführten fünf Hafenarbeiter wieder freigelassen wurden, da das Anklagematerial nicht ausreichte, um mit Gewißheit eine Verurteilung herbeizuführen. Auch bei der Gerichts-verhandlung schwelte alles zwischen Himmel und Erde. Die als Zeugen geladenen Arbeitswilligen konnten nicht ermittelt werden, sie mögen wohl schon wieder irgendwo das „heilige Kapital“ retten, und so mußte sich die Anklage darauf beschränken, ihre Aussagen aus der Voruntersuchung zu verlesen. Da hieß es denn immer: „Wer mich geschlagen, kann ich nicht sagen!“ — Nur einer führte mündlich aus: „Er habe einen Schlag über den Kopf und einen Messerschlag in den Arm erhalten, und sei acht Tage arbeitsunfähig gewesen.“ Der Staatsanwalt schlägt hohe Strafen vor, obwohl auch er zugibt, daß die Tat der Aussperrten menschlich erklärlich sei, da sie gegen die fremden Arbeiter erbittert gewesen. Er beantragt gegen den Hauptangeklagten Staats drei Jahre Gefängnis. Das Gericht fällt folgendes Urteil: Die Angeklagten Gutzzeit und Haman werden freigesprochen, der Angeklagte Staats wird zu einem Jahre drei Monaten, Breitlag zu neun und Pultke zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Als verübt durch die Untersuchungshaft werden für Staats und Breitlag je zwei Monate, für Pultke ein Monat in Anrechnung gebracht. Am Tage nach der Schlägerei brachten die bürgerlichen Zeitungen Königsbergs, voran wie immer die edle „Hartungsche“, das Organ des seligen Eugen Richter, lange Artikel, in welchen sie die Volkerei als Landfriedensbruch zu schildern suchten. — Das sind so die traurigen Begleiterscheinungen des wirtschaftlichen Klassenkampfes.

In den Filzfabriken von Julius Feins Söhne, Hermann Müller und Paul Otto zu Hartha i. S. sind die Arbeiter wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt 400.

Nicht betteln, nicht bitten!

Die Kutscher des städtischen Fuhrparks in Nürnberg hatten bisher nur alle vier Wochen einen freien Sonntag. Sie haben in einer Eingabe an den Stadtmagistrat, ihnen alle drei Wochen einen freien Sonntag zu gewöhnen. Der vortragende Stadtrat beantragte Genehmigung. Ein anderer Rat meinte jedoch vor der Abstimmung, nur alle drei Wochen einen freien Sonntag sei ein bißchen wenig. Darauf der vortragende Rat: „Die Kutscher verlangen ja nicht mehr als alle drei Wochen einen Sonntag, sie „bitten“ ja „untertänigst“ und schreiben „Hochachtungsvoll“. Der andere Rat: „So? Ja, dann ziehe ich meinen Antrag zurück.“

Eine gelbe Gewerkschaft wurde nun auch unter den Textilarbeitern in Vahrenruth gegründet, und zwar genau nach dem Muster der gelben Vereine in Augsburg. Vorläufig zählen aber nur Ober-, Untermeister und Vorarbeiter zu den Mitgliedern. Um die Arbeiter als Mitglieder zu bekommen, wird erst — wie überall — der „erlaubte“ Terrorismus eingesetzt.

Ausland.

Die passive Resistenz haben die Eisenbahner in Basel, wie bereits telegraphisch berichtet, mit allen gegen 30 Stimmen grundsätzlich beschlossen und sie soll Ende September zur praktischen Anwendung gelangen, wenn bis dahin die Forderungen des Personals nicht erfüllt sind. Diese betreffen in erster Linie die Vermehrung des Personals, hauptsächlich der Eisenbahnarbeiter, deren Zahl absolut unzulänglich ist, so daß sie sich im Zustande beständiger Ueberanstrengung befinden. Daneben handelt es sich um die Bezahlung der Ueberstunden, die von der Post bereits gewährt wird, von den Bundesbahnen aber schmälerungsweise nicht. Bereits am 27. April dieses Jahres hat das organisierte Personal eine bezügliche Eingabe an die Kreisdirektion gerichtet, jedoch bis heute noch keine Antwort erhalten. Es wurde nun beschlossen, sich auch noch an die Basler Regierung und an den Verwaltungsrat der Bundesbahnen zu wenden.

Der Hafenarbeiterstreik in Antwerpen.

Mehrere Getreidedampfer ersetzten die Engländer durch Elektoren. Erste Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Schiffskapitäne der regelmäßigen Dampferlinien nach Antwerpen beschlossen, 1 Million Gulden zur Fortsetzung des Widerstandes gegen die Streikenden zu bewilligen.

Die Dockarbeiter in Gen t weigern sich, die aus Antwerpen kommenden Schiffe zu entladen.

Der Streik kann sich leicht noch auf andere Plätze übertragen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Angelreuer Beamter.

Oeffenkirchen, 24. August. (B. L. V.) Der Steuerassistent Loos wurde verhaftet unter der Beschuldigung, eine Summe von 18—20 000 M. unterschlagen zu haben.

Explodierte Feuerwerkskörper.

Bari, 24. August. (B. L. V.) Während ein Wagen mit Feuerwerkskörpern durch das Dorf Capurso fuhr, explodierten diese. Vier Personen wurden getötet zehn verwundet; die Häuser in der Nähe wurden beschädigt.

Schneiderstreik.

Budapest, 24. August. (B. L. V.) In der hiesigen Damenkonfektionsbranche ist heute der Generalstreik ausgebrochen.

Den Schergen ausgeliefert.

Odeffa, 24. August. (B. L. V.) Der Kaitzofe Matschenko, der Führer der Reuterei auf dem Panzerschiff „Fürst Potemkin“ im Juni 1905, der nach seiner Rückkehr aus Rumänien unter falschem Namen in Nikolajew lebte, ist hier verhaftet worden.

Eisenbahnunglück in Rußland.

Petersburg, 24. August. (B. L. V.) Zwischen Petersburg und Pamlonsk erfolgte ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge, beide Lokomotiven wurden beschädigt, der Gepädwagen und ein Wagen dritter Klasse zertrümmert. Der Zugführer und zwei Passagiere wurden getötet und mehrere verletzt.

Schiffstapfrophe.

Konstantinopel, 24. August. (B. L. V.) Von dem infolge einer Kesselexplosion gesunkenen griechischen Dampfer „Lycabides“ sind zwölf Personen gerettet worden. Die Zahl der Opfer beträgt 18.

Die proletarische Internationale in Stuttgart.

Internationaler sozialistischer Kongreß.

Stuttgart, 24. August.

(Telegraphischer Bericht.)

Singer eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr. Gußmann berliest die eingegangenen Begrüßungsschreiben, darunter solche von der sozialdemokratischen Zentralorganisation in Moskau (Röhmen), aus Budapest, vom Sozialdemokratischen Verein in Kiel, vom Parteitag der sozialdemokratischen Partei Litauens und von einer Vereinigung naturwissenschaftlicher Fachschriftsteller in Frankfurt a. M.

Darauf tritt der Kongreß in die Tagesordnung ein:

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

Dazu liegt die folgende

Resolution der Kommission

vor:

Der Kongreß bestätigt die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus und stellt aufs neue fest, daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen.

Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Absatzgebiet sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüsten des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klasseninteressen sowie von den Pflichten der internationalen Klassen-solidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.

Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird.

Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Heerwesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich und die Ueberwindung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.

Die Internationale ist außerstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in feste Formen zu bannen. Aber sie hat die Pflicht, die Bestrebungen der Arbeiterklasse gegen den Krieg möglichst zu verstärken und in Zusammenhang zu bringen.

Tatsächlich hat seit dem internationalen Kongreß in Brüssel das Proletariat in seinen unermüdbaren Kämpfen gegen den Militarismus durch die Verweigerung der Mittel für Rüstungen zu Wasser und zu Lande, durch die Bestrebungen, die militärische Organisation zu demokratisieren, mit steigendem Nachdruck und Erfolg zu den verschiedensten Aktionsformen gegriffen, um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen, sowie um die durch den Krieg herbeigeführte Aufrüttelung der Gesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen.

So namentlich die Verhängung der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Faschodasfall zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Frankreich; das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und im französischen Parlament während der Marokkokrise; die Kundgebungen, die zum gleichen Zweck von den französischen und deutschen Sozialisten veranstaltet wurden; die gemeinsame Aktion der Sozialisten Oesterreichs und Italiens, die sich in Triest versammelten, um einem Konflikt der beiden Staaten vorzubeugen; weiter das nachdrückliche Eingreifen der sozialistischen Arbeiterschaft Schwedens zur Verhinderung eines Angriffs auf Norwegen; endlich der heldenhafte opferwillige Kampf der sozialistischen Arbeiter und Bauern Russlands und Polens, um sich dem vom Zarismus entfesselten Krieg zu widersetzen, ihm ein Ende zu machen und die Krise des Landes zur Befreiung der arbeitenden Klasse auszunutzen.

Alle diese Bestrebungen legen Zeugnis ab von der wachsenden Macht des Proletariats und von seiner wachsenden Kraft, die Aufrechterhaltung des Friedens durch entschlossenes Eingreifen zu sichern; die Aktion der Arbeiterklasse wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Geister durch eine entsprechende Aktion vorbereitet und die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Internationale angepörrt und zusammengefaßt werden.

Der Kongreß ist der Ueberzeugung, daß unter dem Druck des Proletariats durch eine energische Anwendung der Schiedsgerichte an Stelle der kläglichen Verhandlungen der Regierungen die Wohltat der Abrüstung den Völkern gesichert werden kann, die es ermöglichen würde, die enormen Aufwendungen an Geld und Kraft, die durch die militärischen Rüstungen und die Kriege verschlungen werden, für die Sache der Kultur zu verwenden.

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Berichterstatter Vandervelde - Brüssel

(mit lebhaftem Händeklatschen empfangen) — (die Uebersetzung wird von Viktor Adler gegeben): Im Namen der Kommission habe ich Ihnen die dort beschlossene Resolution zur Annahme vorzulegen. Sie ist lang, vielleicht die längste, die je einem internationalen Kongreß vorgelegt ist. Aber wir hatten nicht die Zeit, sie kürzer zu machen. Als wir eine Abkürzung versuchten, ergab sich sofort eine Kränkung ihres klaren Sinnes und eine Lücke in ihrem Inhalt. Die Resolution ist einstimmig angenommen worden. (Bravo!) Das mußte sie. Ueber unsere Stellung zum Krieg und zum Militarismus konnte es Meinungsverschiedenheiten nicht geben, denn das wären Differenzen gewesen, die die Grundlagen des Sozialismus selbst berührt hätten. Wir haben einstimmig erst die internationale Solidarität als Pflicht der Arbeiter festgelegt, und ich habe dieses Prinzip nicht lange zu erläutern vor einer Versammlung, die die lebendige Verkörperung des Wortes von Karl Marx ist: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ (Sehr gut!) Die Proletarier haben überall dieselben Partei- und Klasseninteressen, welchen Teil der Erde sie auch bewohnen, und haben mehr Gemeinschaft und Verwandtschaft untereinander, als mit den übrigen Klassen des Landes, das sie bewohnen. Weiter waren wir einig über das, was uns Vaillant und Debel in so wunderbarer klarer Weise in ihren Reden auseinander gesetzt haben, daß die Voraussetzung unserer Internationalität selbst das Bestehen freier und autonomer Nationen ist. Die Internationale der Arbeiter ist nicht eine amorphe Masse ohne Gliederung und Gruppierung, sondern eine freie Vereinigung, ein Bund nicht nur von selbständigen Staaten, sondern auch von Nationen, denen die Internationale ihre Autonomie wiedergegeben hat, wie den Polen. (Lebhafte Beifall.) Wir haben die volle Berechtigung der nationalen Gliederung anerkannt, rückhaltlos und ehrlicher, als das je eine bürgerliche Partei konnte. Nun wissen wir ja, daß trotz dieser nationalen Bestimmung, die uns alle befeelt, französische Zeitungen der Bourgeoisie nicht aufhören werden, die deutsche Sozialdemokratie als die einzig nationale zu bezeichnen, während die deutschen Zeitungen die Sozialdemokratie Frankreichs als diejenige „rühmen“ werden, die allein fest am Vaterlande halte. (Sehr wahr und weiterleit.) Diese Widersprüche der Anschauungen zerstören sich selbst, und unsere Resolution spricht erneut die Tatsache aus, daß man die Existenz der Nationen als notwendig anerkennen kann, ohne dadurch den internationalen Zusammenhang der Arbeiter irgendwie abzuschwächen. Die notwendige Folge dieser unserer Ueberzeugung war die Anerkennung des unüberwindlichen Rechtes jeder Nation, ihre Unabhängigkeit gegen jeden Angriff von außen zu verteidigen. (Beifall.) Die Anerkennung der Nationen bedingt auch die Notwendigkeit technischer Einrichtungen zu ihrer Verteidigung. Darum schlägt die Kommission die Miliz als Volkswehr vor, als Mittel der Verteidigung der Selbständigkeit der Nationen und als wirkliche Schutzwehr gegen die Unterdrückung des inneren Feindes durch den Militarismus. Denn im kapitalistischen Militarismus ist die Pflicht, das Vaterland zu verteidigen, weniger wichtig für den Soldaten, als die, auf Vater und Mutter zu schießen. (Lebhafte Zustimmung.) Wegen die Forderung der Miliz sind von zwei Seiten Einwände erhoben worden. Die Schweizer Genossen haben ausgeführt, daß ihre Miliz von Offizieren aus den herrschenden Klassen befehligt werde, und daß die Bourgeoisie sich ihrer gegen das arbeitende Volk bediene. Unsere Antwort war, daß die Schweizer Miliz einen Klassencharakter trage, und weit entfernt von der Volksbewaffnung sei, die wir fordern. Einen weiteren ernsthaften Einwand haben die Engländer gemacht, die eine nationale Armee nicht haben. Sie sträubten sich gegen eine Ausdehnung der Rüstungen und gegen eine Uebertragung des Militarismus auf ihr Land. Wir haben daher von der Forderung der Volksbewaffnung Abstand genommen für die glücklichen Länder, die kein stehendes Heer im kontinentalen Sinne haben.

Bis hierher ist die Resolution einstimmig angenommen worden. Zweifel entstanden bei der

Frage des wirksamsten Mittels,

durch das die Kriege verhindert werden können. Die Resolution Debel forderte die energische Anwendung aller Mittel, ohne sie zu nennen. Vaillant zählte sie auf: Intervention, die öffentliche Aktion, den Generalstreik und sogar die Insurrektion. Dagegen wurden von den deutschen Genossen ernsthafte Einwendungen erhoben. Ich stelle fest, daß kein Gedanke daran sein kann, daß die deutschen Genossen das etwa aus Furcht vor Verfolgungen getan hätten. Es gibt keine Partei, die so viel Verfolgungen zu tragen gehabt hätte, mit Ausnahme selbstverständlich unserer russischen Parteigenossen, als die deutsche Partei. In einer Woche hat die deutsche Sozialdemokratie mehr Verurteilungen zu ertragen als manche Nation das ganze Jahr, ja ich sage hinzu, als vielleicht Oesterreicher, Franzosen und Engländer zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Was den Protest gegen den Krieg anlangt, so ist es nicht notwendig, die Deutschen an ihre Pflicht zu erinnern. Es liegt im Bewußtsein aller, daß der erste Protest 1870 gegen den blutigen Krieg, gegen die Annexion erfolgt ist von deutschen Sozialdemokraten, deren einer hier in unserer Mitte weilt. (Lebhafte Beifall.) Nicht die Furcht vor den Herrschenden, sondern die Bedürfnisse der Partei waren es, die uns veranlaßten, eine andere Form zu wählen, die unseren eigenen Notwendigkeiten entsprach. Wir sind dazu gekommen, daß keine Uniformregel aufgestellt werden kann, weder für den sozialdemokratischen Kampf überhaupt, noch auch für den antimilitaristischen Kampf insbesondere. Wir sind dazu gekommen, daß wir keine andere Pflicht haben können, als im entscheidenden Augenblick das Maximum unserer Kräfte dem Militarismus und dem Krieg entgegenzusetzen, und daß jede Nation nur die Pflicht haben kann, nach eigenem Ermessen die Mittel zu wählen und anzuwenden, die ihr die besonderen Verhältnisse vorschreiben und ermöglichen. Wir sind uns alle bewußt, daß mit den Mitteln, die wir anzuführen werden, wir lange keine vollständige Riste aufmachen könnten. Trotzdem sind wir heute schon in der Lage, hinzuweisen auf eine ganze Reihe von Fällen, in denen das Proletariat der verschiedenen Länder bereits wirksam seinem Willen Ausdruck gegeben. Die Resolution führt an das Eingreifen der Engländer und Franzosen in Sachen des Faschodasalles, den Protest der Oesterreicher und Italiener gegen einen Krieg zwischen diesen Ländern, die großartigen Demonstrationen sowohl in Frankreich als in Deutschland in der gesamten sozialdemokratischen Presse, in Versammlungen und in den Parlamenten anlässlich der Marokkoeffäre, und schließlich das große weltgeschichtliche Beispiel, das uns die russische Revolution gegeben hat, die an den Krieg zwischen Rußland und Japan antippte.

Den folgenden Satz sagt Adler hinzu: So sind wir denn zu der Ansicht gekommen, daß der Kampf des sozialistischen Proletariats gegen den Militarismus und den Krieg in Wahrheit und unbegrenzte Möglichkeiten hat (Lebhafte Zustimmung) und daß keiner voraussetzen kann, welche dieser Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden wird. Unsere Pflicht aber ist es, und das wird in dieser Resolution vorgegriffen, durch die Erziehung des Proletariats diese Möglichkeiten immer mehr zur Wirklichkeit werden zu lassen. Dabei nimmt die allererste Stelle auch ein

die Erziehung der Jugend zum Sozialismus

und zur Empfindung der Solidarität aller Völker, der Klassen-solidarität des Proletariats. Wenn die Jugend in diesem Geiste erfüllt wird, und in fast allen Ländern sind dafür in den verschiedensten

Formen Ansätze vorhanden, wenn die sozialistische Erziehung so mit der Jugend das ganze Volk erfasst, dann wird auch die Zeit kommen, wo dem kämpfenden Proletariat nicht mehr werden entgegengefeilt werden können. Proletarier, die selbst die Bajonnette gegen ihre eigenen Brüder tragen. (Lebhafte Beifall.) Die Herrschenden sind nicht blind gegen diese Entwicklung. Sie spüren ganz gut, daß aus der Bewegung des Proletariats heraus ihnen ein mächtiger Feind entsteht. Sie fühlen ganz gut, daß die Kriege für die nicht gut ausfallen, die sie führen. Sie wissen, daß der Krieg von 1870 für Frankreich nicht allein die bürgerliche Republik, sondern auch die Kommune, daß der Burenkrieg den Sturz der konservativen Regierung in England zur Folge gehabt hat und mit ein Hebel war für das Erwachen der Arbeiterklasse und für ihre selbständige politische Vertretung im Parlament. Und am schlußmüßigen ist der Krieg ausgedehnt für den russischen Jazismus, der als Antwort auf den Krieg die Revolution bekommen hat, die seine Existenz gefährdet hat, ja, hoffentlich seine Beseitigung bringen wird. (Lebhafte Beifall.)

Erlauben Sie mir, sagt Adler weiter, hinzuzufügen, daß für die Regierungen im Haag, von denen man ja hier nur mit Ehrfurcht sprechen darf (Große Heiterkeit) — ich bin an Ehrfurcht aber ja gewöhnt (Erneute Heiterkeit) — so schwach ihre Kräfte sind, um zu etwas Positivem zu gelangen, zweifellos als Triebfeder für diesen Versuch, den sie machen, nicht die Liebe zum Frieden haben, sondern die Furcht vor den Folgen des Krieges. Und zwar wissen die Leute im Haag, daß die eigentliche Friedenskonferenz, die den Frieden bereitet und auch die Macht darstellt, den Frieden auf Erden herzustellen, weil er das Lebensinteresse des Proletariats ist, daß diese eigentliche Friedenskonferenz nicht im Haag, sondern hier in Stuttgart tagt. (Erneuter lebhafter Beifall.) Glauben Sie mir, daß die im Haag genau so viel durchgesetzt werden, als wir ihnen als Impuls dazu geben: genau so viel Friedensbedürfnis, als wir den Herrschenden einzublauen vermögen, werden sie bekunden. (Lebhafte sehr richtig!)

Ich fahre fort im Referat Vandervelde: So lang die Resolution ist, so hat sie doch ein großes Verdienst, vielleicht mehr, als man ihr zunächst ansieht. Die bürgerlichen Blätter, die natürlich sehr schnell fertig sind mit dem Urteil über das, was wir sagen, haben bereits geschrien: Einstimmigkeit hat man wohl erzielt, aber man hat es nur um den Preis getan, daß man aus der Resolution eine rhetorische Formel gemacht hat, die mehr als nichts besagt. Darauf antworten wir: Das Gegenteil ist richtig. Die Resolution ist nicht eine Formel, aus der man alles Lebendige und Aktionsfähige herausgenommen hat, sondern im Gegenteil, sie ist eine kräftige Aktion. Man hat in sie jede Möglichkeit der Aktion hineingelegt, nicht ausgeleert, sondern verstärkt. Erfüllt ist die Resolution von dem gemeinsamen Sinn der ganzen Welt des Sozialismus in allen Ländern, die hier repräsentiert sind. (Lebhafte Bravo!) Diese Resolution wird nicht nur ein Wort bleiben, sondern sie wird auch Wirkung haben. In Amsterdam haben wir in einem bewundernswürdigen Kampfe der Geister Regeln aufgestellt. Es wurden der sozialistischen Partei Vorschläge gegeben, wie sie ihre Taktik einrichten sollte, vor allem in bezug auf ihre eigene Organisation. Es wurde gewissermaßen den sozialistischen Parteien das imperative Mandat gegeben: Vereinigt Euch! Und jene Beschlüsse sind kein leeres Wort geblieben, sondern das Ergebnis von Amsterdam war die Einigung der Sozialisten der einzelnen Länder, das wichtigste Ereignis der letzten Jahre. (Bravo!) So wird auch diese Resolution kein leeres Wort bleiben, sondern sie wird dazu dienen, die sozialistischen Parteien in allen Ländern aufzufordern, gewissenhaft zu prüfen, welche Mittel sie in Wirklichkeit zur Verfügung haben und ob sie auch alles tun, um alle ihre Kräfte in den Dienst des Kampfes gegen den Kapitalismus und Militarismus zu stellen. Die Annahme der Resolution wird weiter die Wirkung haben, daß die Anstrengungen in dieser Richtung in den einzelnen Ländern nicht isoliert bleiben, sondern daß sie in Verbindung gebracht werden durch die Internationale, so daß an Stelle der unbedeutenden Aktionen in den einzelnen Ländern die bewußte zusammengefaßte Aktion der gesamten proletarischen Internationale gesetzt wird. (Bravo!) Wir haben nicht die Absicht, Vorschriften zu machen im einzelnen, aber wir verlangen von jeder einzelnen Partei das Maximum ihrer Kraft und ich sehe für meine Delegation hinzu und kann, glaube ich, für sehr viele Delegationen in diesem Saale dabei sprechen: Wir stehen auf dem Standpunkt, wir wollen die Aktion des Proletariats weder auf diese, noch auf eine andere Taktik festlegen, wir wollen sie aber ebenso wenig einschränken. Wir wollen, daß wir in der Lage sind, zu jeder Stunde das zu tun, was uns die Stunde gebietet. (Lebhafte Beifall.) Die Taktik, die wir im allgemeinen anerkennen, besteht darin, daß wir alles Menschliche, ja Uebermenschliche tun, um im internationalen Proletariat die Kräfte lebendig zu machen, die durch die einstimmige Annahme dieser Resolution — vorläufig durch die Kommission und, wie ich erwarte, auch durch den Kongreß verdoppelt werden —, die durch ihre Geschlossenheit den Regierungen zeigt, was sie bei jedem Attentat auf die Völker zu gewärtigen haben. So wird das internationale Proletariat mit wachsender Wehrheit eintreten in den Kampf gegen den Militarismus, gegen den internationalen Kapitalismus! (Anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Singer:

Ich habe dem Kongreß namens des internationalen Bureaus einen Vorschlag zu machen. In Rücksicht darauf, daß die Kommission einmütig die Resolution akzeptiert, in Rücksicht darauf, daß, wie allerdings erst jetzt sich, ergeben hat, der Bericht der Kommission über jubelnden Beifall und die Zustimmung des ganzen Kongresses gefunden hat, in weiterer Rücksicht darauf, daß Amendements nicht gestellt sind, fragt das internationale Bureau durch mich an, ob es nicht richtig sei, um den Wert der Annahme dieser Resolution durch eine machtvolle Demonstration zu unterstützen, diese Resolution ohne Diskussion per Affirmation anzunehmen. (Stürmischer Beifall bei allen Nationen.)

Gustave Hervé:

Ich verlange das Wort vor Schluß der Debatte. (Zuruf: Abstimmen! Abstimmen!)

Vorsitzender Singer:

Einer der Unterzeichner der Resolution, Genosse Hervé, will gegen die debattierlose Annahme protestieren. (Weiterleit.) Ich muß ihm das Wort geben, mache aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß er nicht in die sachliche Debatte eintreten, sondern nur gegen die Annahme per Affirmation sprechen darf.

Gustave Hervé:

(zur Geschäftsordnung): Die elegante Form dieses Schlußmachens macht der Gewandtheit der Subkommission, an der ich nie gezweifelt habe, alle Ehre. Aber diese elegante Form ist adu durchsichtig, um nicht eine ungeschickte Finte zu sein. Wen wollen Sie denn täuschen? Glauben Sie vielleicht, daß die ganze Welt den Unterschied nicht sehen wird zwischen der Resolution, die jetzt einstimmig angenommen wird, und den Reden, die da oben im Saal gehalten worden sind? Der Unterschied ist so groß, daß ich, der ich doch wirklich kein Diplomat und kein Taktiker bin (Weiterleit), dieser Resolution mit beiden Händen zugestimmt habe und nur wünsche, daß sie Vollmar mit gleicher Freude unterschrieben hat. Denn die Reden Debel und Vollmars in der Kommission waren schwarz und die Resolution ist weiß. (Weiterleit.) Ich kann deshalb nicht zugeben, daß ohne eine loyale Erklärung der deutschen Delegation, in der sie diesen Widerspruch auflärt, Schluß gemacht wird. Vandervelde hat in

seinem Referat die Resolution noch verstärkt. Aber er ist ja ein Franzose aus Belgien (Heiterkeit) und seine Erklärungen haben nicht den Wert, den eine Erklärung der berufenen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie von dieser Tribüne aus hätte. Gibt die deutsche Delegation nicht die Erklärung ab, daß sie den Standpunkt Bebels und Vollmars nicht mehr einnimmt, sondern sich auf den Boden der Resolution gestellt hat, so kann ich mich mit der Annahme der Resolution durch Affirmation nicht einverstanden erklären. Ich habe aber noch einen anderen Grund, eine Debatte herbeizuführen. Wir haben in Deutschland im Moment unbeschränkte Redefreiheit. Wir riskieren höchstens, aus Deutschland hinausgeworfen zu werden (Heiterkeit), und das ist keine Strafe, oder wir bringen die Regierung in die lächerliche Situation, den Kongress, der seine Arbeiten schon beendet hat, aufzulösen. (Heiterkeit.) Diskutieren wir also und zwingen wir die deutsche Sozialdemokratie, Farbe zu bekennen und sich voll und ganz mit dem Sinn der Resolution einverstanden zu erklären. (Beifall und Lachen.)

Vorsitzender Singer:

Ich konstatiere, daß der Antrag auf debattelose Annahme nicht von der Subkommission, sondern einstimmig vom Internationalen Sozialistischen Bureau gestellt worden ist.

Hierauf wird der Antrag auf Fortfall jeder Diskussion und Abstimmung durch Affirmation mit großer Mehrheit angenommen.

Die Resolution der Kommission wird sodann einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender, sich vielfach wiederholender Beifall, insbesondere die französische Delegation ist enthusiastisch. Hervé ist auf den Tisch gestiegen und hat zum Zeichen seiner Zustimmung bei der Abstimmung beide Hände hochgehoben.)

Damit sind die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände erledigt.

Von der rumänischen Delegation ist ein Protest gegen die Grenzleistungen der rumänischen Regierung am sächsischen und ländlichen Proletariat und gegen die barbarische Behandlung der in Rumänien wohnenden Juden vorgelegt. Er hat folgenden Wortlaut:

„Das Internationale Sozialistische Bureau ist von der rumänischen Delegation in Kenntnis gesetzt worden von den Unterdrückungen, die die Regierung Rumäniens gegenüber dem sächsischen und ländlichen Proletariat ausübt.“

In Erwägung dessen, daß durch diese Politik Tausende von Landarbeitern ihr Leben einbüßen, daß sie durch das Regime der Unterdrückung und der Ausbeutung auf den unheilvollen Weg der Empörung gedrängt werden und daß jetzt diese Politik auch auf die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen übertragen wird, indem man ihnen die Ausübung jedes Rechts untersagt und Massenverhaftungen und Massenausweisungen vornimmt,

daß diese Ausweisungen nicht allein gegen die in der rumänischen Industrie beschäftigten ausländischen Arbeiter gerichtet sind, sondern auch gegen eine ganze Kategorie rumänischer Bürger — die Juden —, die gegenwärtig nirgends Schutz finden und denen die Aufnahme in jedem ausländischen Staat verweigert wird, in fernster Erwägung, daß die jeder Humanität höhnisch sprechenden grausamen Verfolgungen in Widerspruch stehen mit den internationalen Verpflichtungen der rumänischen Regierung,

beantragt das Bureau, der Kongress möge den Klassenbewußten rumänischen Proletariats, die für ihre Rechte kämpfen, seine Wünsche auf vollen Erfolg zur Anfeuerung aussprechen und zugleich seinen Protest und seine Entrüstung über diese gräßliche Politik der rumänischen Regierung ausdrücken und den sozialistischen Abgeordneten der einzelnen Parlamente zur Pflicht machen, in den Parlamenten die Forderung aufzustellen, daß die rumänische Regierung ihrer Pflicht gegenüber den verschiedenen Kategorien rumänischer Bürger nachkommen solle, die sie nach den internationalen Verträgen unter ihren Schutz genommen hat. Er empfiehlt den Arbeitern der einzelnen Länder, nicht den Auforderungen der rumänischen Arbeitgeber Folge zu leisten, da jeder Akt der Solidarität mit ihren rumänischen Genossen ihre Ausweisung herbeiführen würde.

Die rumänische Delegation wird beauftragt, den sozialistischen parlamentarischen Fraktionen der verschiedenen Länder ein detailliertes Memorandum ihrer Angelegenheit zu unterbreiten.“

Die Resolution wird ohne Debatte unter lebhaftem Beifall angenommen.

Eine große Anzahl Delegierter aus England, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland, Italien und den Vereinigten Staaten beantragen, daß der Kongress den russischen Revolutionärs keine Bewunderung und Sympathie ausdrücken möge. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongress stellt die Tatsache fest, daß die russische Revolution, die erst begonnen hat, schon ein mächtiger Faktor in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit geworden ist und richtet seinen brüderlichen Gruß an die heroischen Kämpfer und an das revolutionäre Proletariat in Rußland in Stadt und Land?“

Vorsitzender Singer:

Gemäß den wiederholten Sympathiebezeugungen, die das Proletariat der ganzen Welt den russischen Brüdern schon dargebracht hat, können wir wohl auch heute ohne Diskussion aussprechen, daß wie unsere russischen Genossen bewundern als Vorkämpfer nicht nur der russischen Freiheit, sondern auch der Befreiung des gesamten Proletariats und ihnen von ganzem Herzen Glück wünschen. (Allseitige Zustimmung und lebhafter Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Die Delegierten aller Nationen gruppieren sich um den Tisch der russischen Delegation und überschütten sie mit stürmischem Beifall und Hochrufen. Die Russen erheben sich zum Zeichen des Dankes von ihren Plätzen.

Die Delegationen Spaniens und Frankreichs schlagen gemeinsam folgende Resolution vor:

„Der Kongress macht in Anbetracht seiner Resolution gegen die koloniale Eroberungspolitik und gegen den Militarismus das internationale Proletariat auf die Begebenheiten aufmerksam, die sich augenblicklich in Marokko anlässlich des französisch-spanischen Feldzuges abspielen, und die wie immer in solchen Fällen der finanziellen Spekulation des Kapitalismus entspringen. Der Kongress verdankt dieses neueste Beispiel der fetten Praxis der Bourgeoisie, daß Blut fließen muß, damit der Profit erhöht werde, und fordert die sozialistischen Parteien aller Länder, insbesondere die Frankreichs und Spaniens, auf, mit aller Energie dahin zu streben, der französisch-spanischen Marokkoexpedition Einhalt zu tun, zumal sie die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt.“

Auch diese Resolution wird unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Eine große Anzahl der Delegierten aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas fordert den Kongress zu einer Sympathiebekundung für William Haywood auf, und legt folgende Resolution vor:

„Der internationale Kongress sendet an William Haywood die Glückwünsche der sozialistischen Bewegung der Welt zu dem gehärteten Kampf, den er im Interesse der organisierten Arbeiterkraft der Vereinigten Staaten ausfochten hat. Er brandmarkt nachdrücklich den Versuch der Grundbesitzer, einen Unschuldigen nur wegen seiner Verdienste um die Sache der organisierten Arbeiterkraft gerichtlich verurteilen zu lassen. In dem Prozess und in dem systematischen Feldzug der Verleumdung, der gegen Haywood geführt wurde, von der gesamten kapitalistischen Presse, erklart der Kongress den Ausdruck der immer schärfer hervortretenden Klassenpolitik der Bourgeoisie Amerikas und ihres vollständigen Mangels an Toleranz und Ehrgefühl in allen Angelegenheiten. Sie ihren Profit und ihre Macht bedrohen. Gleichzeitig begrüßt der Kongress die Sozialisten der Vereinigten Staaten zu der Geschlossenheit und dem Entschlossenheit, mit dem sie diesen Angriff abgewehrt haben. Das Klassenbewußte Proletariat Europas steht in der großen Macht, die dieser solidarische Akt gezeigt hat, das Land und die Gewähr für die Zukunft und hofft, daß dieselbe Geschlossenheit und Solidarität des amerikanischen Proletariats für seine volle Emanzipation eingesetzt wird.“

unter lebhaftem Beifall wird die Resolution einstimmig angenommen.

Die britische Delegation gibt folgende Erklärung ab:

„Die britische Delegation wünscht ihrem Bedauern Ausdruck zu geben, daß in der Frage der Beziehungen zwischen Sozialismus und Syndikalismus sowie in der der Ein- und Auswanderung die beiden von der Delegation aufgestellten Redner nicht zum Wort gekommen sind. Die britische Delegation möchte darauf hinweisen, daß sie in der Debatte über die Beziehungen zwischen Syndikalismus und Sozialismus die Ansicht der ältesten und mächtigsten Gewerkschaften der Welt zu dieser Frage zum Ausdruck gebracht hätten, und daß der Redner in der Auswanderungsfrage die Ursachen erklärt hätte, und wie es kommt, daß zum ersten Mal in der Geschichte sich eine Einwanderung englischer Streikbrecher vollzogen hat. Die Delegation wünscht ferner ihr Bedauern darüber auszusprechen, daß, als durch ihren Vorsitzenden die Abstimmung nach Nationalitäten verlangt wurde, dies nicht in der geforderten Weise erfolgte und es dadurch zu unliebsamen Austritten kam.“

Eine weitere Erklärung der englischen Delegation erkennt die Geschäftsführung des Vorsitzenden Singer als vollkommen richtig und korrekt an.

Die dänische Delegation beantragt, den nächsten internationalen Kongress in Kopenhagen abzuhalten. Zur Begründung führt

Knudsen - Dänemark:

aus, daß das kleine Dänemark sich durch die Abhaltung des internationalen sozialistischen Kongresses in seinen Grenzen sehr geehrt fühlen würde. Zugleich würde durch den Kongress die Arbeiterbewegung nicht nur Dänemarks, sondern der drei skandinavischen Länder agitatorisch sehr gefördert und gestärkt werden. Dänemark habe seit 1871 eine starke Arbeiterbewegung, die auf sozialistischer Grundlage beruhe, und die der arbeitenden Klasse große materielle und moralische Vorteile errungen hätte. Der Kongress werde die Fortschritte des Sozialismus im Norden Europas beschleunigen. Redner hebt die günstige Lage Kopenhagens und seine Schönheiten hervor und verspricht, daß die dänische Sozialdemokratie den Kongress gut aufnehmen werde.

Einstimmig wird hierauf Kopenhagen zum nächsten Tagungsort gewählt. (Beifall.)

Die Delegationen Oesterreichs, Deutschlands, Hollands und Schwedens beantragen, dem Internationalen Bureau in Brüssel und insbesondere den belgischen Genossen, die das Sekretariat verwalteten, für die umsichtige, energische und unermüdete Arbeit, die sie der Exekutive der Internationale gewidmet haben, den Dank des Kongresses auszusprechen.

Vanherdelbe - Brüssel:

Im Namen des Internationalen Bureau danke ich Ihnen für diese Kundgebung. Ein großer Teil unseres Verdienstes entfällt auf die Person meines trefflichen Freundes, des internationalen Sekretärs Camille Huysmans. (Leb. Zustimmung.) Ich habe mir aber das Wort erbeut, zu einem anderen Dankeschreiben. Da ich noch Herbes liebenswürdigen Worten ein Franzose aus Belgien bin, hat mich die französische Delegation beauftragt, in ihrem Namen den deutschen Kameraden für ihre herzliche brüderliche Gastfreundschaft zu danken. (Lebhafter Beifall.) Alle Nationen, die im Internationalen Bureau vertreten sind, teilen diese Befürnung. Wir haben in diesen 10 Tagen sehr viel gearbeitet, haben aber auch Tage der Ruhe, der Erholung und des Genusses gehabt. Die großen Massenmeetings am Sonntag gaben herrliche Beweise für die Größe der deutschen Sozialdemokratie und der liebenswürdigen Empfang im Säulenhause wird uns allen unvergesslich sein. (Bravo.) Wir haben zahlreiche Beweise internationaler brüderlicher Befürnung gefunden, und können einstimmig konstatieren, was ein Redner in einem anderen Saale in etwas billiger Weise gesagt hat, daß die Schwaben sehr gemüthliche und brave Leute sind, daß sie aber auch ein offenes und gaffris Haus haben. Deshalb rufe ich noch einmal der ganzen schwäbischen und deutschen Sozialdemokratie ein herzliches: Danke schön zu. (Lebhafter Beifall.)

Hyndman - England:

Es ist mir eine angenehme Pflicht, nicht nur namens der englischen Delegation, sondern der gesamten Internationale noch einmal nach Vanherdelbe dem Internationalen Bureau und den deutschen Genossen für die Organisation des Kongresses unseren herzlichsten Dank abzusprechen. Wir Engländer haben die Gewohnheit, uns für ein eminent praktisches Volk zu halten. Es konnte aber nicht Praktischeres, nichts Freundlicheres geben, wie die Organisation dieses Kongresses. (Bravo.) Die Art, wie das Lokalkomitee für die Aufnahme der Brüder aus der Fremde geforgt, wie es alles vorgeesehen, alles so schön eingerichtet hat, daß es den Delegierten der Internationale nur Freude bereitet hat, wie die Tische verteilt, die Wappen für jeden Delegierten bereit gelegt waren: lauter Kleinigkeiten und im Zusammenhang doch wichtig — alles hat uns gezeigt, daß das Lokalkomitee an alles gedacht und für alles aufs Beste geforgt hat. Wir danken dafür insbesondere dem Genossen Diez. (Lebhafter Beifall.) — Weiter danke ich namens der englischen Delegation für die lebhafteste Sympathiebekundung, die sie uns aus Anlaß der Ausweisung des Genossen Cuelis dargebracht haben. Die Worte, die Bebel und Singer dabei gesprochen haben, werden dauernd in unserem Gedächtnis bleiben. (Bravo!) Und noch einem Mann sind wir tiefsten Dank schuldig, dem Vorsitzenden Paul Singer. (Bravo!) Ich weiß ja, wie schwer es ist, das Präsidium bei einem Internationalen Kongress zu führen. (Heiterkeit) sich den internationalen Gewohnheiten und Temperamenten anzupassen. (Erneute Heiterkeit.) Wir bewundern den guten Humor, die tolle Ruhe, die Freundlichkeit und den Takt, mit dem Singer die Verhandlungen geführt hat. (Lebhafter Beifall.) Selbst in den schwierigsten Momenten, wo der größte Tumult gemacht wurde (große Heiterkeit) hat er die Ruhe rasch wieder herbeigeführt und die bewegten Begegnungen geplättet. Deshalb sage ich namens des Kongresses dem Präsidenten Singer herzlichsten Dank, wünsche ihm Gesundheit und langes Leben, daß er noch recht viel internationale Kongresse leiten möge. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Singer:

Ich möchte zunächst dem Genossen Hyndman und Ihnen allen, die Sie seine Worte mit Beifall begleitet haben, herzlichsten und aufrichtigen Dank für die freundlichen Worte sagen. Ich bin von diesem Ihrem Dank tief ergriffen. Wenn es überhaupt in der sozialdemokratischen Partei aller Länder nötig wäre, Dank abzusprechen für das, was man für die Partei tut, so wäre jedenfalls der Dank, den Hyndman mir in Ihrem Namen gewidmet hat, ein über alles Erwarten freundlicher und rühmender. Wenn ich das hohe Amt, das Sie mir übertragen haben, nach besten Kräften und Wissen ausgefüllt habe, so war es in dem Bewußtsein der Verpflichtung, die jeder Sozialdemokrat hat, das Amt, das das Vertrauen der Genossen ihm überträgt, auch mit seiner ganzen Kraft auszufüllen. Jedenfalls sage ich Ihnen herzlichsten Dank für die Anerkennung, die Sie mir haben zu teil werden lassen, und kann mir mit Hyndman keinen schöneren Lohn denken, als daß ich imstande wäre, noch recht vielen internationalen Kongressen beizuwohnen. Ob freilich als Präsident, das ist eine andere Sache. (Heiterkeit.) Was meine Präsidenschaft zu einer kraftvollen gemacht hat, ist die imposante Demonstration, die dieser Kongress darstellt. (Lebhafter Beifall.) Der Kongress hat nicht nur mich, sondern alle Teilnehmer inspiriert, ihr Bestes für eine vollkommene, glückliche Erledigung der Geschäfte einzusetzen. Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz auf die Worte, welche Hyndman an sie gerichtet hat und die die Internationale affiziert hat. Ich muß auch namens der deutschen Sozialdemokratie den größten Teil dieses Dankes auf die Stuttgarter Parteigenossen übertragen, die mit unäuglicher Mühe, mit vielem Eifer und unerschrocken für die zweckmäßige Erledigung der Geschäfte des Kongresses gewirkt haben. Sie haben sich damit ein Verdienst um die Internationale erworben, das ihnen unvergessen bleiben wird. (Stürmische allseitige Zustimmung.) Die festlichen Arrangements, die machtvolle Demonstration auf den Tagungsstätten, das reizende Fest, das den Charakter echt schwäbischer Gemüthlichkeit trug, haben sicherlich

das Gefühl der Internationalität und Brüderlichkeit gestärkt, wenn das überhaupt noch möglich war. Auch namens der deutschen Partei sage ich allen Stuttgarter Genossen warmsten Dank. (Bravo!) Ich muß dann noch wohlverdienten Dank den Uebersetzern sagen, die ihre Aufgabe mit so viel Fleiß wie Geschicklichkeit erfüllt haben. (Lebhafter Zustimmung.) Dieser Kongress war der erste internationale Kongress auf deutschem Boden. Die Internationale hat durch den zahlreichen Besuch, durch die hier gehaltenen Reden, durch die hier gefassten Beschlüsse aufs neue bekräftigt, daß die internationale sozialistische Partei durch ihre Organisation eine Macht darstellt, die von der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr überwinden werden kann. (Lebhafter Beifall.) Das internationale Proletariat aller Länder hat bewiesen, daß es fest entschlossen ist, auf der Bahn fortzuschreiten, und kein Nachmittel wird es verhindern, sein Ziel zu erreichen. (Stürmischer Beifall.) Heute dürfen wir stolz und frohlich bekennen, daß die Internationale marschiert (Sehr gut!) trotz aller Regierungen, trotz aller Kapitalisten und trotz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. Wenn dieser Kampf auch große Opfer fordern wird, so wissen wir doch, daß das Blut der Märtyrer der revolutionären Samen ist, und daß aus diesem Blute neue Kämpfer für die große proletarische Armee erwachen, bis sie die ganze bürgerliche Gesellschaft beseitigt. (Stürmischer Beifall.) Zu diesem Erfolge hat auch dieser Kongress ein gutes Stück beigetragen. Die Richtlinien, welche er den sozialistischen Parteien aller Länder gegeben hat, werden befolgt werden. Dann werden wir auf dem nächsten Kongress in Kopenhagen mit derselben Freude auf Stuttgart zurückblicken können, wie von diesem Kongress auf Amsterdam. Jeder gehe mit dem Bewußtsein in sein Land zurück, weiter zu arbeiten, weiter zu wirken, die Arbeiterklasse der Welt zu organisieren, ihre Herzen und Köpfe zu revolutionieren, um sie reif zu machen für den einstigen großen Entscheidungslampf. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Kameraden! Mit dem Wunsche auf Wiedersehen in Kopenhagen schließe ich mit dem alten Kampfrufe: Hoch die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie und das Proletariat aller Länder!

Der Kongress stimmt dreimal begeistert in das Hoch ein. Dann singen nacheinander die Deutschen den Sozialistenmarsch, die Franzosen die Internationale und die Engländer und Slaven die „Mete Habue“.

Schluß 1 1/2 Uhr.

Die genaue Präsenzliste lautet:

Argentinien	8	Ungarn	25
Australien	1	Italien	13
Deutschland	289	Japan	1
Oesterreich	75	Norwegen	8
Böhmen	41	Rumänien	4
Belgien	27	Rußland (Sozialdemokratie)	39
Bulgarien	5	Rußland (Soz.-Revolutionäre)	24
Dänemark	17	Polen P. S. S.	18
Vereinigte Staaten	23	Polen P. S. P.	12
Spanien	6	Schweden	19
Frankreich	78	Schweiz	21
Finnland	2	Südafrika	1
Großbritannien	123	Serbien	3
Holland	9		

Zusammen 884.

Aus Industrie und Handel.

Beweglichkeit des Grundbesitzes.

Auf dem letzten Verbandstage der Haus- und Grundbesitzervereine haben die Herren es so darzustellen versucht, als ob der Hausbesitz etwas Stabiles, der sechste Hausbesitzerstand der ruhende Pol in der Erscheinungen flucht sei. Und aus ihrem Auftreten könnte man schließen, auf ihr Wohlbedienen und ihre ruhige Gemüthsstimmung beruhe der Gesellschaft Existenz und Sicherheit. Damit die Grundrentenempfänger ruhig und zufrieden werden, sollen alle Maßnahmen der Regierung und der Behörden bestimmt sein von dem Sonderinteresse der Hausagrarier. Als eine unbestreitbare Domäne zur Wahrnehmung ihrer Portemonnaie-Interessen betrachten sie die Kommunalverwaltungen; hier sollen die Hausbesitzer dominieren. Dabei tut man, als ob der Haus- und Grundbesitz ein Vermögen darstelle, das durch verdienstvolle Arbeit erworben sei und darum Anspruch auf schonende Behandlung bei Verteilung öffentlicher Lasten habe. Gerade die Grundstücke, bebaut und unbebaut, sind aber hervorragend Spekulationsobjekte, die sehr oft den Besitzer wechseln. Durch die Spekulation wird die Grundrente in die Höhe getrieben und zwar zu Lasten der Gesamtheit. Wie stark der Haus- und Grundbesitz wechselt, geht aus einer vom Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg aufgestellten Grundstücksstatistik hervor. Aus den Erhebungen über die Besitzzeit des Eigentümers ergibt sich folgendes: Von den bewohnten Grundstücken haben im Jahre 1905 10,7 Proz. den Besitzer gewechselt, weitere 10,8 Proz. im Jahre vorher und 8 Proz. im Jahre 1903. Im letzten Jahr sind 40,9 Proz. aller Grundstücke in andere Hände übergegangen, das sind ungefähr die Hälfte, wenn man berücksichtigt, daß von 10,45 Proz. nichts über die Besitzzeit erkundet werden konnte. Daß die Beweglichkeit des Haus- und Grundbesitzes noch viel größer ist, als die obige Feststellung ergibt, illustrieren folgende Angaben:

Jahr	Zahl der privaten Besitzern gehörenden		Grundstücke	Zahl der Besitzwechsel	
	bebaute	unbebaute		bebaute	unbebaute
1900	—	—	—	204	441
1901	—	—	—	268	397
1902	—	—	—	314	483
1903	—	—	—	285	503
1904	8370	1077	4447	348	613
1905	8458	989	4443	349	704
1906	8557	1082	4639	317	661

Danach hat in den letzten 8 Jahren im Durchschnitt fast jedes zweite Grundstück einmal den Besitzer gewechselt.

Das Gemeindegebiet von Charlottenburg umfaßte Ende März 1906 2148,4600 Hektar. Davon waren Privatbesitz 1379 Hektar. Die hiervon bebauten Fläche umfaßte 884,1032 Hektar, die unbebaute 794,9200 Hektar. Der Preis eines Quadratmeter bebauter Fläche stieg von 119,52 M. im Jahre 1906 auf 161,56 M. im Jahre 1904; für unbebaute Flächen ging der Preis in derselben Zeit von 13,87 M. pro Quadratmeter auf 19,86 M. hinauf. Der Gesamtpreis resp. der ermittelte Verkaufswert der Privatbesitzern gehörenden bebauten Grundstücke zeigt folgende Veränderung:

Anfang 1904	823 365 000 M.
1905	885 071 000
1906	943 678 000

Im Jahre 1904 wurden 171 Neubauten aufgeführt. Wenn man für jeden Neubau im Durchschnitt 150 000 M. einrechnet, dann bleibt zwischen den Preisen der Jahre 1904 gegen 1906 immer noch eine Differenz von 38 Millionen Mark; für das folgende Jahr würde sich bei 224 Neubauten unter denselben Voraussetzungen eine Differenz von rund 22 1/2 Millionen Mark ergeben. Das wären die Spekulationsgewinne bei den bebauten Grundstücken. Das Anfang der letzten drei Jahre im Privatbesitz befindliche unbebaute Areal hatte gegenüber den respektiven Vorjahren einen um 5 1/2, 7 1/2 und 18 Millionen Mark höheren Verkaufswert. Solche Spekulationsgewinne,

Das sind sie in der Hauptsache, als unüberlegliches Eigentum der wenigen sich bereichernden Spekulanten zu respektieren, das muß die Gesamtheit ablehnen. Diese Gewinne, denen nur minimale Leistungen gegenüberstehen, sind Lasten, die der Gesamtheit von den Spekulanten und Grundstücksbesitzern auferlegt werden. Der am allerwenigsten gerechtfertigte Gewinn ist der aus der Bodenwerterei stammende.

Vom Grundstücksbesitzer. Vom Rhein-Herne-Kanal wird der „Bodenreform“ gemeldet, daß die Grundstückspreise nach Bekanntwerden der Kanallinie um 600 Proz., von 2000 M. pro Morgen auf 10—12000 M. gestiegen seien. Die Kanalbauverwaltung mußte bei den maßlosen Forderungen wichtige Verhandlungen, namentlich auch in der Nähe von Weidenrich, scheitern lassen; sie droht nun mit Anwendung des Enteignungsrechtes vorzugehen.

Zusammenschluß von Eisenhandelsfirmen. Die dem „B. L.“ gemeldet wird, wurden die Eisenfirmen F. A. Schlemmer u. Sohn in Mag. und Josef Lindner in Glatz in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt und dem Eisenhandelskonglomerat Caro-Lindner angegliedert.

Wöhne im deutschen Bergbau.

Nach der soeben erschienenen Statistik der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft für das Jahr 1906 ergibt sich, daß im Jahre 1906 1886 versicherungspflichtige Bergbaubetriebe in Deutschland gezählt wurden, die eine Lohnsumme in Höhe von 891,22 Millionen Mark an 889,248 Arbeiter auszahlten. Auf die einzelnen Arbeiter kam also ein durchschnittlicher Jahresverdienst von 1293,04 M. gegen 1189,07 M. im Jahre 1905. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß die große Spannung zwischen 1905 und 1906 als Ursache den großen Streik in letzterem Jahre hat. Von der gesamten Lohnsumme entfielen auf den Steinkohlenbergbau 692,69 Millionen Mark, obwohl dieser nur 342 Betriebe zählt. Auf den Steinkohlenbergarbeiter kam ein durchschnittlicher Jahreslohn von 1370,28 M. gegen 1252,15 M. im Jahre 1905. Den höchsten Durchschnittslohn im Steinkohlenbergbau weist die Sektion Bochum mit 1536,20 M. auf. Es folgen der Reihe nach die Sektionen Bonn (1322,77), Zwickau (1295,30), Mänschen (1163,69), Clausthal a. S. (1111,09), Tarnowitz in Oberschlesien (1071,11), Halle a. S. (1059,60), endlich Waldenburg in Schlesien (1031,10). Im Braunkohlenbergbau betrug die Gesamtlohnsumme 69,18 Millionen Mark. Sie verteilt sich auf 63,363 Arbeiter in 528 Betrieben. Der Durchschnittslohn pro Arbeiter stellte sich also 1906 auf 1091,81 M. gegen 1041,80 M. im Jahre 1905. Von den Sektionen zählt wieder die höchste Wöhne Bochum, nämlich 1444,25 Mark. Allerdings beträgt in dieser Sektion die Zahl der Braunkohlenbergarbeiter nur 130. Bonn zählt 1158,35, Clausthal 1127,59, Zwickau 1095, Halle mit der weitaus größten Zahl der Arbeiter (45 422) nur 1085,22 M. Die Erzgruben und Metallhütten, 749 an der Zahl, verausgabten zusammen an 81 897 Arbeiter eine Lohnsumme von 84,19 Millionen Mark. Im Durchschnitt verdiente ein Arbeiter 1028,00 M. im Jahre 1906 gegen 950,43 M. im Jahre zuvor. Die meisten Arbeiter beschäftigt die Sektion Bonn, nämlich 34 095. Auf den einzelnen Arbeiter dieser Sektion entfiel ein Durchschnittsjahresverdienst von 1123,58 M. 22 218 Arbeiter beschäftigt die Sektion Halle; ihr Verdienst pro Kopf stellte sich 1906 auf 1105,51 M. Die Sektion Tarnowitz endlich beschäftigt 13 581 Arbeiter, auf die 1906 ein Durchschnittsverdienst von nur 775,10 M. entfiel. Im Salzbergbau und in den Salinen betrug die Lohnsumme im Jahre 1906 37,44 Millionen Mark, die an 30 358 Arbeiter in 128 Betrieben ausgezahlt wurde. Auf einen Arbeiter kam ein Durchschnittsverdienst von 1238,35 M. gegen 1194,64 M. im Jahre 1905. Die größte Zahl der Arbeiter umfaßte die Sektion Halle a. S., nämlich 18 888; hier verdiente ein Arbeiter durchschnittlich 1226,46 M. Die Sektion Clausthal am Harz zählte 9413 Arbeiter; auf den Kopf kam durchschnittlich ein Verdienst von 1291,13 M. In anderen Mineralgewinnungen endlich wurden auch 439 Betriebe mit 8121 Arbeitern gezählt. Die Gesamtlohnsumme betrug hier 7,71 Millionen Mark, so daß auf den Arbeiter durchschnittlich im Jahre 1906 949,77 M. Verdienst kamen gegen 865,93 M. im Jahre 1905.

Marktregelung durch das Kohlenyndikat.

Dem „Tag“ wird aus Dortmund geschrieben: Die Kohlerzeugung der niederrheinisch-westfälischen Hüttenwerke dürfte einweisen ihren Höhepunkt erreicht haben. Es haben sich nämlich auf den Werken, die eigene Kohlengruben besitzen, ganz erhebliche Vorräte in Kohle angesammelt, so daß ein näheres Tempo in der bisherigen Produktionssteigerung sich als notwendig erweist. Es ist hiernach zu erwarten, daß auf den Hüttenwerken eine Anzahl Koksöfen demnächst außer Betrieb gesetzt werden wird, und zwar werden solche Öfen davon betroffen werden, die keine chemischen Nebenprodukte erzeugen. Zur Stilllegung von Öfen mit Nebenprodukt-Erzeugung wird man sich mit Rücksicht auf die gegenwärtigen hohen Preise für diese Produkte so bald kaum entschließen. Andererseits aber wird man auch von der weiteren Vermehrung solcher Öfen wegen der drohenden Uebererzeugung in Kohle bis auf weiteres Abstand nehmen müssen. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat wird infolge dieser Verhältnisse allmählich wieder in die Lage kommen, größere Kohlen- und Koks-vorräte auf Lager zu nehmen; vorläufig werden allerdings nur einzelne Sorten Kohlen hierbei in Frage kommen. Ob diese Ansammlung von Kohle auf die Preise irgend welche Wirkung ausüben wird, erfährt man selber nicht.

Durch diese Darstellung wird die vielgerühmte Marktregelung durch das Kohlenyndikat wieder mal prächtig beleuchtet. Seit fast einem Jahre geht das Wespenst der Kohlennot um, besonders in den letzten Wochen wurde den Konsumenten graulich gemacht mit dem Hinweis auf bevorstehende Erschwerung in der Kohlenversorgung, und das nicht nur: verschiedentlich ist das Syndikat auch mit seinen Lieferverpflichtungen im Rückstande geblieben. Mittlerweile produzieren die Werke Kohle auf Lager und das Syndikat erfreut sich des Ruhmes vorförender Marktregulierung.

Gerichts-Zeitung.

Eine Episode aus dem Polizeistaat.

Ein Arbeiter, der zehn Jahre in der königlichen Artillerieverf. statt in Spandau beschäftigt war, wurde Anfang dieses Jahres plötzlich entlassen, weil er eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Reichstagswählerversammlung besucht hatte und bei dem Hoch auf die Sozialdemokratie, gleich den anderen Versammlungsbesuchern, aufgefunden war. Diese Tatsache ist der Leitung der Staatsverwaltung nicht etwa bekannt geworden durch einen Spion, der um seines eigenen Vorteils willen die Gefinnung anderer anzudeuten und geeigneten Ortes zu hinterbringen für gut befindet, sondern es war der Polizeikommissar Marg, der jene Versammlung überwachte und sich — ob aus eigenem Antriebe oder auf höhere Weisung ist nicht festgestellt — verpflichtet fühlte, der Leitung der Staatsverwaltung anzugeben, daß der ihm persönlich bekannte Arbeiter in der Versammlung war und bei dem Hoch mit aufgefunden ist. Die Marktregelung des Arbeiters, die infolge der Anzeige des Polizeikommissars erfolgte, wurde am 30. Januar in einer Wähler-versammlung in Spandau bekanntgegeben. Der Jahntuchner Reichholz, der in dieser Versammlung als Disziplinsredner auftrat, kritisierte das polizeiliche System, mit dem wir in Preußen „gegnert“ sind. Er führte zur Illustration des selben eine Reihe bekannter Polizeistellen an und erwiderte zum Schluß auch der durch die Anzeige des Polizeikommissars veranlaßten Marktregelung. Er meinte, die Handlungsweise des Beamten sei ein

Ausfluß des polizeilichen Systems. In Arbeiterkreisen denke man über eine solche Handlungsweise allerdings anders. Hier gelte der Spruch: „Der größte Lump im ganzen Land das ist und bleibt der Demunziant.“ In einer Versammlung am 4. Februar hat Reichholz in demselben Sinne gesprochen. Das Spandauer Schöffengericht hat ihn deshalb wegen Beleidigung des Polizeikommissars Marg in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt. Gegen dies Urteil hat sowohl die Staatsanwaltschaft, welche eine höhere Strafe durchsetzen wollte, als auch der Angeklagte Berufung eingelegt.

Vor der dritten Strafkammer am Landgericht III, die am Sonnabend über diese Sache verhandelte, beantragte der Staatsanwalt, die Strafe auf 200 M. zu erhöhen, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, die Freisprechung des Angeklagten beantragte, denn, wie die Weisungsaufnahme ergeben, habe der Angeklagte die als beleidigend erachtete Äußerung nicht auf die Person des Polizeikommissars bezogen, sondern er habe das System gekennzeichnend und dann gesagt, welche Meinung man in Arbeiterkreisen über Demunzianten habe. Wenn man aber die Äußerung trotzdem auf den Kommissar beziehen wolle, dann sei zu bedenken, daß dessen Verhalten berechtigten Anlaß zu einer scharfen Kritik gegeben habe. Der Polizeibeamte, der eine Versammlung überwachte, habe nur darauf zu achten, ob etwa Verstöße gegen das Vereinsgesetz vorkämen, die er zur Anzeige zu bringen hätte. Pflicht- und gesetzmäßig handle der Beamte, der einer Betriebsleitung angezeigt, daß er einen bei ihr beschäftigten Arbeiter in der Versammlung gesehen habe. Umso mehr mußte das Verhalten des Polizeikommissars die Kritik herausfordern, als er wußte, seine pflicht- und gesetzmäßige Handlungsweise werde die Folge haben, daß ein seit vielen Jahren im Staatsbetriebe beschäftigter Familienvater seiner Existenz beraubt wird.

Das Gericht erkannte auf Verwerfung der beiderseitigen Berufung. Es bleibt also dabei, daß jemand bestraft wird, der nicht sehr vorsichtig in der Wahl seiner Worte ist, wenn er die Handlungsweise eines Polizeibeamten kennezeichnet, der seine amtliche Stellung benützt, um einer Betriebsleitung bei der Ausfindung seiner Gefinnung ihrer Arbeiter behilflich zu sein und dadurch zur Marktregelung von Familienvätern beizutragen.

Ein Unfall auf der Stadtbahn hat einen förmlichen Rattenkönig von Prozessen zur Folge gehabt, die nunmehr, nachdem sie sämtliche Instanzen durchlaufen hatten, vom Kammergericht endgültig entschieden sind. Die Frau Veria Pitraschke erlitt am 20. Oktober v. J. auf der Stadtbahnstation Warschauerstraße einen Unfall, der sich auf folgende Weise angetragen hatte. Frau P. befand sich in Begleitung ihres Mannes und ihrer Kinder in einem Stadtbahnzuge. Als sie aussteigen wollte, bemerkte sie, daß der Zug weit über den erhöhten Perron hinaus gefahren war. Verschiedene andere Reisende liefen deshalb auf den Trittbrettern entlang, um auf den Perron zu gelangen. Hierdurch wurde die Frau jedoch an dem rechtzeitigen Verlassen des Zuges behindert. Als sie endlich das Coupé verlassen konnte, setzte sich der Zug in Bewegung und sie stürzte zu Boden. Kur dadurch, daß sie durch einen Reisenden schnell noch auf den Perron gezogen wurde, entging sie dem schrecklichen Schicksal, überfahren zu werden. Da sie nicht unerhebliche Verletzungen am Rücken erlitten hatte, erhob sie gegen die Eisenbahnbahörde Ersatzansprüche, die ihr auch nach jeder Richtung hin gewährt wurden. Nicht wenig erstaunt war sie aber, als ihr bald darauf von der Eisenbahnbahörde ein Strafmandat über 8 Mark zugestellt wurde, nach welchem sie sich angeblich gegen die §§ 81, 82 der Eisenbahn-Vau- und Betriebsordnung vom 4. November 1904 dadurch vergangen haben sollte, daß sie aus einem Zuge zu der Zeit ausgestiegen sein sollte, als sich dieser schon in Bewegung befand. Frau P. erhob gegen diesen Strafbefehl Widerspruch. Das Schöffengericht erkannte auf Aufhebung des Strafmandats und Freisprechung. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hin hob jedoch die Strafkammer des Landgerichts I das freisprechende Urteil auf und erkannte gegen Frau P. auf eine Mark Geldstrafe. Das Landgericht nahm an, daß die Angeklagte keinesfalls hätte den Zug verlassen dürfen, sobald sich dieser schon in Bewegung befand, selbst wenn sie durch irgendwelche Umstände an dem rechtzeitigen Verlassen des Zuges behindert worden sei. Gegen dieses Urteil legte Rechtsanwältin Bahn Revision beim Kammergericht ein und führte im einzelnen aus, daß der Reisende, der beim Beginn der Bewegung eines Zuges bereits im Aussteigen begriffen sei, das Recht habe, das einmal angefangene Aussteigen fortzusetzen. Das Kammergericht erkannte auf Aufhebung des Urteils der Strafkammer unter folgender Begründung: Die Annahme des Vorderrichters, daß die Angeklagte in objektiver Hinsicht den § 81 der Betriebsordnung verletzt habe, auch wenn sie sich beim Beginn der Bewegung des Zuges bereits auf dem Trittbrett befunden habe, sei unbedenklich. Der Begriff „Aussteigen“ im Sinne der Eisenbahnbetriebsordnung sei dahin auszulegen, daß er die gesamte Tätigkeit des Reisenden von dem Verlassen seines Wagens abwärts bis zum Erreichen des Bahnsteiges umfaßt. Darunter falle naturgemäß auch das Hinabspringen vom Trittbrett auf den Bahnsteig. Die Voraussetzungen für die Verurteilung der Angeklagten wären aber nicht schon dann gegeben, wenn ein Zuwiderhandeln gegen die gesetzliche Vorschrift lediglich in objektiver Hinsicht festgestellt sei. Es bedürfte hierbei vielmehr auch noch der Feststellung des subjektiven Verschuldens. Nach Lage der Sache könne es jedoch sehr zweifelhaft sein, ob der Angeklagten auch ein subjektives Verschulden zur Last zu legen sei. Der ursprüngliche Entschluß der Angeklagten sei auf Verlassen des Zuges, solange er hält, gerichtet gewesen, wodurch sie ein strafbares Verschulden nicht begangen habe. Erst durch einen neuen Entschluß, auch den in Bewegung befindlichen Zug vom Trittbrett aus noch zu verlassen, könnte ihre Strafbarkeit begründet sein. Ob ein solcher Entschluß auf Seiten der Angeklagten vorliegt oder ob etwa, wie es in derartigen Situationen sehr leicht möglich sei, es sich lediglich um eine unwillkürliche durch das Anrücken des Zuges verursachte Bewegung der Angeklagten gehandelt habe, die ihr selbst nicht zum klaren Bewußtsein gekommen sei, müsse in derartigen Fällen in erster Linie festgestellt werden. In dem letzteren Falle würde jedoch ein schuldhaftes Zuwiderhandeln gegen die Eisenbahnbetriebsordnung nicht vorliegen. — Da das Urteil des Landgerichts hiernach auf einer materiellen Rechtsverletzung beruht, hob das Kammergericht nach § 393 Str.-P.-O. dasselbe auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Berufungsgericht zurück.

Versammlungen.

Eine öffentliche Arbeiterversammlung tagte am Donnerstag im Lokal „Zum Aslaner“ in Mariendorf. Sie war die Fortsetzung einer Versammlung, welche schon früher in demselben Lokal stattgefunden hatte. Damals hatte der Referent Handlung vom Deutschen Metallarbeiterverband Mitteln besprochen, über welche sich die Arbeiter in verschiedenen Betrieben äußerten. Bei jener Gelegenheit ist auch das unsozialistische Verhalten von Gewerkschaftsmitgliedern im Daimlerwerk kritisiert worden. Schon in der ersten Versammlung hat ein Vertreter des Gewerkschafts ausführlich auf die seiner Organisation zuteil gewordene Kritik geantwortet. In der Versammlung am Donnerstag kamen wieder zwei Gewerkschaftsvertreter zum Wort. Der erste derselben sprach fast 1 1/2 Stunden. Er erging sich in fleißigen Vorgeleien an dem Verhalten des Metallarbeiterverbandes und wollte dadurch zeigen, daß die auf dem Klassenkampf ruhende Taktik des Verbandes verfehlt, die Taktik der Dirsch-Dunderschen aber, welche von der

Harmonie zwischen Kapital und Arbeit getragen ist, die einzig richtige sei. — Die gebührende Antwort erhielten die vorgeleierten Harmonieapostel durch den Referenten, der ihnen unter anderem vorhielt, daß sie eine Fülle von Material aus allen Winkeln gegen den Metallarbeiterverband zusammengesucht haben, um sich gegen den einen Vorwurf, sie hätten sich im Daimlerwerk unsozialistisch verhalten, zu verantworten, daß ihnen aber die Rechtfertigung trotzdem nicht gelungen sei.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche erklärt, daß die (in der vorigen Versammlung besprochenen) Entlassungen von Arbeitern während der schlechten Konjunktur erfolgt sind, um die Arbeiter die wirtschaftliche Uebermacht der Unternehmer fühlen zu lassen, daß sich auf Grund dieser Tatsache die Versammelten verpflichtet, diesem Treiben der Unternehmer entgegenzuarbeiten, was aber nur dann möglich ist, wenn sich die in Frage kommenden Arbeiter derjenigen Organisation anschließen, welche es ernst meint mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, und daß deshalb, entgegen den Machinationen der Gewerkschaften und sonstiger Zersplitterungsversuche, für die Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu wirken ist.

Allgemeine Familien-Vererbungsliste: Jahrgang 1906. 123 bei Bielenhof und Mariannenstr. 48 bei Liebeskind von 3—6 Uhr. Sozialdemokratischer Agitationsverein für Arnswalde-Friedeberg. Mittwoch, den 28. d. M., abends 9 Uhr, bei Docter, Weberstr. 17.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Carmen. Montag: Tannhäuser. Dienstag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Samson und Dalila. Freitag: Cavalleria rusticana. Goppella. Sonnabend: Der Barbier von Sevilla. Phantastie im Bremer Gasthause. Sonntag: Kristian und Golde. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Ein Kofferzug zu Nürnberg. (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Geschlossen. Montag: Geschlossen. Dienstag: Geschlossen. Mittwoch: Odj von Verächlingen. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Ein Falliment. Freitag: Die Kabinettseinerin. Sonnabend: Feenhände. Sonntag: Die Habsburgerin. Montag: Sappho.
Neues königl. Oper-Theater. Sonntag: Die Habsburgerin. Montag: Die Habsburgerin. Dienstag: Die Habsburgerin. Mittwoch: Die Habsburgerin. Donnerstag: Die Habsburgerin. Freitag: Die Habsburgerin. Samstag: Die Habsburgerin. Sonntag: Die Habsburgerin.
Deutsches Theater. Sonntag: Das Wintermärchen. Montag: Das Wintermärchen. Dienstag: Das Wintermärchen. Mittwoch: Das Wintermärchen. Donnerstag: Das Wintermärchen. Freitag: Das Wintermärchen. Samstag: Das Wintermärchen. Sonntag: Das Wintermärchen.
Deutsches Theater (Kammertheater). Sonntag bis Mittwoch: Die Habsburgerin. Donnerstag: Die Habsburgerin. Freitag: Die Habsburgerin. Samstag: Die Habsburgerin. Sonntag: Die Habsburgerin.
Berliner Theater. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Neues Theater. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Kleines Theater. Sonntag bis Dienstag: Vater und Sohn. Mittwoch und Donnerstag: Die Stimme der Unmündigen. Freitag: Vater und Sohn. Sonnabend: Die Stimme der Unmündigen. Sonntag: Vater und Sohn. Montag: Vater und Sohn. Dienstag: Vater und Sohn. Mittwoch: Vater und Sohn. Donnerstag: Vater und Sohn. Freitag: Vater und Sohn. Samstag: Vater und Sohn. Sonntag: Vater und Sohn.
Reichens Theater. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Komische Oper. Sonntag: Hoffmanns Erzählungen. Montag: Hoffmanns Erzählungen. Dienstag: Hoffmanns Erzählungen. Mittwoch: Hoffmanns Erzählungen. Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen. Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Samstag: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.
Theater des Westens. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller-Theater O. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater). Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Kunstspielhaus. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Zentral-Theater. Bis auf weiteres täglich: Das Tagebuch einer Verlobten.
Puller-Theater. Sonntag bis Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag bis Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag bis Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag bis Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Thalia-Theater. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Trion-Theater. Bis auf weiteres täglich: Die lustigen Weiber von Windsor.
Metropol-Theater. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Waldhalla-Theater. Spezialitäten.
Freischuetzen-Theater. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Gebr. Herrfeld-Theater. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Wallage-Theater. Spezialitäten.
Figaro-Theater (im Jolly Caprice). Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Bernhard Weiss-Theater. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Carl Overland-Theater. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Hrania-Theater. Laubentstraße 48/49. Montag, Freitag und Sonntag, den 1. September: Die lustigen Weiber von Windsor und die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch und Sonnabend, den 1. August: Die lustigen Weiber von Windsor. (Anfang 8 Uhr.)

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		Wasserstand	
am 23. 8.	seit 22. 8.	am 23. 8.	seit 22. 8.
cm	cm ¹⁾	cm	cm ²⁾
Memel, Elbe	221 — 11	Havel, Spandau	121 + 5
Regel, Anhalter	123 — 10	Havel, Rathenow ³⁾	145 0
Wegeli, Elbe	89 — 4	Spree, Spremberg	92 0
Oder, Rathenow ³⁾	226 + 38	Spree, Breslau	200 — 2
Krossen	123 + 15	Weser, Minden	— 59 + 3
Frankfurt	120 — 3	Rhein, Bielefeld	2 0
Wartze, Sargum	44 — 2	Rhein, Duisburg	—
Landenberg	39 0	Rhein, Köln	210 + 3
Nehe, Niederrhein	23 0	Rhein, Bonn	201 — 5
Eide, Rheintal	— 36 — 2	Redar, Gießen	298 — 3
Wald, Rheintal	129 + 14	Weser, Verden	—
Wald, Elbe	105 + 6	Weser, Verden	—
Saale, Großk.	82 0		

1) + bedeutet Waßs, — Fall. — 2) Unterpegel.

Die letzten Tage

im August veranstalten wir einen

Sonderverkauf zu drei Einheits-Preisen

95
Pfennig

1,95

2,95

95 Pf.

1,95

2,95

um eine

Schnellräumung der Restbestände
des aus der

Jacques Cohn'schen Konkursmasse

erworbenen Warenlagers und anderer Waren herbeizuführen. Ohne Rücksicht auf den bisherigen Wert stellen wir unzählige Artikel zu diesen 3 Einheitspreisen zum Verkauf.

Modewarenhaus

Jacques Cohn Müllerstr. 182-83
Ecke Seller-Strasse.

Beachten
Sie
unsere
Schaufenster-
Auslagen.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft

E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. 1. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehülften Berlins.

Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen

und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge
in allen Größen und Preislagen.

Reichhaltiges Lager in fertigen

Sommer-Paletots, Ulster, Fantasie-Westen

sowie

Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen Betriebswerkstätten unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der

Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend,
des Berliner Konsum-Vereins sowie des Charlotten-
burger Konsum-Vereins.

Phänomen-

Nach
Egyptischer Art
hergestellt.



Zigaretten
feinste
Handarbeit.

Zigarettenfabrik „NAMKORI“

Das seidene Brautkleid

und Seide jeder Art wirklich reell und billig einzukaufen, bietet zweifellos der jetzt im Seiden-Engros-Hause Hermann Herzog stattfindende billige Ausnahme-Verkauf. Braut- und Hochzeits-Seiden sowie Seiden für Roben, Blusen, Jupons etc. 1.00, 1.25, 1.50, 2.25 bis zu den besten Qualitäten. Reinseidene schw. Damaste, Merveilleux 15.00, 20.00, 25.00, 30.00 etc. per Robe. Reine Seiden für Gesellschafts- und Strassen-Roben jetzt 1.50, 2.25 bis 5.50. Reinseidene Streifen, Schotten, Chinos 1.50, 2.25 bis 4.50. Viele Hundert einzelne Hochzeits- und Silberhochzeits-Roben, darunter hochelegante Qualitäten, früher ca. 5.50, jetzt 2.50 p. Meter. Prima schw. Taffete für Kleider und Röcke von 1.75 bis 4.50. Blusen- u. Jupon-Reste teilweise unter der Hälfte v. 1.00. Adresse genau beachten.

Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, nur Leipziger Strasse 79, 1 Treppe, am Dönhoff-Platz.

Telegr.-Adresse: Seiden-Herzog.

Kaucht
Vineta No 8
beste 2 1/2 Pfg. Handarbeits-
Cigarette

J. Baer
Badstr. 26, Ecke Prinz-Allee
Herren- u. Einsegnungs-
anzüge, Berufskleidung,
Paletots u. Havelocks.
Großes Lager
in- und ausländischer
Stoffe zur Anfertigung
nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Betten

Bettfedern das Pfund von 55 Pf. bis zu 6 M.
Bettstellen das Stück von 5 M. bis zu 300 M.
Kinderwagen in allen Preislagen (nur Heinrichsplatz).

A. Schonert, Oranienstraße 12
(Eckhaus Heinrichsplatz).
Zweites Geschäft: Gleditschstr. 49 (am Winterfeldtplatz).

Finnen und Witeffer.
Anerkannt vorzügliches Mittel
von hervorragender Wirkung
Obermeyer's
Herba-Seife
In haben in allen Apoth., Droger. u. Perf. p. St. 50 Pf. u. 1 M.

50%
billiger als im Laden
kaufen Sie verfallene
Pfünder in der Pfandleihe
Beussel-
Strasse 23.
1 Treppe.

Schönste Hochwald- u.
Landparzellen
am 53562*
Bahnhof Sadoma
a. d. Straße nach Bieddorf
7 Minuten ab Bahnhof beginnend.
□ R. 10 Mark an.
Günstigste Zahlungsbeding., Gas-
u. Wasserleitung. Ausläufe im
Sonnenbad, Restaurant Döhring,
Exner, Gerlach in Neu-Sadoma
und Restaurant Göhe, Raulsdorf.
Nieschalke & Nitsche,
Berlin C., Landbergerstraße 66.

Extra-Angebote

Nach beendeter Saison
Riesen-Teppiche
Posten

(Muster voriger Saison spottbillig!)

Steppdecken für Schlafzwecke 3⁰⁰

Simlilseide in rot, oliv 5²⁵, 7⁵⁰

Bunte Normal-Schlafdecken 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰

Reiseplacids engl. Karo-Muster 4⁰⁰

Teppiche imit. Perser 4³⁵, 5⁵⁰

Bettvorleger 1⁵⁰, 2⁵⁰, 3⁰⁰

Tüllbettdecken 2⁵⁰, 3⁵⁰

Gardinen, Fenster 2⁵⁰, 3⁰⁰

Tüllstores 1⁵⁵, Erbstill 3⁸⁵

Portieren reich gest. 3⁸⁵, 4⁵⁰
Fenster gestickt 1⁸⁵, 2⁵⁰

Tischdecken reich gestickt 2⁸⁵

Plüschlambrequins reich gestickt 2⁸⁵

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!

Pracht-Katalog
(ca. 600 Illustrationen, künstlerisch ausgestattet) grat. u. frank.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 24. August 1907.

Kaufkraftbewegung — Getreidepreise — Hopfenernte — Geldmarkt — Warenpreise — Eisenmarkt — Textilindustrie — Baumarkt.

Unruhe an den Börsen, Unsicherheit am Eisenmarkt, Kaufe in Getreide, Geldmarktstorgen, das war auch noch die Signatur des letzten Wochen. Zu der Geldsalamität trugen in Amerika die Staatsaktionen gegen die Trusts und besonders die Truststrecken des Kriegsministers und Roosevelt viel zur Abflauung der Stimmung bei. Die Waiffers legneten Toddy, Allerdings von nachhaltiger Wirkung ist und kann die Antitrustkampagne nicht sein. Man sagt sich: Die Suppe wird nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht wird. Die Präsidentenwahl stehen vor der Tür, und da kann es nicht schaden, wenn die Masse mit rhetorischen Schlächten gegen die Trusts hypnotisiert wird. Kurzum: der Wortfeldzug gegen die Trusts muß die Wahlparole abgeben. Das bringt den Speier drüber auf die Beine, wie in Deutschland Wilows nationale Phrasen und Decurburgs koloniale Kata Morgana. Schließlich wird man die Trusts ja auch wohl ein bißchen kugeln, wofür diese sich schon rebandieren werden, aber nachher bleibt doch alles wie es ist — oder es wird noch schlimmer. — Die Ernteausichten haben sich nicht verbessert, teilweise sogar noch weiter verschlechtert und die Preise kletterten mit offener Hand in die Höhe. In den letzten 10 Tagen ergaben sich folgende Preisveränderungen an der Berliner Börse:

Table with columns for Wheat (Weizen) and Rye (Roggen) prices for August 14, 22, and 24, and September and December prices.

In Liverpool betrug die Advance vom 14. bis 21. 5/8 M., in Paris nur 1/2 bis 1 1/2 M. und in Chicago 3 M. Da dürfen wir wieder mal sagen: Deutschland in der Welt voran! Die „Deutsche Tageszeitung“ tut natü und wundert sich darüber, daß in Berlin die Preise so stark hinaufschossen, obwohl der letzte Saatenstandsbericht für Preußen eine kleine Besserung aufwies. Das Agrarblatt weiß natürlich, daß bei einer schlechten Welsternte für Deutschland die hohen Getreidepreise voll zur Geltung kommen, eine kleine Verschlebung in der deutschen Ernte die Inlandspreise gar nicht tangiert. Da man die Rohstoffe sicher in der Tasche hat, kann man schon den Raiven spielen, das kostet nichts und vielleicht gibt es auch noch Dumme, die es glauben, daß den deutschen Protektoren der Getreidezoll nicht wehe tut. In Chicago hat dagegen der günstigere Erntebericht aus Deutschland die Hauffestimmung wenigstens vorübergehend etwas gedämpft, woran man auch in Berlin die Preise wieder um ein geringes nachgaben. — Aufsehenerregend eröffnen sich für die Brauereien günstige Ausichten, wenigstens soweit die Hopfenernte in Frage kommt. Nach einer Schätzung der Firma Goldmann in Nürnberg soll die Welsternte pro 1907 2 144 000 Zentner ergeben. Da der vorjährige Ertrag 1 668 000 Zentner ergab, würde die Mächtigkeit der Schätzung voraussehen, daß diesjährige Ergebnis das vorjährige um 29 Prozent überholen. — Bezeichnend für die Verhältnisse auf dem Geldmarkt ist die Tatsache, daß man mit noch einer weiteren Heraushebung des Diskonts durch die Bank von England ernsthaft rechnen mühte und vorläufig auch noch rechnen muß. So sehr auch die Geldverknappung den Wirtschaftshimmel undüstert, sie hat doch ein Gutes: sie hat als Bremse gegen ziellose Spekulation gewirkt: Ohne den die Spekulation doch abschreckenden hohen Preisstand für Geld würde heute sicher zwischen Verbrauch und Auftragsbeständen bei den großen Werken ein arges Mißverhältnis bestehen. Soweit allerdings alte und neue Unternehmen in der Weiterverarbeitung mit Beißgeld arbeiten, das zu den jetzigen ungünstigen Bedingungen aufgenommen werden mühte, werden sie durch ein Abflauen der Konjunktur doppelt betroffen. Die Spannung zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen wird geringer, schrumpft ganz zusammen, wenn nicht gar die Preise der Erzeugnisse unter die Verfertigungskosten hinabsinken. Der Stahlverband ist ja den reinen Werken schon etwas entgegengekommen, aber im allgemeinen halten die Rohstoffproduzenten und Halbzeughersteller die Preise hoch, während die geringste Abschwächung der Nachfrage die Preise der Fertigerzeugnisse herunterreißt. Die die Syndikate ihre Macht auszuüben wissen, illustriert eine Aufschrift aus der Messing verarbeitenden Industrie an das „B. Z.“ Sie lautet: „Der Verband läßt durch die Zeitungen bekanntmachen, daß er seine Preise wieder um 7 M. pro 100 Kilo ermäßigte, also für Messingblech 175 M. und für Messingstangen 185 M. pro 100 Kilo Grundpreis verlangt. Daß der Verband hierbei eine besondere Kulanz der deutschen Industrie erwiesen hätte, läßt sich nicht behaupten, im Gegenteil entsprechen diese Preise dem wirklichen Rückgang des Rohmaterials in keiner Weise; der Preis hätte nicht um 7 Mark, sondern mindestens um 20 bis 25 Mark pro 100 Kilo ermäßigt werden müssen. Bei Gründung des Syndikats kosteten Feinstkupfer 235 Mark pro 100 Kilo, Zinn 55 Mark pro 100 Kilo, heute kosten Feinstkupfer 195 M. bis 170 M. und Zinn 45 Mark pro 100 Kilo. Es ergibt sich also hieraus ein Rückgang für Kupfer um circa 70 M. und für Zinn ein solcher von 10 M. pro 100 Kilo. Auf Grundlage der Verwendung von 60 Proz. Kupfer und 40 Proz. Zinn besteht ein Rückgang auf Messing seit Bestehen des Messing Syndikats von 46 M. pro 100 Kilo, während der Verband bisher seine Preise nur um 30 M. pro 100 Kilo reduzierte, wobei zu bemerken ist, daß der bei der Gründung festgesetzte Grundpreis schon ein hoher gewesen ist. Hiermit kann sich kein Konsument, der einigermaßen zu rechnen versteht, einverstanden erklären; es wird aber auch jeder vernünftige Disponent gut tun, seine Einkäufe so lange zu beschränken, bis das Syndikat dem wirklichen Rückgang der Metallpreise Rechnung getragen hat. Dies ist um so eher möglich, als von dem Auslande Offerten vorliegen, die trotz des hohen Eingangszolles von 12 M. pro 100 Kilo und der Frachtmehrpfeilen um 15 M. pro 100 Kilo unter dem deutschen Syndikatspreise sind, wobei die Messingqualität derjenigen der Verbände nicht nachsteht. Daß aber auch das Ausland bei diesen Preisen noch bestehen kann, das beweist der Umstand, daß dem deutschen Messingverband angehörende Werke nachweislich erst in den letzten Tagen wieder nach dem Auslande Offerten gemacht haben, die um circa 18 M. pro 100 Kilo, d. h. 1800 M. pro Tonne unter dem heutigen offiziellen, für die deutschen Verbraucher festgesetzten Verbandspreise gehalten sind. Die deutsche Industrie, die ohnedies bei der rückgängigen Konjunktur und bei den hohen Auslandszöllen einen schweren Kampf zu bestehen hat, ist heute unmöglich in der Lage, diese, nur durch den Zollschutz hervorgerufenen und begünstigten Ausbeutung seitens der Verbände-Messingwerke zu ertragen.“ — Ueber die Verhältnisse auf dem Eisenmarkt geben die Berichte aufeinander stark widersprechende Angaben. So wird von einer Seite berichtet, der Begehr nach Roheisen gehe immer noch über die Liefermöglichkeiten der Werke hinaus und dem Halbzeugmarkt wird berichtet, daß es auch jetzt noch nicht möglich sei, die inländischen Verbraucher zu befriedigen. Dagegen wird aus Exporteurkreisen geschrieben, verschiedene Werke drängten auf langfristige Abschlüsse, und mit Aufträgen für kurzfristige Lieferung sei nicht gut anzukommen. Die Erklärung für die Unstimmigkeit in den Angaben liegt nicht so fern. Es mag schon stimmen, daß die meisten Werke für die nächsten Wochen noch hinreichend mit Arbeit versehen sind, aber man darf nicht, daß der Umfang der Auftragsbestände sich stark einschränken wird und da sucht jedes Werk für längere Zeit Dedung, um die Produktion nicht einschränken zu müssen. Und je mehr man den Inlandmarkt entlastet, desto besser kann man hier die Konjunkturpreise halten. Auch auf dem Siegerländer Eisenmarkt, der bisher nur günstige Berichte lieferte, scheint etwas Sorge Finkehr gehalten

zu haben. Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich von dort berichten: „Die Unsicherheit der Marktlage hat auf das Geschäft nachteilig eingewirkt. Dem größten Teil der Werke fehlt es zwar immer noch nicht an Arbeit, aber der Zeitpunkt rückt allmählich näher, an dem dies der Fall sein wird, wenn nicht bald mehr Aufträge eingeht. Für Zeitläufe besteht durchaus keine Meinung. Bei den erheblich länger gewordenen Lieferfristen haben die Verbraucher auch keine rechte Veranlassung, sich auf lange im voraus zu versorgen. Die Preise haben etwas nachgegeben, aber durchaus nicht auf der ganzen Linie. Man hofft übrigens, daß mit dem Herbst eine, wenn auch nur vorübergehende Belebung des Marktes eintreten wird.“ Wenig hoffnungsfreudig lautet auch der letzte Wochenbericht des Fachblattes „Ironmonger“ vom amerikanischen Eisenmarkt. Das Geschäft in Roheisen stagniert. Die Preise sind nominell unverändert. Umsätze auf späte Termine finden nicht statt, aber für große Quantitäten sind die Abgeber zu erheblichen Konzessionen bereit. Also überall Befürchtungen für die Zukunft. Von den großen amerikanischen Aufträgen für Eisenbahnmateriale hört man nichts mehr. — Als fortgesetzt recht günstig werden die Verhältnisse in der Textilindustrie geschildert. Besonders klagen die Spinner immer noch darüber, daß es ihnen nicht möglich sei, genügend Arbeitskräfte zu bekommen, um alle Anforderungen befriedigen zu können. Auch in der Textilindustrie haben die Halbzeugpreise eine bedenkliche Höhe erreicht, sie stehen um 30—40 Proz. über die vor zwei Jahren gültigen Sätze. — Auf dem Baumarkt ist die erwartete Wendung zu besserem bisher ausgeblieben, der Begehr nach Bauweisen entspricht längst nicht den gehegten Erwartungen. Jene welche Anhebungen, die eine Erwartung auf baldige günstige Wendung rechtfertigen könnten, liegen nicht vor.

Das Kammergericht verwarf indessen das Rechtsmittel und führte aus: Die hier angemachten bergpolizeilichen Vorschriften seien rechtmäßig, denn sie fänden im Vergleiche ihre Stütze. Hätten sie aber rechtliche Geltung, dann sei Angeklagter mit Recht verurteilt, weil ausdrücklich, so weit es sich um den Dremberg handele, die Benutzung des Fördergestells zur Beförderung von Personen verboten und nur ausnahmsweise die Beförderung Schwerverlegter zugelassen sei.

Von der Berufsgenossenschaft der Molkerei, Brennererei und Stärke-Industrie. Nach dem Bericht dieser Berufsgenossenschaft stieg im Jahre 1906 die Zahl der versicherten Betriebe von 7825 auf 7829, die der versicherten Personen von 44 423 auf 48 882. Im Kataster waren verzeichnet: 5020 Molkereien und Käseereien, 1270 Brennereien und Preßhefefabriken, 1000 Mälzereien und Destillationen, 100 Spiritfabriken, 190 Stärkefabriken und Kartoffelrodnereien, 240 Effigfabriken, 20 Melassezuckerfabriken.

Der Bericht bemerkt hierzu: „Der Zuwachs im Jahre 1906 fällt fast ganz auf die Molkereien. Diese haben sich um mehr als zehn Prozent vermehrt. Bei Neuaufnahmen handelte es sich indes vielfach nicht um neu eröffnete Betriebe, sondern um schon lange bestehende kleinere Anlagen, die erst jetzt den Organen der Berufsgenossenschaft bekannt geworden sind.“ Drückeberger! Besonders in Süddeutschland konnte mit Hilfe der Verwaltungsbehörden eine große Anzahl von Molkereien und Käseereien nachträglich herangezogen werden.

Gemeldet wurden im Berichtsjahre insgesamt 1844 Unfälle, wovon 381 entschädigt wurden. Seit dem Jahre 1902 ist die Unfallziffer etwas gefallen. Der Bericht erklärt dies wie folgt: „In der plötzlichen Abnahme der Zahl der Unfälle und der Entschädigungssumme im Jahre 1902 zeigt sich deutlich die Wirkung des Ausscheidens der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe aus der Berufsgenossenschaft.“ Wenig Verständnis zeigt die Berufsgenossenschaft für die Fürsorge für Verletzte innerhalb der Wartezeit. Im Berichtsjahre wurde die Kassenkasse von — 280 M. dafür verausgabt. Der Bericht bemerkt hierzu: „Die Sektionsverbände sind also nach wie vor sehr zurückhaltend mit Eingriffen in das Heilverfahren vor Ablauf der Wartezeit gewesen. Nur in besonderen Ausnahmefällen ist dazu gekräftigt worden. In der Regel konnte den Krankentassen das Heilverfahren ohne Bedenken überlassen werden.“ Für was sind auch die Krankentassen da! Sogar die süddeutschen „leistungsfähigen“ Gemeindekrankenversicherungen genügen einer Berufsgenossenschaft. Und die Verletzten — haben nichts zu sagen!

Auch für die Unfallverhütung hat diese Berufsgenossenschaft nicht viel übrig: „Die Unfallverhütungsvorschriften sind zwar ohne Zweifel von segensreichem Einfluß auf die Verminderung der Betriebsgefahren gewesen; indessen läßt ihre Befolgung vielfach — nicht nur in kleineren, sondern auch in recht großen Betrieben — noch manches zu wünschen übrig. Von einer systematischen Revision der Betriebe durch technische Aufsichtsbeamte ist auch im Berichtsjahre Abstand genommen worden.“ — Die Genossenschaftsversammlung will diese Belästigung ihrer Freunde einfach nicht haben!

Aber die Revision der Lohnnachweisungen zeigt uns das Gebaren der Herren recht deutlich. Es wurden die Lohnbücher von 758 Betrieben — 10 Proz. der versicherten Betriebe, nachgesehen. „Unregelmäßigkeiten wurden in 197 Betrieben, das sind 26 Proz. der revidierten Betriebe, gefunden und zwar wurde festgestellt, daß in diesen 197 Betrieben 311 971 Mark an Löhnen zu wenig nachgewiesen worden waren.“ !!

Natürlich waren es lediglich Zeitlummer und Mißverständnisse der Betriebsunternehmer — also entschuldbar! Wer wird auch daran zweifeln!

Der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters betrug 909,70 M. im Jahre 1906, gegen 891,23 M. im Vorjahre.

Wie man in Nürnberg die Wohnungsnot aus der Welt schaffen wollte. Vor 14 Tagen wurde vom ersten Bürgermeister in Nürnberg das Resultat einer Zählung leerstehender Wohnungen bekannt gegeben. Darnach sollen 105 Kleinwohnungen im Preise bis zu 250 Mark leerstehend haben. Angesichts des Zählresultats könne von einer Wohnungsnot nicht gesprochen werden, nur von einer Wohnungsflappheit — so diktierte bürgermeisterliche Weisheit. Nun stellt sich heraus, daß Lagerräume und Geschäftslokalitäten als „leerstehende Kleinwohnungen“ in die Statistik mit aufgenommen wurden. Jetzt begreifen die Obdachlosen erst das Rätsel, daß sie, obwohl viele Kleinwohnungen leer stehen sollen, trotz tagelanger Suchens keine finden konnten.

Wegen widerrechtlichen Verlassens des Dienstes war der ländliche Arbeiter Kleemann auf Grund des bekannten Ausnahmestrafgesetzes vom 24. April 1854 angeklagt worden. Er war bei dem Gutsbesitzer Frische in der Gegend von Halle in Stellung. Als er erkrankte und drei Tage arbeitsunfähig war, verlangte er für die Dauer der Krankheit seinen Lohn. Der Dienstherr gab ihm jedoch nur ein Krankengeld und lehnte die Zahlung des Lohnes ab, indem er erklärte, er wäre nicht dazu verpflichtet. Darauf gab Angeklagter die Stellung auf, ohne den vertragsmäßigen Ablauf der Dienstzeit abzuwarten. — Das Landgericht Halle sprach ihn frei von der Anklage, den Dienst widerrechtlich verlassen zu haben, und führte aus: Die Krankheit habe nur drei Tage gedauert. Das sei eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit im Sinne des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Er habe deshalb nach diesem Paragraphen einen Anspruch auf den Lohn für die Krankheitsdauer gehabt. Wenn der Dienstherr ihm diesen Lohn dennoch verweigerte, und zwar zu einer Zeit, wo er ihn besonders gut gebrauchen konnte, dann sei das ein „wichtiger Grund“, der nach § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur sofortigen Lösung des Dienstverhältnisses berechtige. Von einem widerrechtlichen Verlassen des Dienstes im Sinne des Gesetzes vom 24. April 1854 könne somit keine Rede sein.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, daß mit Unrecht hier ein wichtiger Grund angenommen worden sei. Das Kammergericht verwarf jedoch das Rechtsmittel mit der Begründung: Ein „wichtiger Grund“ im Sinne des Gesetzes sei allerdings ein Rechtsbegriff. Die Feststellung aber, ob im gegebenen Einzelfalle ein solcher wichtiger Grund vorliege, sei Sache der Beweiswürdigung und tatsächlicher Natur, also nicht revidibel. Da auf diesem Wege das Landgericht zu der Annahme des wichtigen Grundes gekommen sei, so müsse die Revision ohne weiteres an der „tatsächlichen Feststellung“ scheitern, denn ein Rechtsirrtum sei auch sonst nicht erkennbar.

Aus der Frauenbewegung.

Der Letzte-Verein, Berlin W., Viktoria-Luise-Platz 6, hat wieder einen Winterkursus zur Ausbildung von Bureaubeamtinnen eingerichtet.

Neben einer Fortbildung im Deutschen und im Rechnen werden Stenographie und Schreibmaschine gelehrt und in 6 Stunden wöchentlich wird sowohl theoretisch als praktisch eine Einführung in Rechts- und Bureaukunde gegeben.

Der Kursus beginnt am 1. Oktober und schließt am 1. April; näheres über denselben gibt der Prospekt des Letzte-Vereins, der stets auf Anfrage durch das Bureau des Vereins, Berlin W., Viktoria-Luise-Platz 6, kostenlos versandt wird. Auch wird im Bureau jede nähere Auskunft bereitwillig erteilt.

Soziales.

Väter und Söhne.

Man schreibt uns aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet: Auf dem Thysen-Werke „Deutscher Kaiser“ arbeitete ein Walzer Sp. 14 Jahre lang. Er hatte auch zwei Söhne mit nach seiner Arbeitsstätte genommen, die sich schließlich in ihrem Beruf soweit vervollkommneten, daß sie sich für fähig hielten, Meisterposten zu bekleiden. Es gelang den beiden auch, bei dem Eisenwerk Union in Dortmund Stellung zu finden, und zwar der eine als Meister, der andere als Obermeister. Kaum hatten jedoch die beiden dem Werke ihre Kündigung eingereicht, als man seitens des Werkes aus den Vater Sp. entließ, ohne stichhaltige Entlassungsgründe anzugeben. Als er entlassen wurde, war er genau 14 Jahre und einen Monat auf dem Werke tätig. Es war keine andere Annahme möglich, als daß man die Kündigung der Söhne an dem Vater zu rächen gedachte oder durch die Kündigung erreichen wollte, daß die Söhne ihre Kündigung zurücknahmen. Damit war es nun freilich nichts. Sp. der Vater ging mit seinen Söhnen nach Dortmund und nahm auf der Union Arbeit an.

Unterhalb Jahre ging die Sache in Dortmund gut, bis die Söhne jeht günstige Angebote nach auswärtigen Fabriken erhielten. Der eine erhielt Stellung in Sachsen, der andere ging nach dem Saarrevier. Sie kündigten kurz nach einander ihre Arbeit auf der Union. Kaum jedoch hatten die Söhne die Abkehr genommen, wurde auch dem Vater nach anderthalbjähriger Beschäftigung gekündigt. Der Mann hatte sich nichts zuschulden kommen lassen, auch lagen Veranlassungen seiner Tätigkeit nicht vor; Arbeitsmangel herrschte durchaus nicht. Sp. begab sich nun zum Betriebsführer, der ihm dann auch Bescheid gab:

„Ja, wenn die Kinder auf uns keine Rücksicht nehmen, können wir auch keine Rücksicht nehmen!“

Der Einwand des Arbeiters, daß er ja auf die Entschuldigungen seiner längst erwachsenen Söhne keinen Einfluß habe, wurde von dem Herrn mit Achselzucken beantwortet.

Nach alledem scheinen also die Herren Industriegewaltigen die Arbeiter in Deutschland noch als Ödige zu betrachten. Wie haben wir's doch herrlich weit gebracht! Der Eingeweihte wundert sich allerdings über diese Dinge nicht. Wurde doch in einem anderen Falle einem Arbeiter, der eine Zechenwohnung inne hatte, das Ultimatum gestellt, seinen Sohn, der bei ihm in Kost und Logis war, zu veranlassen, auf der Zeche zu arbeiten, oder er müsse die Wohnung räumen.

So sieht bei den rheinisch-westfälischen Industriegewaltigen die vielgerühmte „Wohlfahrt“ aus! Sein Wunder, wenn man in Arbeiterkreisen allgemein von einer „Wohlfahrtsplage“ spricht!

Die Berufsgenossenschaften ihre Angestellten bezahlen.

Der Geschäftsführer der Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft bezieht ein Gehalt von 8000 M., sein Stellvertreter wird mit 3000 M. abgefunden und die übrigen Beamten folgen mit viel niedrigeren Sätzen. Eine Gehaltskala gibt es nicht. Daß solche Differenzen zwischen den Gehältern Unzufriedenheit erregen, wundert wohl nur den Vorstand dieser Berufsgenossenschaft.

Ähnlich ist der Unterschied in der Bezahlung bei der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, wo das Gehalt des Geschäftsführers bis auf 7000 M. erhdät werden kann. Das Höchstgehalt der Abteilungsleiter beträgt 3800 M., das der Sekretäre 2500 M. und das der ständigen Hilfsarbeiter 1500 M. Hilfsanzlisten werden mit 60 M. Monatsgehalt (1) und Bureaubeamte für den Registratur- und Expeditionsdienst mit 8 M. Tagesgeld eingestellt! Erwachsene Kandidaten von 20 und 21 Jahren werden von dieser Berufsgenossenschaft also mit 60 M. monatlich abgepeißt, obwohl nach dem § 4 der Dienstordnung nur für jugendliche Personen „Entschädigungen festgesetzt werden sollen, welche die Höhe der obigen Tagelöhner nicht erreichen“. Wir meinen, das Reichsversicherungsamt hätte alle Veranlassung, im Aufschlagswege auf die Durchführung der Dienstordnung in diesem Punkte hinzuwirken, namentlich nachdem die von der letzten Genossenschaftsversammlung für die Beamten bewilligten außerordentlichen Mittel in einer Weise verteilt worden sind, die vom sozialpolitischen Standpunkt schärfste Kritik heranzurollt. Es erhielten drei Abteilungsleiter je 500 M., vier Sekretäre je 300 M., elf Expeditionsleiter und ein Kassenbeamter je 150 M. und ein Hilfsarbeiter 120 M. Von 55 Hilfsarbeitern und Hilfskräften wurde sage und schreibe eine einzige Person bedacht, während von den 30 hohen, höchsten und allerhöchsten Beamten immerhin nur elf sich mit dem „ferneren Vertrauen“ des Vorstandes begnügen müssen.

Günstige Bergpolizeiverordnung. Eine Bergpolizeiverordnung vom 28. März 1902, betreffend die Betriebsanlagen in Bergwerken, sollte der Bergmann Kowoczyk zu Vochum übertreten haben. Das Landgericht verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe, weil er entgegen dem Verbot der Verordnung das Fördergestell im Dremberg zum Bergfahren benutzte habe. — Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, daß aus folgenden Gründen eine Strafe ihn nicht treffen könne. Er habe die Fahrt im Auftrage des Fahrleiters unternommen und sie habe dessen beruflichen Aufgaben, den Dremberg öfter zu besichtigen und eventuell für Ausbesserung zu sorgen, dienen sollen. Erkläre sich der Dremberg bei einer Steigung von 13 Grad nicht.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 1. September 1907
im Volksgarten-Theater früher Weimann,
Eingang Behm- und Bellermannstraße:

Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, Künstler ersten Ranges,

arrangiert von den Parteigenossen des Gesundbrunnens.
Im Saale:

Großer Ball.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Eintritt 25 Pf. Kinder frei.

Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.

Bei eintretender Dunkelheit:

Kinder-Fackelzug.

Kassen-Eröffnung 2 Uhr.

Anfang 4 Uhr.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet.

Um zahlreichen Besuch bittet

Das Komitee.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer Stralsunderstr. 1.

CIRCUS NORTON & SMITH

Schöneberg, Ecke Haupt- u. Akazienstr.

Heute Sonntag:

2 brillante Vorstellungen.

Nachmittags 4 Uhr:

Kinder- und Familien-Vorstellung.

Kinder zahlen auf allen Plätzen

halbe Preise.

Abends 8 Uhr: Elite-Vorstellung.

In beiden Vorstell. die weltberühmte

Berliner Raublierschule

des Herrn Havemann,

ehem. Inspektor vom Zoolog. Garten.

Vorführung von

Schul- und Freiheitspferden

in nur Original-Dressuren

1. 1. 11353

Künstler, Künstlerinnen u. Clowns etc.

Das

schwimmende
Theater

kommt!

Sanssouci, Kottbuser

Str. 6.

Direktion Wilhelm Reimer.

Sonntags, Montags,

Donnerstags:

Hoffmanns Nordd. Sänger

u. Tanzkränzchen.

Stadlosus in der Klemme.

Sonntags Beginn 5,

wochentags 8 Uhr.

Morgen:

Große Elite-Soiree. Tanz.

Sonntags, 2. Novbr., ist

für Festlichkeiten noch frei!

Oranien-Salon

Oranienstr. 170. 94588

Sonntag: Großer Ball.

Einige Sonntagsabende sind noch

zu vergeben. 200-300 Pers.

Elysium, Landberger-

Allee 40/41.

Heute sowie täglich:

Vorstellung =

Konzert.

Großer Ball.

Familien-Stoffesachen von 3-6 Uhr.

Konzert 7 1/2 Uhr. 57582

Vorstellung 8 Uhr. Entree frei.

Alhambra

Wallner-Theaterstraße 15.

Jeden

Sonntag: Großer Ball

Großes Orchester. Anfang Sonntags

5 1/2 Uhr. A. Zambot.

NEUES TONKÜNSTLER-ORCHESTER

Alte Jakobstr. 65, 1. DIRIGENT: FRANZ HOLLFELDER Alte Jakobstr. 65, 1
Konservatorium für alle Zweige der Musik
Musik in jeder Besetzung & Bestellungen zeitig erb.

Funke's Gesellschaftshaus.

N., Triftstr. 41.

Jeden Sonntag: Großer Ball.

Großes Orchester. Entree frei.

Saal mit Bühne, 400 Personen, sowie Vereinszimmer, alles vollständig

renoviert, zu Versammlungen und Festlichkeiten. Einige Sonntagsabende

noch frei. Familien-Restaurant, Garten und Regeltbahn. 24855

Märkischer Hof, Admiralstr. 18 c

Ins.: Otto Graßhoff.

Empfehle mein Lokal zu Versammlungen und Festlichkeiten. Der kleine

Saal ist an einigen Sonntagsabenden und Sonntagen, der große Saal noch

am Sonnabend, den 2. November, frei. Jeden Sonntag: Großer Ball. Anfang 4 Uhr. 55592

Mohr's Strand-Restaurant

(Richtershorn)

idyllisch im herrlichen Wald und am Wasser gelegen, dicht

vor Karolinenhof, halben Weg zwischen Grünau und

Schmöckwitz

Beste Küche Angenehmster Aufenthalt. Gute Küche

Wo amüsieren wir uns?

Im Krug zum grünen Kranze

Ober-Schöneeweide, Waldstraße 74.

Küche und Keller vorzüglich. Ernst Höllich.

Fey's Gesellschaftshaus, Brunnenstr. 184,

habe ich neu renoviert und mit neuem Parquet überzogen.

Empfehle dasselbe zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Toten Sonntag ist noch zu vergeben. Richard Fey jun.

Wendts Prachtsäle

Münzstr. 17, Eingang Königgraben.

Sonntagsabende im September und Oktober habe einen großen und kleinen

Saal noch für Festlichkeiten zu vergeben. Vereinszimmer jeder Größe

zu Sitzungen und Versammlungen vollständig gratis. 57622

BREUER'S Festsäle

„Zur Königshank“

Gr. Frankfurterstr. 117. X. Ins.: Curt Breuer. X. Amt VII, 8142

Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Klubs empfehle ich meine Gesamt-

räume zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art

zu den billigsten Bedingungen.

Um recht regen Zuspruch bittet (53822) Curt Breuer, Gastw./1.

Der schönste Ausflugsort

Restaurant Wendenschloß.

Unter den Müggelbergen an der Dahme und Langen See gelegen,

bietet für Vereine, Verbände, Gesellschaften, Klubs, Fabriken und

Schulen den angenehmsten Aufenthalt. 53832

Schöner idyllischer Garten, 4000 Sitzplätze, 2 neue große Säle

und ein kleiner Saal, Glashallen, 2 Regeltbahnen, Ausspannung und

Belustigungen aller Art. Es empfiehlt sich freundschaftlich

Telephon: Amt Rössenid 67. E. Friedrichs.

Werklich (außer Sonntags)

Große Extra-Dampfer-Fahrten

Wernsdorfer Schleuse u. Gosener Berge

Abfahrt ca. 10 Uhr früh u. ca. 2 1/2 Uhr nachmittags. Hin und zurück 50 Pf. Schillings-Brücke. Hierzu ladet ein Piehl, Restaur. 3. Oder-Spree-Kanal.

Friedrich Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Direktion: Oskar Wagner, Chausseestr. 30/31.

Abonnements-Einladung für jeden Wochentag im vierzehntägigen Turnus

vom 6. September 1907 ab.

Eröffnungsvorstellung: Freitag, den 6. September 1907.

Die Nibelungen. Ein deutsches Trauerspiel von Friedrich Heibel.

I. Teil: Der gebürte Siegfried. II. Teil: Siegfrieds Tod.

Der Spielplan des ersten Abonnements-Vierteljahres wird außerdem enthalten:

„Winterschnee“, Schauspiel v. Max Dreyer. „Waterkant“, Schauspiel von Richard

„Der blinde Passagier“, Lustspiel v. Oskar Blumenthal u. Gustav Kadelburg.

„Brüderchen“ (Erstaufführung), ein Kadetten-

„Nachtasyl“, Szenen aus der Tiefe von Maxim Gorki.

Preise der Plätze einschließlich Garderobe, Theaterprogramm und Steuer für die Sicherheitswache:

Abonnementspreise Kassenpreise

Logen 1,75 M. 2,80 M.

Orchestersitze 1,50 „ 2,05 „

I. Parkett 1,25 „ 1,80 „

I. Rang Balkon 1,25 „ 1,80 „

II. Parkett 1,00 „ 1,50 „

III. Rang 0,75 „ 1,00 „

Gallerie 0,50 „ 0,50 „

Preise für freie, nicht an den Tag gebundene, übertragbare Abonnements, gültig für alle Wochentage:

10 Eintrittskarten einschließl. Garderobe, Theaterzettel u. Sicherheitswache } I. Parkett 14,— M.

Das Bureau Chausseestr. 30/31 (Tel.: Amt III 8653) ist an allen Tagen (auch Sonntags) } I. Rang 11,— „

von 10-2 Uhr und 6-8 Uhr geöffnet. 59/19

Schwarzer Friedrichsberg



Adler

Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).

Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: Gebr. Arnhold. Fernspr. Friedrichsberg No. 8.

Jeden Sonntag:

Großes Künstler-Konzert * Spezialitäten-Vorstellung

Im Königsaal: Großer Ball.

Volksbelustigungen aller Art. * Drei verdeckte Kegelbahnen.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet.

Entree 20 Pf. Anfang 4 Uhr.

Mittwoch, den 28. August: Willy Walde-Sänger.

Letztes Auftreten der

Nur noch kurze Zeit! Täglich außer Sonntags:

Nach Haldeschloß Hohenbünde

„Zum Gutenberg“

Schönster Punkt der Obersee, herrlich im Walde gelegen.

Abfahrt Berlin von der Ballenbrücke, Ecke Stralauerbrücke 10 Uhr morgens.

Vom Café Allen 10 1/2 Uhr. Rückfahrt 7 Uhr abends. Fahrpreis einfache

Fahrt 50 Pf., hin und zurück 75 Pf., Kinder 40 Pf.

Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel. Amt VII 580 u. 13459.

KLEINE KIOS

Beliebteste 2 1/2 Pfg. Cigarette

Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Für das Vaterland

tritt die Broschüre Proestler mit Mut und Ent-

schlossenheit ein.

Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft

ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber,

Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.— Teil- und Volks-

ausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das

Inland, Mk. 2.25 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren

portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg ver-

sendet, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.

Man verlange ebenselbst Flugschriften und Prospekte.

Straßenhandel

Großer Artikel — jeder sein eigener Schuster

für 25 Pfennige eine Schuhreparatur in 5 Minuten.

Vollkommen neu — absolut konkurrenzlos.

Näheres zu erfahren: „Mayrol-Vortrieb“,

An der Spandauer Brücke 14, bei der

Neuen Friedrichstraße.

Möbel u. Polsterwaren

kauft man am billigsten bei

Theodor Knorn, Gerichtstr. 10

(Süd-Platz).

Reichhaltigster Lager in

1 u. 2 Zimmer-Einrichtungen, kompl. Küchen von 50 M. an.

Fünfjährige Garantie.

Verfallene

Betten

Stand schon für 9 M.

in der Pfandleihe

Reinickendorferstr. 19

Arbeiter finden für jeden Beruf

richtig gearbeitete Bekleidung in großer Auswahl

Brunnenstr. 158, 1. Etg. Gelber Laden.

Kinematograph

Theater lebender Photographien.

1. Gehst: Schönhauser Allee 116

Ringbahnstr. 2. Gehst: Kant-

straße 120/121, Ecke Krummelstraße.

Tägl. Dauer der Vorst. v. 5-11 Uhr:

Reiz-Vorführung neuester Sensationen.

Um regen Besuch bittend

21245* H. Klüngenberg.

Moerner's Blumengarten

Ober-Schöneeweide a. d. Obersee.

Ins.: Alb. Moerner

(Neues Konzerthaus).

53912* Heute:

Extra-Reunion

(Veltung: Langleher Sachs).

für Vereine und Gewerks-

chaften im Sommer noch Sonn-

abends zu vergeben.

Bedingungen in bekannter

faulauer Weise.

Achtung! Vereine!

Sonntagsabende und Sonntags im

September, Oktober, November,

Dezember 1907, Januar, Fe-

bruar, März 1908 ist mein Saal

(200 Personen Fassend) unter zu-

läutigen Bedingungen zu vergeben.

24545* Max Schumacher,

Stallstraße 126.

Karl Pat's Vereinshaus

C. 54, Dragonerstraße 15.

Empfehle meine von 20-150 Per-

sonen fassende Räume zu Sitzungen

und Versammlungen. 24865*

Einreis auch zu vergeben.

Billige Rohabake.

Max Jacoby, Streitstr. 51

Heinrich Franck,

Berlin N. 54, Brunnenstr. 185.

Dede, Vollbl., 2. Länge,

hell, schneeweißen Brand,

nur 250 Pfg. verz.

Frische grüne Paprika

3 Pf. 30 Pf., bei größerem Quantum

billiger!

Ludanyl, Craulnstr. 85/86.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 22. August verstarb unser
Mitglied, der Schloffer
Karl Neumann
Bastianstr. 2.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des neuen Pauls-
Kirchhofes in der Seestraße aus-
statt. 295/18
Um zahlreiche Beteiligung erlaucht
Der Vorstand.

Allen Freunden, Bekannten und
Parteiengenossen die traurige Nach-
richt, daß mein lieber unvergeß-
licher Mann und unser guter
Vater, der Maurer 57752
Wilhelm Thäle
am Sonnabend früh plötzlich ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 27. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle
des Schöneberger Friedhofes, Nag-
straße, aus statt.
Dies zeigt tiefbetrußt hiermit an
die trauernde Wittin
nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für **Schöneberg**
Bezirk 3a.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Maurer
Wilhelm Thäle
am Sonnabend plötzlich ganz
unverwundet verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 27. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Schöneberger Friedhofes,
Nagstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung der
Mitglieder erlaucht
Der Vorstand.
17/5

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 24. August verstarb unser
Mitglied
Wilhelm Thäle
Bezirk Schöneberg
im Alter von 61 Jahren an
Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 27. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirchhofes in der Nag-
straße, Schöneberg, aus statt.
Um rege Beteiligung erlaucht
142/16 **Die Verbandleitung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für **Britz.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Genosse
Franz Jeserich
am Donnerstag, den 22. d. M.,
nach kurzem Krankenlager im
45. Lebensjahre verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 26. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Britzer Gemeinde-Kirch-
hofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
295/17
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter
Fritz Kaspar
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 26. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Pauls-Kirchhofes
in der Hermannstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, die Metallarbeiterin
Marie Breitenfeld
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
147/14 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.
Für die herzlichste Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Mannes
allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem innigsten Dank.
Witwe Clara Friebe
nebst Kindern.
24555

Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.
Deutschlands.
Büro Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege 126/17
Ignaz Mianowicz
am 22. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. August, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem Pauls-
Kirchhof in Seestraße aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten hiermit die
traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau 57732
Anna Raabe
geb. Högel
nach langem schweren Leiden im
41. Lebensjahre gestorben ist.
Dies zeigt um stille Teilnahme
bittend an
Oswald Raabe.
Die Beerdigung findet am Mont-
tag, den 26. August, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Geißelmann-Kirchhofes, Nordend
aus statt.

Allen Bekannten hierdurch die
traurige Nachricht, daß Freitag-
abend 10 Uhr unser lieber un-
vergeßlicher Sohn und Bruder,
der Buchdrucker 57742
Karl Krause
im Alter von 30 Jahren ge-
storben ist.
Um stilles Beileid bitten
G. Krause
nebst Frau und Angehörige.
Rixdorf, Walterstr. 26.

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß meine liebe
Frau, unsere gute Mutter
Ernestine Spillner
geb. Siwert
am Sonnabend verstorben ist.
Zu Namen der Hinterbliebenen
C. Spillner.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 27. August, nach-
mittags 6 Uhr, auf dem Be-
gräbnisplatz der Freiwilligen
Gemeinde, Doppel-Allee, statt.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 54272
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Die seidene Bluse und das Kostüm
kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt in meiner Konfektions-Ab-
teilung. Mehrere hundert verschiedene Blusen, feste u. lose Formen in
allen Größen jetzt 10.00, 12.00, 15.00 etc. Schöne Jacken- u. Bolero-
Kostüme aus prima Stoffen, ganz auf Seide für 4 u. Hälfte des Wertes
jetzt 45.00, 55.00, 65.00. Reine seidene Japone mit reicher Volant-
Garnierung jetzt 12.00, 15.00, 18.00 etc. Modelle reiner Seiden-Strassen-
Roben sowie einzelne elegante Böcke bedeutend unter Preis.
Aenderungen sofort. Mass-Anfertigung schnellstens. Adressen genau beachten!
Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin,
jetzt nur **Leipziger Str. 19, 1. Trepp., am Dönhofsplatz.**
Telegr.-Adr.: **Seiden-Herzog.**

Kenner
und Feinschmecker bereiten sich
Cognac, Rum, Liköre
selbst nur mit den berühmten
Original-Reichel-Essenzen
„Marke Lichtherz“
Natürliche Destillate und Extrakte zur leichten und schnellen
Herstellung aller edlen Mische um wie:
Allasch, a la Benedictiner und Chantreaux, Cherry
Brandy, Boonekamp, Stonsdorfer, Kümmel,
Kakao, Curacao, Vanille etc.
Aus „Original-Reichel-Essenzen“ hergestellte Mische sind vollkommen echt
und bestehen im Vergleich mit den feinsten Mischen der Welt jede Probe.
Es ist die einfachste Sache der Welt.
Jedes Mischlingen ist ausgeschlossen, die Ersparnis enorm!
Reichel-Spiritus, Feinster Weingeist 96 Vol. % Liter 1,50
garant. nur in Originalflaschen m. unversehrtem Verschlusstreifen.
Reichels Fruchtsyrup-Extrakte, das volle natürliche Aroma
frischer Früchte enthaltend, zum Selbstkochen feiner Limonaden-
syrup in **Himbeer, Kirsch, Erdbeere, Zitronen,**
Limonette, Grenadine (franz. Art) usw., von wirklichem Frucht-
geschmack. 1 Pf. stellt sich für u. fertig auf nur 25 Pf. Eine Originalfl.
75 Pf. für je 5 Pfund Limonadensyrup. Zum Versuch 1/2 Fl. 40 Pf.
Vielfach höchst prämiert.
Ausführende Spezialbroschüre mit Rezepten
„Die Destillierung im Handhabe“ **gratis!**
Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.
Größte Spezialfabrik Deutschlands.
Niederlagen in den bekannten durch meine Schilder kenntlichen
Drogerien etc., wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.
Lasse sich niemand durch Nachahmungen täuschen! Nur die Marke „Lichtherz“ bürgt
für Echtheit und Erfolg.

Stepdecken
billigt direkt in der
Fabrik
72. Wallstr. 72,
wo auch alte Stepdecken ausgearbeitet
werden. **Bernhard Strohmauel,**
Berlin S 14. Illust. Katalog gratis.

Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und
Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN - Preis 1 Mark.
Stes Coupend
Verlag Max Kistler Frankfurt (Oder)
Bismarck-Charaussee

29 Gardinenhaus
Bernhard
Schwarz
Wallstr. 29
Hirz-Ging.
Auf Teilzahlung!
Wöchentlich nur 1 Mark.
Uhren jeder Art so-
wie Goldbar., Zithern,
Phonograph., Platten-
schrämmaschinen, Har-
monikas, Mandolinen,
Geigen usw. Große Auswahl in
Platten, echte Edison-Apparate
und Balgen zu Original-Preisen.
Jahre & König,
Worshauerstr. 72, 1. Etage,
Reinickendorferstr. 101, 1. Etage.

Kronleuchter-Fabrik
für Gas u. Petroleum.
Größe Auswahl.
500 Kronen
von 10-300 Mark
Verkauf zu billigsten
Fabrikpreisen an Privats.
Auf Wunsch kulante
Zahlungsbedingungen
ohne Preiserhöhung.
Siegel & Co.,
Prinzenstraße 33.

Hochwald
und Landparzellen direkt a. fgl. Aukt. u.
Verkauf. 1000 v. 1000 M. an
Hohen-Neudorf
(Nordbahn)
Gas- und Wasserleitung am Ort.
Verkauft täglich in unserem Ver-
kaufspavillon direkt am Bahnhof.
Nieschke & Nitsche,
55362* Landsbergerstr. 66.

Zahn-Klinik. beliebige Teil-
zahlung. Invaliden-
straße 145.
Olga Jacobson,



**Drei Dinge sind nötig zur Her-
stellung bester Cigaretten:**
1. Umfassendes Verständnis
der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien,
3. Technisch vollkommenste
Fabrikeinrichtung.
Dafür zu sorgen ist unsere Sache.
Eins nur ist nötig zum Einkauf
besten Cigaretten: darauf zu achten,
dass die Cigaretten die Marke
Josetti
tragen.
Dafür zu sorgen ist Ihre Sache.
Diese vier Faktoren gewähr-
leisten Ihnen den Einkauf denk-
bar besten Cigaretten.
Die Marke **Josetti** ist die
Garantie.
Dass wir die besten Ciga-
retten fabrizieren, können Sie
selbst feststellen bei einem Ver-
such mit irgend einer Sorte
deren Vorzüglichkeit durch die
Marke Josetti garantiert ist.
Josetti Juno 10 St. 20 Pf.
Josetti Vera 10 St. 30 Pf.

Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mk.!
Gramophone, Phonographen, Spielzeuge,
echte Menzeln-Zithern, Konzert-Zithern,
Geigen, Mandolinen, Hand-Harmonikas. Grosse
Auswahl in Zenophone-Platten, Edison-
Walzen usw. Zubehörsätze und Reparaturen
billigst.
Jahre's Musik-Spezialgeschäft
N. Demmerstr. 2, an der Strömmerstrasse,
50. Britzerstrasse 10, am Kolonnen Tor.

Paul Töhs, Schneidermeister
u. Anfertiger
von Stoffen.
Unterburger-
straße 16,
Coblenz.

Cunard Linie
Gegründet 1840.


W. Hermann Müller,
Magazinstr. 14.
Java-Sumatradecken
mit schönen, hellbraunen Farben
und tadellosem Brande
Nr. 5986 à 2,80 } pro Pfund
Nr. 5967 à 2,50 } verzollt.

„Lusitania“, größter u. schnellster Dampfer der Welt.

Schneldampfer	Tons	ab Liverpool	Anschl. a/Hamburg	nach
Lusitania	32 500	7. Septembr.	4. Septembr.	New York
Lucania	12 952	7. "	4. "	"
Caronia	20 000	10. "	7. "	"
Umbria	8 127	14. "	11. "	"
Saxonia	14 058	17. "	14. "	Boston
Campania	12 950	21. "	18. "	New York
Carmania	20 000	24. "	21. "	"
Etruria	8 119	28. "	25. "	"
Ivernia	14 250	1. Oktober	28. "	Boston
Lusitania	32 500	5. "	2. Oktober	New York

Uebersfahrtspreise ab Hamburg inkl. Aufenthaltskosten in Liverpool:
I. Kajüte von M. 370.— an 61/16
II. Kajüte M. 220.—
III. Klasse M. 130.— für alle Dampfer.
Nähere Auskünfte sowie Billettausgabe bei d. Vertret. f. Deutschl.
Ferdinandstr. 15 B. KARLSBERG HAMBURG.

Teilzahlung
monatlich 10 M. Heitere Herren-Gar-
derobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110,
2. Etage.
Ruhe-Verkaufsanzeige.
Rafte 10%, billiger.

Berlin, Alte Jakobstr. 124.
Elektro-Technikum
gegr. 1874. Hg. Fabrik. Elektro-
Maschinen, Bau, Ingenieur-
Zeichnen, Vertmeiler, Bran-
teur-, Chauffeur-Ausbildung.
Neuer Abendkursus.
Prospekt kostenfrei.

Gelegen-
helts-Kauf!
Teppiche v. M. 4.50, 8, 13.50,
24, 36, 45 usw.
Gardinen v. M. 2.10, 3.50, 5,
7.50, 9, 12 usw.
Portieren v. M. 5, 6.75, 9,
11.50 usw.
sowie Stepdecken, Tisch- u. Diwan-
decken, Lauler- und Möbelstoffe etc.
Teppich-
Adler
Königsstrasse 20-21,
a. d. Judenstr.

Zweite internationale Handlungsgehilfen-Konferenz.

Am 17. August 1904 hatte in Amsterdam die erste internationale Konferenz der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfen-Organisationen stattgefunden...

Die wirtschaftliche Lage der Handlungsgehilfen (Laden- und Kontorangestellten) wird durch die in allen Ländern fortschreitende Konzentration der kaufmännischen Betriebe sowie durch die damit verbundene Arbeitsteilung, die es ermöglicht, ungelernete Kräfte in großer Zahl zu verwenden, immer ungünstiger gestaltet.

Die Amsterdamer Konferenz erklärte, daß die bestehende „Federation Internationale des Employes“ (Sitz Gent) als eine geeignete internationale Interessensvertretung für die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfen-Organisationen...

Auf der Tagesordnung der am 21. August 1907 in Stuttgart abgehaltenen Zweiten internationalen Konferenz stehen nun: 1. Bericht der Internationalen Auskunftsstelle...

Angestellten Oesterreichs in Wien (Delegierte sind: Vid, Klein, Kolinsky, Abeles, Pollaczek, Wium und Löwy); Allgemeiner Bund der Handels- und Kontorbediensteten, Amsterdam (Niemeyer und Zimmern); Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, Sitz Hamburg (Josephsohn, Lange und Schimmel); Fachverein der Handlungsangestellten Ungarns, Budapest (Weiß); und der Gehilfenverein in Warschau.

Als Gäste sind anwesend namens der Federation Internationale des Employes (Sitz Gent): Troclet-Brüssel, Turner-London und Nykstedt-Kopenhagen; namens der Federation Nationale des Employes (Sitz Paris): Rozier-Paris; namens des Zentralverbandes der Handels- und Industrieangestellten (Sitz Prag): Stein-Prag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung einigt man sich dahin, daß für künftige Konferenzen der Internationalen Auskunftsstelle bis zur definitiven Regelung jedes Land bis zu drei Delegierten entsenden darf; die Abstimmung geschieht derart, daß jedem Lande eine Stimme zugewilligt wird.

Bzüglich der Vereinigung der Internationalen Auskunftsstelle mit der Federation internationale des Employes weist Josephsohn-Hamburg darauf hin, daß die Federation ihren Charakter seit drei Jahren etwas verändert habe.

Die Konferenz beauftragt zur Herbeiführung der Vereinigung die Leitung der Internationalen Auskunftsstelle (I. A. S.), zusammen mit dem Exekutivkomitee der Federation internationale des Employes einen gemeinsamen internationalen Kongress der den beiden Stellen angeschlossenen Organisationen einzuberufen.

Troclet-Brüssel begrüßt die eventuelle Vereinigung der Hamburger Auskunftsstelle mit der Genfer Federation, für welche die

Beschlüsse des Londoner Kongresses der Federation eine Grundlage seien, wenn er auch zugibt, daß sie nicht sehr bestimmt gefaßt sind. Es sei aber doch so, daß sich die Stellungnahme der Genfer Federation den Auffassungen der Hamburger Auskunftsstelle genähert habe...

Niemeyer-Amsterdam gibt zwar zu, daß die Ausführungen Troclets durchaus richtig gemeint seien, bezweifelt aber, daß die Leitung der Genfer Federation auch dementsprechend handeln werde.

Troclet-Brüssel sagt in längeren Ausführungen, daß die Leitung der Genfer Federation auch für Durchführung der Londoner Kongressbeschlüsse sorgen werde.

Von einer Abstimmung über die Resolution wird wegen mangelnder Klärung der Situation abgesehen, die nationalen Organisationen sollen sich zunächst näher kennen lernen.

Die zweite internationale Konferenz der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfen erklärt, daß über den notwendigen Kampf um Schutzgesetze für die Handlungsangestellten die Schaffung von starken gewerkschaftlichen Organisationen nicht vernachlässigt werden darf.

Deshalb fordert die Konferenz die Handlungsgehilfen aller Länder auf, mehr wie bisher und unabhängig an dem Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation zu arbeiten, um aus eigener Kraft zu erringen, was ihnen die Sozialreform nicht bringt und nicht bringen kann.

In diesem Kampfe um Schutzgesetze wie um Erhöhung des Lohnes können die Handlungsangestellten nur siegen, wenn sie sich mit allen übrigen Lohnarbeitern solidarisch erklären.

Troclet und Rozier dankten namens der französischen und belgischen Organisationen für freundliche Aufnahme. Josephsohn verabschiedete die Gäste kameradschaftlicher Gesinnung und schloß die Konferenz mit einem Hoch auf die nationale und internationale Handlungsgehilfenbewegung.

Wie kann auch nur ein vernünftiger

Mensch immer noch gebrannte Gerste und offenen Malzkafee kaufen, oft verunreinigt und staubig, wenn man für 10 Pfennig schon

ein Paket Kathreiner

erhalten kann. „Kathreiner“ wird nicht lose ausgewogen verkauft, sondern nur in Paketen. Man achte darauf, daß jedes Paket den Namen „Kathreiner“ trägt.

Wollen Sie etwas hervorragend Feines trinken?



Kognak, Rum, sowie alle Liköre... Noa's Original-Extrakte... Ein einziger Versuch überzeugt!

Neuer Stadtteil an der Schönhauser Allee!

1, 2 und 3 Zimmerwohnungen mit Bad, Balkon und Loggia in der Malmörstrasse, Ueckermünderstrasse und Finnländischestrasse

Ehe Paul Burows Möbel-Fabrik, Lindenstr. 105 (Nähe Hallesches Tor) zu besichtigen. Moderne bürgerliche Wohnungseinrichtungen schon für 200, 300, 400 M., hochelegante von 600-10 000 M.



Einsegnungs-Anzüge.

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen usw.

33.- 30.- 27.- 24.- 22.- 20.- 18.- 16.- 14.- 12 M.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Belohnungen amsonst.

Wäsche, Hüte, Handschuhe usw. zur Einsegnung zu sehr niedrigen Preisen.



Prüfungs-Anzüge

moderne, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. allerneuester Geschmackerichtungen, 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- 10 M.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes Chausseestrasse 29-30 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20

Juwelen, Goldwaren, Uhren, sehr preiswert bei Julius Kurth, 14 Neue Roh-Strasse Nr. 14.

Parteigenossen, Paul Kobus, Sophienstr. 26. Gewerkschaften und Vereinen empfehle meine Lokalfisten. Bereinigen bis zu 80 Pers. 2 Regalbahnen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, 27. August, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ausschlußanträge.
2. Vortrag des Stadtk. Genossen Dr. Weyl über: „Kommunalpolitik“.
3. Diskussion.
4. Geschäftsregelung.
5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Schöneberg Sozialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 27. August 1907, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Grossers Festsäle, Weiningerstr. 8.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Der Wert des Parlamentarismus. Referent: Genosse G. Wolfenbühl, Reichstagsabgeordneter.
2. Bericht von der Kreisgeneralsammlung.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Filiale Berlin II.

Sonntag, den 25. August 1907, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“,

Alexanderstraße 27c:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Ablehnung unserer Forderung.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

180/6*

Die Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Telephon: Amt IV Nr. 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 16, pt. Telephon: Amt IV Nr. 4493.

Die bekannt gemachte Mitglieder-Versammlung findet nicht am Sonntag, den 25. August (heute), sondern am Sonntag, den 1. September, vorm. 10 Uhr, in der „Neuen Welt“ (großer Saal) statt. Näheres wird in der Freitag-Nummer des „Vorwärts“ bekannt gemacht.

Der Zweigvereins-Vorstand.

NB. Die für diesen Monat fällige Mitgliedsbeitragung wird am nächsten Sonnabend ausbezahlt. D. D.

Zentralverband der Schmiede

(Zahlstelle Berlin).

Bureau: Stralauerstraße 48. — Telephon: Amt I, 7778.

2 große öffentl. Versammlungen

sämtlicher Schmiede Berlins und Umgegend

und zwar:

Dienstag, den 27. August in Spandau bei Rums, Schönwalderstraße 80,

und

Mittwoch, den 28. August in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. „Der wirtschaftliche Kampf“.
2. Diskussion.

Beginn der Versammlungen abends 8 1/2 Uhr.

Kollegen! Sorgt für einen außergewöhnlichen Besuch der Versammlungen. Kein Kollege darf fehlen!

Die Vertrauensleute haben die Pflicht, alle Kollegen auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen.

Kollegen! Denkt an die kommende Rohbewegung und erscheint vollzählig!

Die Versammlungen finden mit Frauen statt.

Die Ortsverwaltung, J. H. S. Stiering.

Westenbranche!

Montag, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendi, Münzstr. 17,

Eingang am Königsgraben:

Oeffentl. Versammlung

aller in der Phantasie- u. Stoffwestenbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung:

Referentin: Frau Klara Weyl.

Die Steppschneidern, Handarbeitlerinnen und Näher der Westenbranche werden zu zahlreichem Besuch aufgefordert.

Liebreizend

ist ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiche, sammetweiche Haut und schöner Teint. Alles dies erzeugt die echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife von Bertramann & Co., Kadebeul, à Stück 50 Pf. überall zu haben.

!! Wo !!

kaufe ich preiswert für mich Stoff a. Herrenanzug? Bei Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 29, II, Alexander-Platz, gegründet 1892. Großes Stofflager. Beste Muster, Kassen, Kabinette, reizmollene Stoffe, Reize von 5 M. an per Meter. Spottbillig!

!! Ohne Konkurrenz !!

!! Wer !!

festigt mir einen Herrenanzug, wenn ich Stoff habe? Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 29, II, Alexander-Platz, für 20 M., feinste Anzuger, 2 Anproben, für guten Sitz belam goldene Medaille. Ein Versuch führt zu dauernder Kundshaft.

Genossinnen! Genossen!

Mittwoch, den 28. August, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung von der Internationalen Frauenkonferenz und vom Internationalen Kongress.
2. Diskussion.
3. Wahl der Delegierten zum Parteitag in Essen und zur Brandenburger Konferenz.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Vertrauensperson.

Aufruf zum Skat-Tourier! Skatclubs und Vereinigungen, die am großen 57729

Skat-Wettbewerb

teilnehmen wollen, mögen sich melden im Restaurant Risch, Forsterstraße 2, behufs näherer Besprechung.

Bekanntmachung.

Gewerbeamt zu Berlin.

3. Nr. 533 Gew.-Ver. 07.

Die Schlichtungskommission für die Gips-, Zement- und Zement-Branchen hat nach erfolglosen Verhandlungen zur Entscheidung der Frage, ob die Herstellung von horizontalen Steinböden, wie sie durch Spezialgeschäfte üblich ist, als Maurerarbeit zu betrachten ist, das Einigungsamt angerufen. Dieses hat in der Sitzung vom 18. Juli 1907, an welcher unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz teilgenommen haben:

1. Baummeister Deuer,

2. Baummeister Hermann,

als Vertrauensmänner der Arbeit-

geber;

3. Richter Ahrens,

4. Schneider Ritter,

als Vertrauensmänner der Arbeit-

nehmer

in der Sache nachstehenden

Schiedspruch

gefällt:

Die Steinbohlenbau-Geschäfte sind Spezialbaugeschäfte und die von ihnen ausgeführten Arbeiten fallen unter diejenigen Arbeiten, welche in dem Vertrage enthalten sind, welcher zwischen dem Berliner Beton-Verein und der Sektion der Gips- und Zementbranche abgeschlossen ist. In diesem Vertrage fehlt allerdings eine spezielle Bezeichnung der betreffenden Arbeiterkategorie und wird deshalb den Parteien aufgegeben, eine solche zu vereinbaren und in den Vertrag hineinzufügen.

g. v. Schulz.

geg. Hauer, B. Herrmann, Rob. Ahrens.

Ad. Ritter.

Vorstehendem Schiedspruch hat der Berliner Beton-Verein (B. V.) sich unterworfen, während der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin, Sektion der Gips- und Zementbranche, die Unterwerfung ablehnt.

Berlin, den 23. August 1907.

Der Vorsitzende des Einigungsamtes.

g. v. Schulz.

Zuerden erschienen:

Die sozialistische Arbeiter-Internationale

Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und Amerikas über ihre Tätigkeit in den Jahren 1904 bis 1907 an den Internationalen Kongress in Stuttgart.

Herausgegeben vom Internationalen sozialistischen Bureau. Mit einem Vorwort von Emil Vandorveide. 234/20

Deutsche Ausgabe.

Preis 2.- M.

Zur Frage des Frauenwahlrechts.

Von Klara Zetkin.

Preis 50 Pf.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag I.

Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871 bis 1874.

Von A. Sobel.

Preis 60 Pf.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW.

Eindensstraße 69, Laden.

Kassenbücher

jeher Act. Augusta-Bad, Köpenickerstr. 60.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neuzeit Katalog

Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. auf

H. Unger, Gummiwarenfabrik

Berlin NW. Friedrichstraße 21/22.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3, 1967.

Montag, den 26. August 1907,

abends 8 1/2 Uhr, im Palais-Theater (früher

Feenpalast), Burgstraße 24:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren.
2. Renzähl des 2. Bevollmächtigten, des 1. Kassierers, eines Beisizers und vier Revisoren.
3. Der Uebertritt der Graveure und Hölzler.
4. Anträge der Ortsverwaltung und an die Verwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreicher Besuch wird erwartet. 147/12

Dienstag, des 27. August 1906,

abends 8 1/2 Uhr, in Frankes Festsälen,

Sebastianstraße 39:

Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen O. Handke über Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Dienstag, den 27. August 1907,

abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Röber,

Elisabethkirchstraße 14:

Versammlung

der Fahrstuhlmonteure u. Helfer

Tages-Ordnung:

1. Wie gestalten wir unsere Agitation? 2. Diskussion.

Kollegen! Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse innerhalb unseres Berufes ist es notwendig, daß wir eine Verhinderung über unsere zukünftige Agitation herbeiführen. Es ist daher Pflicht eines jeden von Ihnen, in diese Versammlung zu kommen.

Dienstag, den 27. August 1907,

abends 6 1/2 Uhr, in Wildan im Lokal

von Schumann:

Bezirksversammlung

für Königs-Wusterhausen n. Umg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

NB. Die Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes befindet sich beim Kollegen August Pürschel, Königs-Wusterhausen, Bahnhofstraße 1.

Die

Möbel-Fabrik

von

A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5

empfehl. Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Eisen- sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu außerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Behandlung. Kulante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. [50172]

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Parteigenossen! Am Dienstag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, findet in E. Obsts Festsaal, Weiningerstr. 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag: „Der Wert des Parlamentarismus“. Referent: Genosse S. Kollmann, Reichstagsabgeordneter. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes. Genossen! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Am Dienstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Internationalen Kongress. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zum Parteitag und zur Provinzialkonferenz. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen dringend geboten. Die Vertrauensperson.

Lantwit. Am Dienstag, den 27. August, findet bei Nettiger die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Grundwald über „Die materialistische Geschichtsauffassung“. Bericht von der Kreis-Generalversammlung.

Schmargendorf. Dienstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Wirtschaftshaus Schmargendorf die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Bericht der Delegierten von der Kreis-Generalversammlung. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet Der Vorstand.

Johannisthal. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz (früher Krüger) Friedrichstr. 10 statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Dienstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Paul Rünkel, Sedanstraße 15 (Oberpreze), seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins, Bericht von der Kreisgeneralversammlung, Diskussion, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Es ist Pflicht der Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Wahlverein Cichwalde. Dienstag, den 27. August, abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Seglerschloß“ (Heinrich) in Hanfels Anlage. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, der Bezirksführer und der Lokalkommission. — Berichterstattung von der Verbands- und der Kreis-Generalversammlung. — Wichtige Vereinsangelegenheiten. — Um zahlreiches und pünktliches Besuch ersucht Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Am Dienstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale „Neu-Karlshof“, Deuth, Ecke Charlottenstraße, die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Reorganisation des Genossen Stripp über: „Ludwig Angengruber“. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der interessanten Tagesordnung wird pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder mit ihren Frauen erwartet. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Am Dienstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen Reich, Marktstr. 2/3, die Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wied: „Die preussische Verfassung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Genossen! Euer Erscheinen ist in Anbetracht des wichtigen Vortrages, der ein wichtiger Beitrag zu den kommenden Wahlrechtskämpfen sein wird, unerlässlich. Der Vorstand.

Hohen-Schönhausen. Dienstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale des Genossen Hersch, Berlinerstr. 93, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Vage über „Urgeschichte der Kultur“. 2. Berichterstattung von der Verbands-Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wie ein König reist.

Die gegenwärtige Epoche hat, was Luxus und Verschwendungssucht anbelangt, viel Ähnlichkeit mit dem alten Rom. Genügsucht, Prunk, Verschwendung hatten eine erstaunliche Höhe erreicht, bevor das römische Weltreich zusammenbrach. Nur daß die Verschwendungsmittel mit all ihren luxuriösen Einrichtungen den Parasiten des damaligen Roms fehlten. Die Herrschenden von heute leben überal in gleicher Pracht. Eigens dazu hergestellte Luxuszüge und -Schiffe befördern sie zu gabelteiler Zeit an die schönsten Flecken der Erde. Der technische Fortschritt hat insofern den Mächtigen von heute das Leben noch angenehmer und abwechslungsreicher gestaltet. Das Reisen ist bei unseren Fürsten und gottbegnadeten Epichen der Gesellschaft zu einer ständigen ja sogenannten „Notwendigkeit“ geworden. Als Kenner der Völlergeschichte müssen angeblich Fürsten und Könige in ständiger Kontakt treten, sich gegenseitig Besuche abstatten usw. Denn heute ein König reist, geht es stets etwas umständlich her. Da genügen keine fünf bis sechs Anzüge und ebensowenig Stiefeln und anderes mehr, da geht es gleich ins riesenhafte. Anlässlich der Zusammenkunft König Eduards von England und Kaiser Wilhelms in Wilhelmshöhe, als es wiederum galt, ungetrübte Freundschaft zu besiegeln, wurde in einem Berliner Blatte vom König Eduard als von einem „Modehelden“ gesprochen und dessen Reisegardetobe einer eingehenden Betrachtung unterzogen. „Seine (des Königs) Reisegardetobe, heißt es, sind sehr umfangreicher Art, und endlose Kisten, Koffer und Kofferschränke werden auf dem Schiff verstaut, das den König auf den Kontinent trägt. Acht große Koffer enthalten 80 Zivilanzüge, die hauptsächlich für die Promenade benutzt werden. Daneben gibt es noch einige Kisten mit Gesellschaftstoiletten zum abendlichen Essen oder zu Audienzen, Uniformen werden dagegen weit weniger verladen, da die Abneigung des Königs gegen die unbequeme militärische Bekleidung bekannt ist. Dabon wird nur das allernotwendigste mitgenommen, und man erinnert sich vielleicht noch, daß der König vor Jahren einer Parade im grauen Anzug und Filzhut, bequem in die Polster der Equipage zurückgelehnt, abnahm.

Ganz besondere Aufmerksamkeit muß der Garderobier des Königs, dem dieser wichtige Teil der Hofhaltung untersteht, auf das Schuhwerk verwenden. Der König läßt schon seit vielen Jahren bei einem und demselben Meister seine Schuhe herstellen, die gleichzeitige der Gipfel der Eleganz, wie der Requemlichkeit sein müssen. Von diesen Schuhen werden auf die Reise nicht weniger als 40 Paar mitgenommen. Endlos ist die Zahl der Kravatten und Schleifen, die mitgeführt werden, da der König aus seinen Kravatten noch die Gewohnheit hat, eine Kravatte nicht

öfter als einmal zu benutzen. Der König ist überhaupt in allen Toilettefragen sehr konsequent. Auch seine Güte bezieht er ständig von demselben Lieferanten, der sie aus feinstem Seidenfilz herstellen muß, wobei der König zur Bedingung macht, daß sie von größter Reinigkeit seien.

Eduard ist bekanntlich auch ein leidenschaftlicher Raucher. Aber er raucht nicht jedes beliebige Kraut, sondern nur seine eigenen Zigarren, die eigens für ihn in Havanna hergestellt werden, und zwar aus grünen Blättern, die während des ganzen Wachstums mit größter Sorgfalt beaufsichtigt werden. Neben einem gehörigen Vorrat dieser Spezialmarke führt der König ständig seine kurze Pfeife mit, die seine treue Begleiterin ist und ihn nie verläßt. Ohne diese wäre jede Reiseausrüstung in den Augen des Königs unvollkommen.

Im Anschluß an diese Mitteilungen wird nun noch auf die umfangreichen und luxuriösen Zimmer verwiesen, die der König in Marienbad bewohnt.

Es ist sonst nicht unsere Mode, unseren Lesern aufzuzählen, was eine solche Spitze der Gesellschaft zur Erhaltung und Fortdauer seines Lebens aufs dringende gebraucht. Im allgemeinen ist es den Prekariatien unserer Sensationsblätter überlassen, dies auszuschnüffeln und es dann in behäbiger Breite ihren Lesern zu servieren. Doch wir tun es, um einmal zu zeigen, bis zu welcher schwindelhaften Höhe sich bereits die Lebensgewohnheiten einer solchen Spitze entwickelt haben. Wie hier, so sehen wir es bei den oberen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft. Tausende und Millionen werden von diesen „Auserlesenen“ im Vorübergehen verbraucht, ohne daß auch nur einer derselben Werte für die Gesellschaft geschaffen hätte. Wie eine gewaltige Pyramide türmt sich der gegenwärtige Gesellschaftskörper auf, deren Grundlage die alle Werte und allen Reichtum schaffenden Millionen der Arbeitsbienen sind. Aber auch sie werden es müde, in ewiger Entbehrung den ungeheuren Ballast zu tragen, der plump auf ihren Schultern lastet. Die jedes ausgebeutete Individuum belebende Idee des Sozialismus gibt die Kraft, den Ballast abzuwerfen, der Kultur, Glück und Gerechtigkeit in Hessein hält.

Importierte Arbeiter werden von einem Kaufmann Leider beschäftigt, der auf dem Grundstück Schwedterstraße 283 die Fabrikation von Kompott betreibt. Naturgemäß gibt es in diesem Betriebe fast nur Saisonarbeit. Die erforderlichen Arbeitskräfte werden dem Unternehmer alljährlich von außerhalb durch Agenten herangeschafft, die mit billiger Menschenware handeln. Jetzt im August legt Herr Leider saure Gurken ein, und er hat sich hierzu sechs Arbeiterinnen und zwei Arbeiter besorgen lassen. Diese Leute werden nun von ihm fast so behandelt, wie wenn sie nicht freie Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern Gefangene wären, über die er als Wächter gesetzt ist. Er hat sie auf dem Grundstück Schwedterstraße 283 in einem Raume untergebracht, der über seinem Pferdehals liegt. Dieser Raum, in dem ein richtig ausgewachsener Mensch wohl knapp aufrecht stehen kann, soll eigentlich als Futterboden dienen. Aber dem Herrn Leider gilt er als gut genug für die wenig kultivierten, noch nahezu bedürfnislosen Arbeitsklaven, die solche Unternehmer aus Ostelbien beziehen. Die Ausstattung dieser Kassenkammer besteht hauptsächlich in einer Schille Stroh, auf der Herr Leiders Leute allnächtlich dem nächsten Arbeitstage entgegenräumen dürfen. Warum er sie in diesem Versteck interniert hat, das ist nicht recht klar. Fürchtet er, daß sie ihm nur zu bald wieder wegläufen würden, wenn er sie außerhalb des Betriebsgrundstückes in eigenen Schlafstellen heusen ließe? Doch es ist möglich, daß bei den Löhnen, die er zahlt, es gar nicht zu einer eigenen und anständigen Schlafstelle langen würde. Wissen möchten wir, ob L. seine Leute angemeldet hat, wie die polizeiliche Vorschrift es fordert. Was sagt denn die Polizei zu dieser Massenklammer? Kennt sie sie überhaupt?

Der Sedantag rückt wieder heran, und an den zuständigen Stellen werden die Vorbereitungen getroffen, ihn in gewohnter Weise zu begehen. Das Kultusministerium hat schon vor Wochen angeordnet, daß wieder, wie alljährlich, den Leitern der Schulen eingeschärft werde, die Feier des Sedanfestes auch diesmal beileibe nicht zu unterlassen. Da wird es also für die schulpflichtige Jugend wieder den üblichen unterrichtsfreien Tag geben. Der 1. September ist ein Sonntag, die vorgeschriebene Sedanfeier muß von den Schulen am Montag absolviert werden, mithin hat die Schuljugend zwei freie Tage hintereinander. In Berlin und wohl auch in den näheren Vororten wird sie voraussichtlich sogar drei freie Tage hintereinander haben — ein Vergnügen, das ihr um „Sedan“ herum schon öfter zuteil geworden ist. Wenn wir recht unterrichtet sind, so wird die Herbstparade am 31. August abgehalten. Wir wagen nicht zu bezweifeln, daß wieder auch an diesem Tage der Unterricht auf höheren Befehl ausfallen wird, wie das in neuerer Zeit üblich geworden ist.

Gewissenhafte Eltern und sorgsame Pädagogen sehen solchen Parade- und Sedanferien nicht ohne mancherlei Vorurteile entgegen. Der hurratriotische Zaumel, in den bei dieser Gelegenheit die Schuljugend Groß-Berlins künstlich hineingedrängt wird, zeitigt gewisse wenig angenehme Nebenwirkungen. Am Parade tage sollen die Kinder möglichst in den Straßen Spalier bilden; so wird es gewünscht (und vielleicht erleben wir's noch, daß es sogar befohlen wird), weil die Erwachsenen verständigerweise immer mehr dem soldatisch-höfischen Schaugetriebe fernbleiben. Es gilt sonst nicht als besonders wünschenswert, daß unsere Jungen und Mädel sich in den Straßen aufhalten und Maulaffen feilhalten. Die Kadavolust faulenzender Straßenummer, die nach Schluß solcher Veranstaltungen sich Luft zu machen muß, ist wahrlich nicht geeignet, auf aufschauende Kinder erzieherisch zu wirken. Noch bedenklicher äußert der hurratriotismus sich am Sedantag. Die Illumination, die am Sedantag früher üblich war und von Hoflieferanten und von solchen, die es werden wollen, notgedrungen immer noch veranstaltet wird, hat von jeher sich auch auf die in den Straßen aufgestellten Anschlagssäulen erstreckt. Eine Sedanfeier war in Berlin nicht vollständig, wenn nicht so und so viele Anschlagssäulen in Flammen aufloderten, zur höheren Glorie des Vaterlandes und zum Gaudium der müßigen Straßengugend. Hurratriotische Kadavolust hat an diesem gefährlichen Brauch bis auf den heutigen Tag festgehalten, wiewohl die Polizei Jahr für Jahr vor jedem Sedantag öffentlich bekannt macht, daß solche Begeisterungsausbrüche verboten sind und bestraft werden. Auch diesmal hält das Polizeipräsidium es für nötig, wieder die übliche Warnung zu veröffentlichen, die mit zu den notwendigsten Vorbereitungen des Sedanfestes gehört.

Fremdenfahrten zu Wasser sollen jetzt auch in Berlin zur Hebung des Fremdenverkehrs eingerichtet werden. Sie nennen sich Internationale Gesellschaftsfahrten und werden auf den Havelseen, dem Glangpunkt in der Umgebung Berlins, ausgeführt. Die Renewing verbannt ihre Entstehung einer Anregung Berliner Hotelbesitzer. Sie werden wöchentlich einmal veranstaltet und beginnen schon am nächsten Mittwoch, den 28. August. Ausgeführt werden sie von den neuesten Stern dampfern, den Doppelschraubendampfern „Werner v. Siemens“ und „Leobold v. Ranke“. Die

Fahrt wird im Anschluß an die Züge ab Friedrichstraße 9,17 und 9,47 Uhr, ab Wannseebahnhof 9,30 und 9,50 Uhr unternommen. Sie beginnt um 10,45 Uhr an der Dampfstation beim Bahnhof Wannsee und erstreckt sich über Neblig, Paretz, Werder, Gellnow, Caputh, Potsdam, Pfaueninsel sowie zurück nach Wannsee. An der Pfaueninsel wird Halt gemacht, um den Fremden unter sachgemäßer Führung Gelegenheit zu einem Spaziergange auf der Insel zu geben. Auf dem Dampfer befindet sich eine Künstlerkapelle und ein reich besetzter Frühstückstisch. Teilnehmerkarten zum Preise von 12 M. einschließlich der Verpflegung sind vom 27. August an in den Hotels und bei der Stern-Gesellschaft, Prudenstr. 6b, zu haben.

Wegen der Anlegung von Riveaubahnen in der Nähe der Großstädte nehmen die landespolizeilichen Behörden jetzt grundsätzlich Stellung. Die Genehmigung für Anlegung neuer Eisenbahnstrecken wird davon abhängig gemacht, daß bei allen zu kreuzenden Straßen und Chausseen eine Überführung oder Unteruntunnelung der Bahnstrecke erfolgt, der Bahndamm aber in der Nähe von Ortschaften denartig angelegt wird, daß bei Erweiterung der Hauptpläne auch die neuen Straßen über oder unter den Bahnhöfen hinweggeführt werden können. Auch Erweiterungsbauten bestehender Bahnen, wie die Anlegung neuer Gleise für den Vorortverkehr usw., dürfen nur unter Innehaltung der oben ausgesprochenen Grundsätze vorgenommen werden. Demgemäß werden bei den um Berlin stattfindenden Erweiterungsbauten — gegenwärtig bei der Götlicher- und Nordbahn — auch die alten Bahntrecken in entsprechender Weise umgebaut.

Übermalß weist die Chronik drei spurlos verschwundene Mädchen auf. Am vergangenen Montag entfernte sich die sechsjährige Tochter Josepha des in der Straße Alt-Borghagen 61 in Rummelsburg wohnhaften Arbeiters Wedde aus der elterlichen Wohnung, um sich nach ihrer Arbeitsstelle, einer Druckerin in Berlin, zu begeben. Hier ist das junge Mädchen aber nicht eingetroffen und seitdem fehlt jede Spur der W. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß das hübsche gut entwickelte Mädchen verschleppt worden ist. Velleidet war die Verschundene mit schwarzer wollener Bluse, dunkelgrauem Mantel, schwarzen Schnurstiefeln und weissem Strohhut mit grünem Samtbande. — Vermißt wird auch die 18 Jahre alte Charlotte Busch aus der Vogelhagener Chaussee 8, die in einem Berliner Kaufhause angestellt war. Am Donnerstag verließ das junge Mädchen nach dem Ladenschluß das Geschäft und ist seitdem verschwunden. Ihre Angehörigen nehmen an, daß sich die Verkäuferin das Leben genommen hat. Velleidet war die Busch mit hellgrauem Rock, roter Kattunbluse, schwarzem Jackett und weissem Strohhut. — Verschwunden ist ferner das elfjährige Mädchen Meta Kempfer, Oppelnerstr. 45, seit dem vergangenen Montag abend. Das Kind ist etwa 1,35 Meter groß, trägt rotes Kleid mit weißen Blümchen und halbweiße schwarz lackierte Stiefelchen. Personen, die über den Verbleib des Mädchens Angaben machen können, werden gebeten, dies bei den Eltern zu tun. Jedenfalls ist das Kind verschleppt worden.

Zwei Kindesleichen wurden am Freitag aufgefunden. Auf dem Thomaskirchhof entdeckte ein Friedhofsbesucher zwischen Gräbern eine Zigarrenkiste, die den zusammengebrachten Leichnam eines neugeborenen Knaben enthielt. Der tote Körper war mit aller Gewalt in die Kiste hineingezwängt worden. Von der Mutter konnte noch nichts ermittelt werden. Die zweite Kindesleiche wurde in dem Hause Georgenkirchstr. 86 gefunden. Auf dem Treppensur stieß ein Hausbewohner auf ein Paket, in dem sich die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche eines neugeborenen Mädchens befand. Die Umhüllung bestand aus grauem Packpapier und mehreren Zeitungen. Die Leichen wurden beide nach dem Schauhause gebracht, um dort durch die Obduktion feststellen zu können, ob die Säuglinge einen gewaltsamen Tod gefunden haben.

6000 Mark veruntreut hat, wie eine Korrespondenz meldet, der Redant des Sozialistenvereins Wedding, Gaspers. Die Veruntreutungen haben um so größere Ueberzeugung hervorgerufen, als G. allgemein als ein begüterter Mann galt und sein in der Müllerstraße gelegenes Restaurant gut ging.

Mit dem Thema: „Der Herr Kommerzienrat vor dem Kaufmannsgericht“ wird sich morgen, Montag abend 8 Uhr, in den Rittersälen, Ritterstr. 76, eine öffentliche Versammlung der Handlungsangestellten beschäftigen. Die Versammlung ist eine Protestversammlung gegen die Konkurrentenzlausel, es wird deshalb zahlreicher Besuch erwartet.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Montag abend 9 Uhr, 1. Abteilung, Dresdenstr. 45. Vortrag der praktischen Ärztin Fräulein Dr. Prof. über: „Krankenspflege“. Daran anschließend praktische Transportübungen. Die neuen Lehrpläne für den Winterkursus werden ausgegeben. Derselbe beginnt am 7. Oktober. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Heute nachmittag im Drederner Garten nur für Mitglieder und deren Angehörige: Humoristische Unterhaltung und Tanz.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania in der Taubenstraße finden am Sonntag, Dienstag und Donnerstag Wiederholungen des Vortrages: „Im Lande der Witternachtsfontäne“, der dem Zuschauer die herrlichen Naturgenüssen Norwegens an der Hand zahlreicher farbiger Bilder vor Augen führt und einen lebenswahren Ausschnitt aus den nordischen Landen gibt, statt. Am Montag und Freitag wird der Vortrag: „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ gehalten, während am Mittwoch und Sonnabend der Vortrag: „Von der Zugspitze zum Watzmann“ zur Darstellung gelangen wird.

Beugen gesucht! Am 27. Juli, vormittags 8,40 Uhr, verunglückte eine ältere Dame am Bahnhof Savignypfah beim Befreigen des Stadtbahnguges. Die junge Dame, die der Verunglückten bereitwillig ihre Hilfe anbot, sowie derjenige Herr, der gesehen hat, wie die Verunglückte von dem Bahnwärter zwischen Bahnsteig und Trittbrett hervorgezogen worden ist, werden gütig gebeten, sich bei Frau Grohe-Charlottenburg, Grolmanstr. 18, zu melden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 12 Uhr kam in einer Tischlerei in der Weberstr. 8 Feuer aus. Regale, Spinden und anderes standen dort in Flammen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, den Brand zu löschen. Gestern früh um 4 Uhr mußte in der Jeddenerstr. 15 ein Kellerbrand gelöscht werden, der durch Selbstentzündung ausgebrochen war. Um 6 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Krefelderstr. 1 alarmiert. Zeit u. a. war dort in Brand geraten. In der Togosstr. 1 brannten Decken usw. auf einem Balkon und gleichzeitig in der Bergmannstr. 91 ein Schornstein u. a. Ferner lief eine Feuermeldung von einem Neubau aus der Köthenerstr. 27 ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Schuldeputation und Freie Turnerschaft.

Unsere Kolleg „Die Charlottenburger Schuldeputation gegen den Verein Freie Turnerschaft“ hat das sogenannte freisinnige Blatt, die Charlottenburger „Neue Zeit“, ganz aus dem Häuschen gebracht. Wie immer, wenn es sich darum handelt, in echt freisinniger Manier gegen Unrecht anzukämpfen, so unternimmt es das Blatt auch diesmal, zunächst die Gründe aufzudecken, die die Schuldeputation veranlassen, den Verein Freie Turnerschaft auf

Präsident zu sehen. Weil sich genannter Verein erlaubt hat, bei einer Rekrutenabschiedsfeier ein der Schuldeputation nicht genehmes Lied zu singen — die „Neue Zeit“ nennt es sogar „unflätig“, das die jungen Leute antimilitaristisch aufreizen sollte —, deshalb darf nicht gebuldet werden, daß der Verein die „aus den Mitteln der gesamten Bürgerschaft geschaffenen Schulräume“ benutzt. Das ist es gerade, was uns veranlaßt, gegen die Maßnahmen der Schuldeputation Protest einzulegen; gerade weil die Schulräume aus den Mitteln der gesamten Bürgerschaft erbaut sind, hat man kein Recht, einem Arbeiter-Turnverein die Benutzung der Räume zu verweigern. Und wir behaupten nochmals, daß, wenn der Charlottenburger Freisinn sich von diesem Rechtsgrundsatze hätte leiten lassen und anstatt zu einem Wunsch sich zu einem geharnischtesten Protest gegen die Schuldeputation aufzuschwingen hätte, der Schuldeputation eine erneute Verschärfung der Maßnahmen verweigert wäre. Es wäre lächerlich, wenn die Stadtverordneten-Versammlung bei etwas ernstem Willen gegen diese von der Schuldeputation gegen die Arbeiterschaft gerichtete Maßregel nichts ausrichten könnte. Wir betonen ausdrücklich, gegen die Arbeiterschaft, wiewohl dies das sogenannte Freisinnblatt höchst despektierlich als „elende Verleumdung“ bezeichnet. Arbeiter sind es, gegen welche die Maßregel angewendet wird. Die Tatsache, daß der Verein bei einem Vergnügen ein Lied singt, das der Schuldeputation nicht genehm ist, berechtigt dieselbe noch lange nicht, denselben aus den Räumen auszuweisen. Gegen ein solches Beginnen muß die Stadtverordneten-Versammlung energisch protestieren.

Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl liegen nur noch bis zum 30. August zur öffentlichen Einsicht aus, und zwar auf dem Statistischen Amt in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags, am Sonntag nur von 8 bis 12 Uhr. Des Weiteren in den Steuerkassisten, Revierbüros der Gasanstalt und in der Volkshilfsbibliothek, Wilmersdorferstr. 168, in den Dienststunden der betreffenden Bureau. Außerdem befinden sich Exemplare der gedruckten Liste auch in den Bahnhöfen des Wahlvereins.

Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste sind aber lediglich im Statistischen Amt, Berlinerstr. 71, anzubringen.

Wer in der Liste nicht steht, geht seines Wahlrechtes verlustig. Versäume daher niemand, sich davon zu überzeugen, daß er in die Liste aufgenommen ist, und, falls seine Aufnahme verkannt ist, sie noch vor dem 30. August beim Statistischen Amt zu beantragen.

Schöneberg.

Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl liegen am heutigen Sonntag von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Rathsaal, Zimmer 2 des Duergebäudes aus. Versäume niemand, Einsicht in die Listen zu nehmen. Am Freitag, den 30. August, ist die Auslegung der Listen beendet. Bis dahin müssen auch alle diejenigen, die nicht in den Listen verzeichnet stehen, Einspruch erhoben haben.

Friedenan.

Arbeiterbildung in Theorie und Praxis lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Heinig in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt. In der Diskussion wies ein Redner auf die Pilsate der Berliner Arbeiterbildungsschule in Steglitz hin und bedauerte, daß dieses Institut zu wenig von den Genossen unterstützt wird. Des Weiteren wurde bekanntgegeben, daß am Freitag, den 6. September, abends 9 Uhr, im Lokal von Schellhose, Steglitz, Hornstr. 45a, ein neuer Kursus in Nationalökonomie beginnt. Genossen und Genossinnen, welche gewillt sind, sich daran zu beteiligen, können sich bei Genossen Thielde, Fregestr. 77, Döring, Behlerstr. 1, Güde, Feuerstr. 13 und Alemann, Kroselstr. 8, zum Beitritt melden.

Brick-Buckow.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Raab den Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin, den von der Kreisgeneralversammlung geben die Genossen Deutschmann und S. Vogt. Eine Diskussion über beide Berichte wurde nicht beliebt.

Nach Erledigung der Vereinsangelegenheiten wurde in die Diskussion der verlagten Versammlung über das Thema „Lokal- oder Zentralorganisation“ eingetreten. Nach kurzen Erklärungen der Genossen Schröder, Hande und Soldner betonte als erster Diskussionsredner Genosse Hoffmeister, daß mit Idealismus allein es nicht getan sei, sondern die realen Verhältnisse berücksichtigt werden müßten und es deshalb Pflicht eines jeden sei, seiner speziellen Zentralorganisation beizutreten. Genosse Schente wies den Vorwurf, daß die Zentralorganisationen nicht genügend die politischen Aktionen unterstützen, zurück und verlas als Beispiel einen Teil eines Artikels: „Zogt die Bande auseinander“ aus der „Allgemeinen Steinscheer-Zeitung“ vom 23. Dezember 1906. Genosse Grenzlow führte aus, daß es wohl die Pflicht des Genossen Schröder gewesen sei, die Verechtigung der Lokalorganisationen nachzuweisen, er das aber selbst widerlegt habe, und appellierte an das parteigenössliche Empfinden des Referenten, in seinen gewerkschaftlichen Kreisen für die Einigung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken. Genosse Hande verteidigte den Genossen Schröder gegen den Vorwurf „Rädler“. Zur Sache selbst sprach auch er für die Zentralorganisation. Nachdem Genosse Raab noch näher auf die Verechtigung der Tarifverträge ein. Nachdem der Referent Genosse Schröder und der Korreferent Genosse Hande gesprochen, gelangte die bereits in voriger Versammlung vom Genossen Hande vorgeschlagene und von uns im letzten Versammlungsbericht mitgeteilte Resolution zur Annahme.

Reinickendorf.

Zu dem Unglücksfall des Malers Heermann auf der Straßenbahn wird uns mitgeteilt, daß der Verunglückte auf dem Vorderbrett des Anhängewagens der Linie 31 gestanden habe. Der Fahrer habe, um einen Zusammenstoß zweier Wagen zwischen der Haltestelle Berliner- und Schillingstraße zu vermeiden, durch hartes Bremsen den Wagen zum Stehen bringen müssen, wodurch infolge des kurzen Rucks H. auf das Straßenpflaster gefallen sei. H. sei also nicht durch zu frühzeitiges Abspringen zu Fall gekommen.

Bemerkten wollen wir, daß wir außerdem noch eine Aufschrift eines Augenzeugen des Unfalls erhalten haben, dessen Angaben sich bis auf die Bezeichnung der Linie mit obiger Darstellung decken. Demnach ist wohl anzunehmen, daß uns eine Korrespondenz follich informiert hat. Der Verunglückte hatte auch nicht nötig, an der Schillingstraße abzusteigen, da er ja in der Altkirchstr. wohnte.

Hermesdorf i. M.

Gefährdung der Gemeindefürsorge. Im Jahre 1906 forderte die Polizeibehörde die Gemeinde auf, mit dem bestehenden System der Vertheilung der Abwässer mittels Senkgruben aufzuräumen und entweder Kanalisation oder Kompostsystem einzuführen. Die hygienischen Verhältnisse waren dargestellt, daß Gefahr für den Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung am Orte vorlag. Gleichzeitig mit dieser Forderung wurden einzelne Brunnen, bei denen die Senkgrube zu dicht lag, polizeilich gesperrt. Durch diese Maßnahmen der Polizei aber hatte man das Interesse der gesamten Bevölkerung wachgerufen. Unsere Genossen am Orte machten sich diese Sache zu nütze und entfalteten für die Einführung der Kanalisation eine lebhafteste Agitation. Aber auch bei den Bürgerlichen sang man an, sich dafür zu interessieren. Und in der Gemeindevertretung waren es hauptsächlich die beiden Schöffen, welche in Vorträgen der Kanalisation gegenüber dem Kompostsystem vorgelegten und schließlich auch durchsetzten, daß die Gemeindevertreter sich für die Kanalisation entschieden. Damit nun das

Projekt zur Ausführung gebracht wurde, mußten Anleihen aufgenommen werden, welche den Etat mit circa 14 000 M. Zinsen pro Jahr belasten. Man müßte nun annehmen, daß bei diesen hohen Ausgaben für Zinsen des Anlagekapitals so schnell als möglich zur Verwirklichung des Projektes geschritten würde, doch nein, die Bearbeitung der Pläne wurde der Firma Knauf übertragen, die sich verpflichtete, die Ausarbeitung bis spätestens 15. Juli 1907 fertig zu stellen. Aber trotzdem nach dem 15. Juli verschiedene Sitzungen stattgefunden haben, wurden die Pläne nicht vorgelegt. Als nun in der letzten Sitzung unser Gemeindevorstand, der Genosse Sohraner die Anfrage an den stellvertretenden Gemeindevorstand richtete, wann derselbe die Pläne zur Kanalisation der Gemeindevertretung vorzulegen gedenkt, bekam er eine unbestimmte Antwort. Hierauf haben nun unsere Genossen folgende Interpellation an den Gemeindevorstand gerichtet: „Die Ausarbeitung der Pläne zur Kanalisation und Wasserleitung, welche dem Herrn Bauinspektor Knauf übertragen wurden, sollten, wie es der Vertrag bestimmt, spätestens am 15. Juli 1907 fertig gestellt sein. Dieser Termin ist nun bereits seit längerer Zeit verstrichen, ohne daß der Gemeindevorstand Veranlassung genommen hätte, die Gemeindevertretung zu benachrichtigen, aus welchem Grunde diese Verzögerung stattfindet. In Anbetracht dessen, daß die zu diesem Zwecke aufgenommenen Anleihen der Gemeinde täglich eine Ausgabe von rund 40 M. verursachen (Zinsen und Amortisation), und die Gefahr besteht, bei noch längerem Ausbleiben der Pläne zur Kanalisation und Wasserleitung die Gemeinde empfindlich zu schädigen, beantragen die Unterzeichneten die sofortige Vespredung dieser Angelegenheit zu veranlassen und dieselbe auf die Tagesordnung der nächsten Gemeindevertreterversammlung zu setzen.“

Nieder-Schönhausen.

Das Verschwinden des Kaufmanns Hampe ist noch immer ungeklärt. Verschiedene Umstände sprechen dafür, daß derselbe einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Am vorletzten Freitag (16. d. M.) früh zwischen 8 und 9 Uhr verließ Hampe seine in Nordend, Rastanienallee 11, belegene Wohnung, um sich nach Steglitz zu begeben, und steckte circa 2000 M. bares Geld und 3000 M. in Wechseln zu sich. Angeblich ist Hampe, der sich um 10 Uhr in Steglitz mit einem Grundstücksmakler treffen wollte, dort nicht angekommen. Um 10 Uhr vormittags, also zu einer Zeit, wo er schon in Steglitz sein wollte, rief Hampe durch den Fernsprecher seine Schwägerin, die Frau des Kolonialwarenhandlers Otto Hampe in der Wiesenstr. 16 zu Berlin an und bat sie, ihm bis 1 Uhr etwas zum Mittagessen aufzubringen, weil er zu ihr kommen wolle. Seiner Frau hatte er gesagt, daß er abends zurück sein werde. Die Schwägerin wünschte ihm bei dieser Unterhaltung durch den Fernsprecher noch Glück zu seinem Geburtstag, den er gerade am Tage seines Verschwindens feierte, fragte ihn aber nicht, von wo aus er mit ihr spreche. Am anderen Tage erhielt Frau Hampe einen eingeschriebenen anonymen Brief, der am 16. d. M., zwischen 6 und 7 Uhr nachmittags auf dem Postamt 9 (Potsdamer Platz) aufgegeben war und in dem ihr die ihrem Manne gehörigen Wechsel überhandt wurden.

Derselbe hat, wie mitgeteilt wird, folgenden Wortlaut: Frau Hampe. Hierdurch übersende ich Ihnen Sachen, welche ich in den Kleidern Ihres Mannes gefunden habe. Das Geld kann ich auch gebrauchen. Wir haben heute einen vergnügten Vormittag gehabt und sind auf die sonderbare Idee gekommen, haben zu gehen und das hat Ihr Mann nicht betragen können. Ich denke, mehr brauche ich nicht zu sagen.

Die Rückseite des Schreibens trägt die Worte: Mein herzlichstes Beileid. Die weitere Untersuchung dürfte erst ergeben, ob der Brief ernstlich für das Verschwinden Hampes in Frage kommt.

Stralau-Rummelsburg.

Eisenbahnverlet. Von einem Eisenbahnzuge überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde in der verflochtenen Nacht zwischen den Stationen Stralau- und Rieh-Rummelsburg der 33 Jahre alte Bahnwärter Walter Koch. Gegen 12 Uhr fanden zwei Bahnbedienstete den Verunglückten auf dem Bahnkörper liegen, er hatte eine klaffende Stimmwunde erlitten und der rechte Fuß war ihm glatt abgeschnitten. In besinnungslosem Zustande wurde der Bahnwärter nach dem Rummelsburger Krankenhaus geschafft, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Vermischtes.

Der Keros von Lissabon.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Madrid vom 24. August berichtet: Aus Lissabon wird gemeldet, daß die Polizei mehrere junge Männer, die begüterten Familien der Hauptstadt angehören, wegen unerhörten unflätigen Treibens verhaftet hat, das an die Grausamkeiten zu Keros und Colligulas Zeiten erinnere. Der Schauplatz ihrer Schandthaten war das einem jungen Fabrikanten namens Rimes gehörige Landgut unweit der Hauptstadt. Dorthin lockten die Verfluchten junge Mädchen, die sie nach wüsten Gelagen durch Knechte gewaltsam entführen und mißhandeln ließen und dann in diesem Zustande den fürchterlichsten körperlichen Qualen unterwarfen. Sie wurden nachträglich lange in kalten Wässern festgehalten, dann wieder in der heißen Sonne an Pfähle gebunden, blutig geprügelt, an die Deichsel eines Brunnentriebwerkes teils allein, teils mit Jagdhunden zusammen, unbeliebt angeknüpft und zu stundenlangem Fischen im Kreise gezwungen. Vor Erschöpfung halbtot, mußten ihre Opfer, denen durch Vorenthaltung aller Kleidungsstücke die Flucht unmöglich gemacht wurde, auf saules Stroh in Scheunen oder auf Kohlenhaufen, ohne Speise und Trank, die Nächte zubringen. Zu anderen dießigen Mißhandlungen gaben ihnen nächstliche ungenierte Gerichtsverhandlungen Anlaß, bei denen die Verurteilten zu graufam erdrossenen Bestrafungen der widerrlichsten Art verurteilt wurden. Nicht allein Mädchen, sondern auch Männer wurden nach dem Gute gelockt und ähnlichen Torturen zur Belustigung Rimes' und seiner Genossen unterworfen. Schließlich gelang es doch einem der Mädchen, als die Wüßlinge in der Trunkenheit die Vorrichtung außer Acht ließen, zu entfliehen und die Polizei zu benachrichtigen. Die Verhaftung der Schuldigen rief, da sie sämtlich angesehenen Familien angehören, in der Stadt das größte Aufsehen hervor. Die Polizei hatte Mühe, die Verhafteten vor der Volkswut zu schützen. Heutzutage wird bei dem Reichthum und dem Einfluß der Beteiligten und ihrer Familien bezweifelt, ob das gegen sie eingeleitete Verfahren ihnen die verdiente schwere Strafe wirklich bringen wird.

Ein Raub der Flammen wurde, wie uns aus Wechlar gemeldet wird, am Donnerstagabend die alte Rahmühle von Heinrich Wendt nebst Wohngebäude und der daran grenzenden alten historischen Wallmühle. Ein Wind, der die Windmühle, sonst wurde ein ganzes altes Stadtviertel niedergebrannt sein.

Schmuggler. Aus Hirschberg wird gemeldet: Die hiesige Polizei verhaftete zwei Jüdischsmuggler, die in einem hiesigen Hotel unter falschem Namen logierten, und beschlagnahmte 8 Koffel, die angeblich Eisenzerze, in Wirklichkeit aber Jüdelein im Werte von etwa 15 000 M. enthielten. Einer der Schmuggler stammt aus der Schweiz, der zweite aus Elsaß-Lothringen.

Eine Feuerbrunst zerstörte vorgestern in der Pariser Vorstadt St. Antoine eine große Möbelfabrik. Der Materialschaden wird auf über 100 000 Franc veranschlagt.

Durch Leuchtgas vergiftet. In Brüssel sind infolge Einatmens von Leuchtgas zwei Personen gestorben. Der Unglücksfall ist auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

Ein Schiffszusammenstoß? Nach einer Meldung aus Malta kurzieren Gerüchte von einem Zusammenstoß zwischen den beiden englischen Panzerschiffen „Queen“ und „Formidable“. Beide Schiffe sollen erhebliche Habarien erlitten haben.

Eine Familientragödie. Nach einer Meldung aus Budapest hat in Nagyberek die Frau eines Eisenbahnmachsinisten ihre drei Kinder und dann sich selbst erhängt, weil sie auf Grund gefälschter Papiere auf der Sparkasse Geld erhoben hatte und deswegen vor Gericht gestellt werden sollte.

Vermisstes Schiff. Erste Befürchtungen hegt man in London über das Ausbleiben des Dampfers „Ricaragua“, welcher vor acht Tagen von Norfolk nach Dublin abgegangen ist. Der Dampfer hatte 45 Mann an Bord und gilt als verloren.

Eine große Feuerbrunst verursachte in Pittsburg für eine Million Dollar Schaden. Vier Feuerwehreinheiten trugen bei den Rettungsarbeiten schwere Verletzungen davon. In Cincinnati ist ebenfalls eine Feuerbrunst ausgebrochen, die gleichfalls für etwa eine Million Schaden anrichtete.

Explosion einer Dynamitpatrone. In Bouffu explodierte, Monier Meldung zufolge, vor den Fenstern einer Wirtschaft eine Dynamitpatrone, wodurch großer Schaden angerichtet wurde. Die Explosion ist auf einen Raueast zurückzuführen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Dandelskate Beckenkauer, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Sonntags 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vorkennzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Gütliche Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Vollmann. Erkundigen Sie sich bei der Zentralkommission der Krankenlosen Berlin, Engel-ller 15. — S. 6. 12. Sichern Auskunfts erhalten Sie bei der dortigen Polizeibehörde. — W. 3. 100. Wälder- und Mühlenbau-Zeitung. Bild zur Verlags-Gesellschaft u. G. Berlin, Potsdamerstr. 110. — A. 3. 20. Sidlische Sparkasse Berlin. Am Rühlendamm. — W. 6. 75. Von zwei Jungfrauen können Sie nicht zu gleicher Zeit Unterstützung bekommen. — N. 6. 2. An den Amtsdirektor von Henningsdorf. — M. 3. 101. Zeitschriften sind versicherungspflichtig, nicht aber Hausindustrie. Unter den gegebenen Umständen würden wir raten, Beiträge nicht zurückzuführen. — Zwei Streitenbe. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja. 4. Ja. 5. Ja. 6. Ja. 7. Ja. 8. Ja. 9. Ja. 10. Ja. 11. Ja. 12. Ja. 13. Ja. 14. Ja. 15. Ja. 16. Ja. 17. Ja. 18. Ja. 19. Ja. 20. Ja. 21. Ja. 22. Ja. 23. Ja. 24. Ja. 25. Ja. 26. Ja. 27. Ja. 28. Ja. 29. Ja. 30. Ja. 31. Ja. 32. Ja. 33. Ja. 34. Ja. 35. Ja. 36. Ja. 37. Ja. 38. Ja. 39. Ja. 40. Ja. 41. Ja. 42. Ja. 43. Ja. 44. Ja. 45. Ja. 46. Ja. 47. Ja. 48. Ja. 49. Ja. 50. Ja. 51. Ja. 52. Ja. 53. Ja. 54. Ja. 55. Ja. 56. Ja. 57. Ja. 58. Ja. 59. Ja. 60. Ja. 61. Ja. 62. Ja. 63. Ja. 64. Ja. 65. Ja. 66. Ja. 67. Ja. 68. Ja. 69. Ja. 70. Ja. 71. Ja. 72. Ja. 73. Ja. 74. Ja. 75. Ja. 76. Ja. 77. Ja. 78. Ja. 79. Ja. 80. Ja. 81. Ja. 82. Ja. 83. Ja. 84. Ja. 85. Ja. 86. Ja. 87. Ja. 88. Ja. 89. Ja. 90. Ja. 91. Ja. 92. Ja. 93. Ja. 94. Ja. 95. Ja. 96. Ja. 97. Ja. 98. Ja. 99. Ja. 100. Ja.

Wollen Sie sich mit Ihrem Anliegen an das Bureau des Volksrates in Charlottenburg, Rosenstr. 3, wenden. — Wittenau 100. Sie werden nach Reinickendorf eingeleitet sein. Am übrigen verweisen wir Sie auf den Artikel in der Nummer 174. 1. Beilage des „Vorwärts“. — A. 1. 196. 1. Nach dem Gesetz muß jedes Mitglied in der jährlich einzureichenden Mitgliedliste stehen. 2. Zur öffentlichen Besuche können, wenn sie verlegt werden, vertretbarlich sein. Wenn Sie Beamter sind, müssen Sie den Kontrakt einhalten, sonst kann Ihnen der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 3. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 4. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 5. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 6. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 7. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 8. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 9. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 10. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 11. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 12. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 13. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 14. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 15. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 16. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 17. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 18. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 19. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 20. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 21. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 22. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 23. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 24. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 25. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 26. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 27. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 28. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 29. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 30. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 31. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 32. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 33. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 34. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 35. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 36. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 37. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 38. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 39. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 40. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 41. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 42. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 43. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 44. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 45. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 46. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 47. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 48. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 49. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 50. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 51. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 52. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 53. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 54. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 55. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 56. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 57. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 58. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 59. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 60. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 61. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 62. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 63. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 64. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 65. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 66. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 67. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 68. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 69. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 70. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 71. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 72. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 73. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 74. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 75. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 76. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 77. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 78. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 79. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 80. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 81. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 82. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 83. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 84. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 85. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 86. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 87. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 88. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 89. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 90. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 91. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 92. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 93. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 94. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 95. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 96. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 97. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 98. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 99. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten. 100. Unter den Bedingungen zu 2 kann der Vorkauf der entbehrlichen Sachen zurückhalten.

1. Die Unterhaltungsgelei bis zum Ende desjenigen Kalender-Verteilsjahres, in dem das Kind gestorben ist. 2. Die Mutter als Erbin des Kindes muß neu klagen oder kann auch, wenn bereits ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, unter Nachweis ihrer Ehen-Eigenschaft das Urteil auf ihren Namen umschreiben lassen. 3. In das Kommando des Militärregiments, bei dem er gefangen haben soll, und an das Kommando der Schutztruppe. Der Aufenthalt wird wohl auch aus der Kerner-Kassette zu erleben sein. 4. Rechnungen sind nicht erforderlich. — P. 2. 274. Die Einbringung des Schilbes muß, bevor sie erfolgt, hauptpolizeilich genehmigt werden. Statuten entstehen dadurch nicht. — G. 2. 50. Kommen Sie in die „Vorwärts“-Sprechstunde. — G. 2. 83. Sie brauchen für das Fahrrad nicht zu zahlen. Klagen Sie bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Brandt wohnt, auf Herausgabe des Fahrrades. — G. 3. 7301. Ja. — J. M. Thierstrahe. 1. Nein. Nur wenn Sie wegen Gebrauches gefangen sind und dieselbe, mit der Sie Gebrauch gemacht haben, beiraten wollten müßten Sie einen Antrag stellen. 2. Geburtsurkunde für Sie selbst und Ihre Frau ist erforderlich. — P. 35. 1. Ja. 2. Ja. bis zur Höhe von 125 M. monatlich. 3. Damit der Gläubiger weiß, welche Gegenstände er pfänden kann. — A. 12. Ja. 6. M. ist nicht zu viel. Sie müssen mit Ihrem Kinde Ihre Gesamtvermögen vollständig gleichmäßig teilen. — W. 3. 31. 1. Nur dann, wenn die Stiefmutter den Vater beerbt hat, und da die Stiefmutter vermögliche ein Inventar erstattet hat, nur bis zur Höhe des Wertes der Erbschaft. 2. Nein. — G. 2. C. 112. 1. Die Frau braucht das Gehalt nicht abzugeben, wenn es nicht zahl. 2. Ihre Frau muß dem Zahnarzt eine angemessene Anzahl zur ordnungsmäßigen Herstellung des Gebisses legen (zwei Wochen), dann muß sie noch einmal hingehen, daß das Gehalt dann nicht können Sie vom Verträge zurücktreten, d. h. das Gehalt endgültig ablehnen. — G. 2. 78. 1. Die Weidenschaft kann gepfändet werden, soweit sie zusammen mit dem übrigen Einkommen monatlich 125 M. bei jedem der Hausverpflichtungen übersteigt. 2. Nein. — M. 2. 65. Ja. — H. 3. 46. Ja. — M. 46. 1. Sie müssen die Unterhaltungsgelei geben, wenn Sie nicht nachweisen können, daß zwischen dem 191. und 302. Tage vor der Geburt des Kindes außer Ihnen noch eine andere Person mit der Mutter des Kindes verkehrt hat. Alles andere ist unerheblich. 2. Monatlich 25 M., mehrerweils auch nur 20 M., das hängt von der Lebensstellung der Mutter des Kindes ab. Wenn es zur Klage kommt, müssen Sie doch nachgeben. — M. 2. 101. 1. Es kann per sofort gefändigt werden. 2. Nicht nur bis zur Kündigung, sondern auch bis zum Ablauf der vertragmäßigen Kündigungsfrist; in diesem Falle also noch bis Ende September muß der Dienstherr Lohn und Lohn zahlen, jedoch darf er hiervon (soweit abgezogen) das Mädchen an Krankengeld, Arzt und Medikamente von der A. Anterlasse bekommt. 3. Es steht, als ob auch das Dienstmädchen den Dienstverhältnis per sofort habe aufheben wollen, dann braucht der Dienstherr gar nicht zu zahlen. — M. 2. 1001. Nein. — P. 6. 102. Ja.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Wechlar, Buch usw. Ueberweisungen von Freigepulven des „Vorwärts“ für den laufenden Monat können nur nach hinten, wenn die Adressen bis zum 20. des selben Monats eingehen. Alle später eingehenden Adressen können nur für den nächstfolgenden Monat veranlagt werden.

Witterungsverhältnisse vom 24. August 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Wetter	Temp. in C.
Berlin	Wolkig	12	Dahlemburg	Wolkig	11
Brandenburg	Wolkig	12	Petersburg	Wolkig	11
Hamburg	Wolkig	12	Siedlitz	Wolkig	11
Köpenick	Wolkig	12	Wilmersdorf	Wolkig	11
Oranienburg	Wolkig	12	Wilmersdorf	Wolkig	11
Potsdam	Wolkig	12	Wilmersdorf	Wolkig	11
Regensburg	Wolkig	12	Wilmersdorf	Wolkig	11
Stettin	Wolkig	12	Wilmersdorf	Wolkig	11
Worms	Wolkig	12	Wilmersdorf	Wolkig	11
Zürich	Wolkig	12	Wilmersdorf	Wolkig	11

Wetter-Prognose für Sonntag, den 25. August 1907. Einmal wärmer bei mäßigen nordwestlichen Winden; veränderlich, gelblich aufhellend, keine oder geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.